An den

Regionalen Planungsverband Landshut

Postfach

84023 Landshut

Bitte bestätigen Sie den Eingang

**EINSPRUCH – EINWAND**

**Betroﬀenes Gebiet: Primär der Windpark durch den**

**Betreiber JUWI in Pramersbuch/Mengkofen (DGF01) sowie**

**alle anderen geplanten Windvorrangﬂächen & Windparks im**

**Einﬂussbereichs des Planungsverbands.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

**Ich schließe mich dem Einspruch der Bürgerinitiative ProNatur an.**

**Einwand und Begründung: Umzingelung und Schutzgut Mensch**

Einige Ortschaften werden durch die Planungen des Planungsverbands, der

Gemeinden oder privater Investoren regelrecht von Windkraftanlagen (WKA)

umzingelt. Dieses Vorgehen widerspricht sogar den eigenen Kriterien des

Planungsverbands. Bewohner und Besucher sind dadurch dauerhaft dem

Anblick, den Lichtsignalen sowie den Geräuschen der Windkraftanlagen

ausgesetzt – ein Entkommen ist nicht möglich. Die bedrängende Wirkung,

hervorgerufen durch die Anzahl, die Höhe der WKA und die Umzingelung, ist für

Menschen nicht zumutbar.

Die sogenannte „Summenwirkung“ aller (geplanten) Windkraftanlagen, die im

Umweltbericht als Prüfkriterium aufgeführt wurde, wurde inhaltlich überhaupt

nicht behandelt. Dabei müsste sie speziell unter dem Aspekt ‚Schutzgut

Mensch‘ im standortbezogenen Umweltbericht geprüft werden. Es ist nicht

akzeptabel, dass Windkraftanlagen in der Nähe von Wohngebieten,

Erholungsräumen oder stark frequentierten Freizeitorten errichtet werden. Ein

Blick auf die Standorte der vom Betreiber Primus geplanten WKA in

Pramersbuch (Planungsverband Donau-Wald) zeigt klar, dass eine

Umzingelungssituation entsteht.

Diese erhebliche Gefahr einer extremen Umzingelungssituation muss bereits in

der Planungsphase berücksichtigt werden. Die Missachtung dieses zentralen

Aspekts stellt einen gravierenden Abwägungsfehler dar, der die gesamte

Planung fehlerhaft macht und ihre Zurückweisung erforderlich macht.

**Einwand und Begründung: Willkürliche Unterscheidung von**

**Wohngegenden – Verletzung von Art. 3 Grundgesetz und Schutzgut**

**Mensch**

Die Planung des Planungsverbands, den Mindestabstand von Windkraftanlagen

(WKA) für bestimmte Wohnbereiche, wie z. B. Dörfer, auf lediglich 800 Meter zu

reduzieren, verstößt eindeutig gegen den Gleichheitsgrundsatz gemäß Artikel 3

des Grundgesetzes sowie gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die

Diﬀerenzierung nach Gebietskategorien ist intransparent und willkürlich, da sie



eine diskriminierende Einteilung von Menschen vornimmt. Dadurch wird das

übergeordnete „Schutzgut Mensch“ massiv verletzt.

Menschen in allen Regionen Bayerns müssen hinsichtlich der gesundheitlich

relevanten Schutzabstände zu WKA gleich behandelt werden. Die derzeitige

Planung schaﬀt jedoch eine Ungleichbehandlung und priorisiert bestimmte

Wohnbereiche, während andere benachteiligt werden. Das Zustandekommen

dieser Entscheidung ist objektiv nicht nachvollziehbar und intransparent.

Aufgrund dieser gravierenden Missachtung des Gleichbehandlungsprinzips und

des Schutzes der Gesundheit ist die gesamte Planung fehlerhaft und muss

zwingend zurückgewiesen werden.

**Einwand und Begründung: Unverhältnismäßigkeit – Verletzung von**

**Schutzgütern, insbesondere Schutzgut Mensch**

Die vom Planungsverband vorgelegte Planung zur Ausweisung von

Vorrangﬂächen für Windkraftanlagen (WKA) ist in höchstem Maße

unverhältnismäßig. Sie beschränkt sich ohne eine nachvollziehbare

Begründung ausschließlich auf Gebiete innerhalb der Region. Es fehlt eine

fundierte wirtschaftliche, ökologische oder objektive Rechtfertigung für dieses

umfangreiche Vorhaben. Die einzige angeführte Begründung ist, dass diese

Flächen „zwingend“ ausgewiesen werden müssten, da andernorts in der

Region keine Möglichkeiten bestünden. Damit gesteht der Planungsverband

selbst ein, dass die Planung nicht auf objektiven Kriterien beruht.

Diese Vorgehensweise ist weder nachvollziehbar noch transparent und wirkt in

ihrer Dimension vollkommen willkürlich. Die Größe der ausgewiesenen Flächen

sowie die fehlende sachliche Abwägung zeigen deutlich, dass die Planung

grundlegende Prinzipien der Verhältnismäßigkeit verletzt.

Angesichts dieses erheblichen Abwägungsfehlers ist die vorgelegte Planung als

fehlerhaft zu bewerten und muss daher zurückgewiesen werden.

**Einwand und Begründung: Beeinträchtigung der Immobilienwerte –**

**Verletzung von Schutzgütern, insbesondere Schutzgut Mensch**

Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen oder Windparks verlieren

nachweislich erheblich an Wert. Dennoch ﬁnden sich in der gesamten

Unterlage zur Fortschreibung des Regionalplans Landshut keinerlei Angaben

oder Regelungen zu einer möglichen Entschädigung der Betroﬀenen. Dies stellt

einen enteignungsgleichen Eingriﬀ dar, wie er allgemein bei zu nahe

errichteten Windkraftanlagen anerkannt ist.

Die Wertminderung von Immobilien hat weitreichende soziale und

wirtschaftliche Folgen. Eigentümer von Grundstücken in der Umgebung von

Windkraftanlagen sehen sich nicht nur mit ﬁnanziellen Einbußen konfrontiert,

sondern auch mit einer Gefährdung ihrer privaten Altersvorsorge. Immobilien

stellen für viele Menschen einen wesentlichen Bestandteil ihrer Altersvorsorge

dar. Der Verlust an Wert führt zu Unsicherheiten und Belastungen, die im

Planentwurf nicht ausreichend gewürdigt werden.

Das Fehlen jeglicher Entschädigungsregelungen ist ein schwerwiegender

Mangel und macht die Planung rechtlich angreifbar. Ein solcher Eingriﬀ in das

Eigentum der Anwohner ohne angemessene Kompensation ist nicht nur

unverhältnismäßig, sondern auch rechtswidrig.

Aufgrund dieses erheblichen Abwägungsfehlers sowie des oﬀensichtlichen

Verfahrensfehlers ist die gesamte Planung als fehlerhaft anzusehen und muss

in ihrer jetzigen Form zurückgewiesen werden.

**Einwand und Begründung: Lärmbelastung durch Windkraftanlagen –**

**Verletzung von Schutzgütern, insbesondere Schutzgut Mensch**

Die geplanten Windkraftanlagen werden erhebliche Lärmemissionen

verursachen, insbesondere unter bestimmten Witterungsbedingungen wie

Regen, Schnee oder starkem Wind. Diese Lärmbelastung ist für Anwohner,

Besucher und Wanderer nicht zumutbar. Um solche untragbaren Belastungen

zu vermeiden, wären deutlich größere Abstände zur Wohnbebauung

erforderlich.

Besonders kritisch ist, dass die Lärmemissionen bei Abständen von lediglich

800 bis 1000 Metern zu den Dörfern überhaupt nicht geprüft wurden. Diese

Versäumnis stellt einen gravierenden Abwägungsmangel in der Planung dar.

Aufgrund der unzureichenden Berücksichtigung der Lärmproblematik und des

fehlenden Schutzes der Betroﬀenen ist die gesamte Planung fehlerhaft und

muss zurückgewiesen werden.

**Einwand und Begründung: Schattenwurf durch Windkraftanlagen –**

**Verletzung von Schutzgütern, insbesondere Schutzgut Mensch**

Windkraftanlagen sind ein wichtiger Bestandteil der Energiewende und tragen

maßgeblich zur Reduktion von CO₂-Emissionen bei. Dennoch gibt es

berechtigte Bedenken hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Lebensqualität

der Menschen in ihrer Umgebung. Eine der häuﬁgsten Beschwerden betriﬀt den

Schattenwurf, der durch die rotierenden Rotorblätter der Anlagen entsteht.

Dieser bewegte Schatten wird von vielen Menschen als störend empfunden und

kann je nach Häuﬁgkeit, Intensität und Ort der Betroﬀenen eine erhebliche

Belastung darstellen. Besonders anfällig sind ältere Menschen oder Personen

mit gesundheitlichen Einschränkungen, die empﬁndlich auf ﬂackerndes Licht

reagieren.

Die derzeitigen Abstandsregelungen von 800 bis 1000 Metern zu

Wohngebieten werden in diesem Zusammenhang vielfach als unzureichend

kritisiert. In der Praxis zeigt sich, dass diese Distanzen oft nicht ausreichen, um

eine Beeinträchtigung durch den Schattenwurf zuverlässig zu verhindern. In

anderen Ländern mit hohen Standards für den Schutz von Anwohnern werden

deutlich größere Abstände eingehalten. Dies legt nahe, dass auch in

Deutschland eine Anpassung der Mindestabstände erforderlich sein könnte, um

die Interessen der Anwohner besser zu schützen.

Die bewegten Schatten, die durch den Betrieb der Anlagen entstehen, können

nicht nur als störend empfunden werden, sondern auch gesundheitliche Folgen

haben. Flackernde Lichteﬀekte können bei empﬁndlichen Personen Stress,

Konzentrationsprobleme und, in seltenen Fällen, sogar ernsthafte Beschwerden

wie Migräne oder andere neurologische Reaktionen auslösen. In Wohngebieten

und Naherholungszonen, wo Menschen Entspannung und Ruhe suchen, können

diese Eﬀekte die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen.

Die rechtlichen Vorgaben sehen zwar Beschränkungen für den Schattenwurf

vor, diese orientieren sich jedoch häuﬁg an Durchschnittswerten oder

technischen Grenzwerten, die die individuelle Empﬁndlichkeit der Menschen

nicht ausreichend berücksichtigen. Auch die speziﬁschen Gegebenheiten vor

Ort, wie die Topograﬁe oder die Ausrichtung von Wohngebäuden, werden oft

nur unzureichend in die Planungen einbezogen. Dies führt dazu, dass die

Belastung durch den Schattenwurf in vielen Fällen höher ausfällt, als es die

gesetzlichen Regelungen vorsehen.

Um diese Problematik zu lösen, sind Maßnahmen erforderlich, die über die

bisherigen Standards hinausgehen. Dazu gehören größere Abstände zwischen

Windkraftanlagen und Wohngebieten, technische Lösungen wie automatische

Abschaltmechanismen bei kritischem Schattenwurf sowie eine sorgfältigere

Auswahl der Standorte, die die Bedürfnisse der betroﬀenen Bevölkerung

stärker in den Fokus rückt. Nur so lässt sich sicherstellen, dass der Ausbau der

Windenergie nicht auf Kosten der Lebensqualität und Gesundheit der Menschen

erfolgt.

Beispiel Bei 200 Meter bis zu Rotorspitze: 800 / 1400 meter weit geht der

Schattenschlag. Bei 266 Meter bis zu Rotorspitze: 1030 / 1870 Meter weit geht

der Schattenschlag. (Quelle: Bayerisches Landesamt für Umwelt)

**Einwand und Begründung: Gefährdung durch Eiswurf – Verletzung von**

**Schutzgütern, insbesondere Schutzgut Mensch**

Im Winter bildet sich auf den Rotoren der Windkraftanlagen Eis, das während

des Betriebs abgeworfen wird und eine erhebliche Gefahr für die umliegenden

Bereiche darstellt. Anstatt wirksame Maßnahmen zu ergreifen, wird lediglich

mit Warntafeln auf diese Gefährdung hingewiesen. Doch wie soll der Schutz der

betroﬀenen Gebiete gewährleistet werden? Sollen bei Eiswurf ganze Wälder

oder Erholungsgebiete abgesperrt werden?

Die potenzielle Gefahr für zahlreiche Personen – darunter touristische

Besucher, Erholungssuchende, Wanderer, Reiter oder Pilzesammler – wurde in

der Planung nicht ausreichend berücksichtigt. Diese gravierende Missachtung

der Sicherheit und des Schutzes der Menschen stellt einen erheblichen

Abwägungsfehler dar.

Aufgrund dieser unzureichenden Berücksichtigung der Risiken ist die gesamte

Planung fehlerhaft und muss in ihrer jetzigen Form zurückgewiesen werden.

**Einwand und Begründung: Fehlende Berücksichtigung der "Rotor out"-**

**Darstellung – Erheblicher Verfahrensfehler und Verletzung des**

**Schutzguts Mensch**

In der quantitativen Flächenplanung des Planungsverbands liegt ein

gravierender Fehler vor, der die Grundlage des gesamten

Beteiligungsverfahrens verfälscht. Die Darstellung der ausgewiesenen

Gesamtﬂäche (in Prozent oder Hektar) berücksichtigt nicht die sogenannte

"Rotor out"-Entscheidung, die das tatsächliche Planungsgebiet um ca. 20 % bis

30 % vergrößert. Dadurch wird die reale Fläche erheblich größer als die

angegebenen 0,5 Hektar.

Besonders kritisch ist, dass die Öﬀentlichkeit über diese Diskrepanz weder

informiert noch aufgeklärt wird. Diese fehlerhafte Darstellung macht eine

sachgerechte Einschätzung oder Abwägung für alle Betroﬀenen unmöglich.

Tatsächlich zeigen Online-Vermessungen, z. B. per Google Maps, dass moderne

Windkraftanlagen eine Fläche von etwa 1,6 bis 2 Hektar beanspruchen – ohne

die zusätzliche Rodung für Zuwegungen mit einzuberechnen.

Diese erheblichen Mängel in der Flächenplanung und die unzureichende

Transparenz gegenüber der Öﬀentlichkeit machen eine vollständige

Überarbeitung der Planung zwingend erforderlich. Aufgrund dieser

gravierenden Fehler ist die derzeitige Planung zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Fehlerhafte Abstandsregelung – Verletzung**

**des Schutzguts Mensch**

Bei der Abstandsberechnung für die geplanten Windkraftanlagen hat die

Region zwei gravierende Fehler gemacht: Erstens wurde der Abstand von der

Außenwand des Wohngebäudes statt von der Grundstücksgrenze des

Wohnhauses gemessen. Zweitens wurde der Abstand lediglich bis zum

Turmstandort der Anlage berechnet, ohne die volle Ausdehnung der

Rotorblätter („Rotor out“) mit einzubeziehen.

Diese methodischen Fehler führen in der Praxis dazu, dass die tatsächlichen

Abstände in vielen Fällen erheblich geringer ausfallen, als es die gesetzlichen

Anforderungen und die Rechtsprechung vorsehen. Bei einem nominalen

Abstand von 900 Metern kann dies zu einem tatsächlichen „Schutzabstand“

führen, der um etwa 100 Meter verkürzt ist – ein gravierender Unterschied, der

nicht als bloße Ungenauigkeit in der Planung abgetan werden kann.

Angesichts dieser schwerwiegenden Mängel in der Abstandsberechnung liegt

ein erheblicher Verfahrensfehler vor, der die Planung in ihrer jetzigen Form

unhaltbar macht. Die gesamte Planung ist daher als fehlerhaft zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Waldschutz und Schutz von Pﬂanzen und**

**Tieren – Verletzung von Schutzgütern wie Fläche, Boden und**

**Ökosystemen**

Die Errichtung von Windkraftanlagen erfordert die Rodung und Versiegelung

erheblicher Flächen in Wald- und Naturgebieten, insbesondere für

Zuwegungen, Lagerplätze und Fundamente. Dies steht in direktem

Widerspruch zu den Zielen des Umweltberichts, der ausdrücklich die

Verringerung der Bodenversiegelung fordert. Die Versiegelung betriﬀt nicht nur

den unmittelbaren Bereich von über 100 Metern um die Anlagen, sondern auch

große Waldﬂächen, die durch die notwendigen Erschließungswege nachhaltig

beeinträchtigt werden.

Besonders problematisch ist, dass oﬀenbar nicht berücksichtigt wurde, dass

unter den Schotterﬂächen der Wege häuﬁg betonähnliche Dammschüttungen

eingebracht werden, die den Boden dauerhaft versiegeln. Diese Versiegelung

zerstört Lebensräume, führt zur Austrocknung des Bodens, fördert den

Windeinfall und erhöht das Risiko von Waldschäden durch Windwurf. Der

großﬂächige Verlust von Wald- und Naturböden durch diese Maßnahmen wurde

bei der Flächenentscheidung oﬀensichtlich nicht ausreichend berücksichtigt.

Dieser erhebliche Abwägungsfehler, der die Zerstörung von Lebensräumen und

die langfristige Schädigung des Waldbodens ignoriert, macht die geplante

Ausweisung der Flächen unhaltbar. Die gesamte Planung ist daher als

fehlerhaft zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Artenschutz und Vogelschutz – Verletzung**

**von Schutzgütern wie Pﬂanzen, Tiere und deren Lebensräume**

Die Errichtung der Windkraftanlagen birgt erhebliche Risiken für die heimische

Fauna und Flora. Besonders betroﬀen wären geschützte Vogelarten,

Fledermäuse sowie andere empﬁndliche Tierarten. Diese könnten durch

Kollisionen mit den Rotorblättern sowie durch den Verlust ihres Lebensraums

massiv gefährdet werden. Studien, unter anderem die des Naturschutzbundes

Deutschland (NABU), zeigen deutlich, dass derartige Anlagen signiﬁkant

negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt haben können. Der Eingriﬀ in

geschützte Lebensräume und die damit einhergehende Gefährdung bedrohter

Tierarten widerspricht den Grundsätzen des Natur- und Artenschutzes und

sollte daher nicht unberücksichtigt bleiben.

Eine besondere Herausforderung stellt die Gefährdung von Vogelarten dar, die

durch Kollisionen mit den Anlagen besonders stark betroﬀen sind. Hinzu

kommen Fledermäuse, die durch Druckunterschiede und Kollisionen ebenfalls

in erheblichem Maße geschädigt werden können. Diese Arten sind auf

nationale und internationale Schutzmaßnahmen angewiesen, und jedes Projekt,

das ihre Population gefährden könnte, muss mit größter Sorgfalt geprüft

werden.

Vor diesem Hintergrund fordere ich eine umfassende Überarbeitung des

aktuellen Planentwurfs. Ein solcher Prozess sollte darauf abzielen, die Risiken

für die Tier- und Pﬂanzenwelt erheblich zu minimieren. Dies könnte

beispielsweise durch die Auswahl alternativer, weniger sensibler Standorte

geschehen, an denen keine gefährdeten Arten zu Schaden kämen. Darüber

hinaus sollten technische Anpassungen in den Plan einbezogen werden, wie

etwa der Einsatz von Abschalttechnologien, die gezielt während der

Aktivitätszeiten von Vögeln und Fledermäusen eingesetzt werden, um

Kollisionen zu verhindern.

Es ist von größter Bedeutung, dass die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen

zum Schutz der Umwelt und der Artenvielfalt überprüft und verstärkt werden.

Ziel muss es sein, den Ausbau der Windkraftnutzung und den Natur- sowie

Artenschutz in Einklang zu bringen. Nur so kann eine nachhaltige und

umweltverträgliche Energiewende gelingen, die sowohl den Klimaschutz als

auch den Erhalt der biologischen Vielfalt berücksichtigt.

Dieser schwerwiegende Abwägungsmangel macht die Planung fehlerhaft.

Angesichts der erheblichen Verstöße ist die gesamte Planung in ihrer jetzigen

Form zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Beeinträchtigung der Naherholung –**

**Verletzung des Schutzguts Mensch und Landschaft**

Die geplanten Vorrangﬂächen für Windkraftanlagen beﬁnden sich in Wäldern

und Landschaftsbereichen, die bisher eine bedeutende Rolle für die

Naherholung der Bevölkerung spielen. Diese Gebiete werden regelmäßig von

Wanderern, Radfahrern und Reitern genutzt, insbesondere in den

Sommermonaten, wenn die Natur zur Erholung und Entspannung aufgesucht

wird. Die Planung der Windkraftanlagen hat diesen Aspekt jedoch nicht

ausreichend berücksichtigt, obwohl er für die Lebensqualität der Anwohner und

Besucher der Region von erheblicher Bedeutung ist.

Als direkte Anwohner wissen wir, dass diese Wälder und Wege intensiv genutzt

werden – nicht nur von der lokalen Bevölkerung, sondern auch von Touristen.

Sie sind ein wichtiger Rückzugsort, der durch die Errichtung von

Windkraftanlagen nachhaltig gestört wird. Die massiven Eingriﬀe in die Natur,

wie die Rodung von Flächen, die Errichtung großer Fundamente, die Schaﬀung

von Zuwegungen sowie der dauerhafte Betrieb der Windräder, inklusive

Lärmemissionen und Schattenwurf, führen dazu, dass die Attraktivität dieser

Erholungsgebiete drastisch abnimmt.

Darüber hinaus beeinträchtigen die visuellen Auswirkungen der

Windkraftanlagen das Landschaftsbild erheblich. Statt unberührter Natur und

Ruhe werden Besucher mit technischer Infrastruktur konfrontiert, was die

Erholung in der Natur stark beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigung wurde in der

Planung nicht ordnungsgemäß geprüft oder abgewogen. Es fehlen

Untersuchungen, die die Auswirkungen auf die Naherholung und die Nutzung

der Wälder als Freizeit- und Erholungsraum umfassend analysieren.

Die Missachtung dieses wichtigen Aspekts der Naherholung stellt einen

erheblichen Abwägungsmangel dar. Die Lebensqualität der Anwohner und die

Bedeutung dieser Wälder als Erholungsräume für die Region wurden nicht

ausreichend berücksichtigt. Daher ist die Planung in ihrer derzeitigen Form

fehlerhaft und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Mangelhafter Umweltbericht – Erheblicher**

**Verfahrensfehler und Verletzung von Schutzgütern wie Natur,**

**Landschaft, Tiere und Menschen**

Der vorgelegte Umweltbericht ist unzureichend, oberﬂächlich und enthält

schwerwiegende methodische Fehler. Er scheint größtenteils aus

vorgefertigten Mustern und tendenziösen Textbausteinen anderer Regionen zu

bestehen, die lediglich darauf abzielen, die „zwingend“ erforderliche

Ausweisung großer Vorrangﬂächen zu rechtfertigen. Damit wird der Eindruck

erweckt, dass das Ergebnis der Planung bereits feststand, bevor

Umweltaspekte neutral und objektiv geprüft wurden. Der Planungsverband

räumt mit diesem Vorgehen praktisch selbst die fehlende Objektivität und

Neutralität ein.

Es fehlen aktuelle, regionalspeziﬁsche Daten und Erkenntnisse aus dem Arten-,

Landschafts- und Naturschutz. Stattdessen wird die falsche Annahme

vertreten, dass auf der Ebene der generellen Planung keine detaillierten oder

diﬀerenzierenden Aussagen innerhalb der riesigen Windkraftﬂächen

erforderlich seien. Dies ist ein grundlegender Fehler, da eine sorgfältige

Abwägung der ökologischen, landschaftlichen und menschlichen Auswirkungen

bereits in der Planungsphase erfolgen muss.

Hinzu kommt die im Umweltbericht genannte, unzutreﬀende Prämisse, dass

Umweltbeeinträchtigungen nicht exakt messbar seien. Diese Aussage führt zu

einer pauschalen Vernachlässigung von Pﬂichtaufgaben, die auch im Rahmen

einer regionalen Planung unerlässlich sind. So bleiben die Auswirkungen der

Planung auf die Tier- und Pﬂanzenwelt, die Landschaft sowie die im

Planungsgebiet lebenden Menschen unklar und unzureichend geprüft.

Besonders brisant ist, dass diese Versäumnisse nicht nur gegen deutsches

Recht, sondern auch gegen EU-Vorgaben – wie die EU-Richtlinie zur

Umweltverträglichkeitsprüfung – verstoßen.

Die gravierenden methodischen Mängel und die fehlende Objektivität des

Umweltberichts führen zu einer grundsätzlich fehlerhaften Planung. Durch

diese Versäumnisse wurden die Schutzgüter Natur, Landschaft, Tiere und

Menschen nicht ausreichend berücksichtigt, was zu unzureichenden

Abwägungen und Entscheidungen geführt hat.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse und Verstöße ist die gesamte

Planung in ihrer jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Fehlerhafte Referenzhöhe für**

**Windkraftanlagen – Erheblicher Verfahrensfehler**

Die Auslegungsunterlagen enthalten keine Angaben zur Referenzhöhe der

geplanten Windkraftanlagen, obwohl diese ein entscheidendes Kriterium für die

Bewertung der Planung darstellt. Der aktuelle technische Stand zeigt, dass

Windkraftanlagen in Deutschland mittlerweile Höhen von bis zu 280 Metern

erreichen. In benachbarten Landkreisen gibt es bereits Anträge für Anlagen mit

300 Metern Höhe, während Anlagen mit 400 Metern in der Entwicklung sind.

Das Fehlen dieser zentralen Angaben macht eine sachgerechte Beurteilung der

Vorrangﬂächen und ihrer potenziellen Auswirkungen unmöglich.

Mit zunehmender Anlagenhöhe verschärfen sich alle kritischen Auswirkungen,

wie etwa Lärmemissionen, Schattenwurf, visuelle Belastung und die

notwendigen Abstände zu Wohngebieten. Diese Faktoren beeinﬂussen das

Leben der Anwohner erheblich und sind essenziell für die Abwägung zwischen

den Interessen der Bevölkerung und den Zielen der Planung. Ohne konkrete

Angaben zur Anlagenhöhe können weder die Belastungen für Mensch und

Umwelt noch die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben zuverlässig geprüft

werden.

Die fehlende Transparenz in diesem entscheidenden Punkt stellt einen

grundlegenden Planungsfehler dar. Die gesamte Planung ist in ihrer jetzigen

Form unzureichend und daher zurückzuweisen.

**Einwand: Mangelnde Infrastruktur und fehlende Umspannwerke für**

**Windkraftanlagen**

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen erfordern eine

leistungsfähige und moderne Infrastruktur, um den erzeugten Strom eﬃzient in

das Stromnetz einzuspeisen und zu verteilen. Für die geplante Windkraftanlage

DGF01 in Pramersbuch/Mengkofen sowie weitere Anlagen im Regionalplan fehlt

es jedoch an den notwendigen Umspannwerken, die für die Einspeisung des

erzeugten Stroms unerlässlich sind. Das nächste Umspannwerk beﬁndet sich in

einer Entfernung von rund 30 Kilometern, was für den eﬃzienten Betrieb der

Anlage eine erhebliche Herausforderung darstellt.

Die fehlenden Umspannwerke und die veralteten Stromleitungen in der Region

führen dazu, dass der Transport des erzeugten Stroms in das nächstgelegene

Umspannwerk technisch und wirtschaftlich ineﬃzient ist. Über so große

Distanzen entstehen hohe Übertragungsverluste, die die ohnehin begrenzte

Eﬃzienz der Windkraftanlagen zusätzlich schmälern. Zudem sind die

bestehenden Leitungen vielerorts nicht für die Aufnahme zusätzlicher

Energiemengen ausgelegt, was zu einer Überlastung des Netzes und potenziell

zu Versorgungsproblemen führen könnte.

Die Modernisierung der Leitungsinfrastruktur und der Bau zusätzlicher

Umspannwerke wären notwendig, um die Einspeisung des erzeugten Stroms zu

ermöglichen. Solche Maßnahmen sind jedoch mit erheblichen Kosten und

langen Zeiträumen für Planung und Umsetzung verbunden. Angesichts dieser

Herausforderungen stellt sich die Frage, ob die Errichtung der

Windkraftanlagen in der geplanten Form wirtschaftlich und technisch sinnvoll

ist. Ohne eine entsprechende Infrastruktur können die Anlagen nicht wie

vorgesehen betrieben werden, was die gesamte Planung infrage stellt.

Darüber hinaus führt der Ausbau von Windkraftanlagen ohne begleitende

Infrastrukturmaßnahmen zu einer ungleichen Belastung der regionalen

Stromnetze, was nicht nur die Netzstabilität gefährdet, sondern auch die

Kosten für die Endverbraucher erhöht. Diese zusätzlichen Kosten, die durch

Netzausbau und Modernisierungsmaßnahmen entstehen, werden letztlich auf

die Allgemeinheit umgelegt und schmälern die Akzeptanz für den Ausbau

erneuerbarer Energien in der Bevölkerung.

Die mangelnde Berücksichtigung der infrastrukturellen Anforderungen zeigt,

dass die Planung der Windkraftanlage DGF01 und weiterer Anlagen in der

Region in ihrer derzeitigen Form unzureichend ist. Ohne eine umfassende und

vorausschauende Planung, die die notwendige Infrastruktur einschließt, ist die

Umsetzung dieser Projekte weder eﬃzient noch wirtschaftlich tragfähig. Die

Planungen sollten daher überarbeitet und an die tatsächlichen Gegebenheiten

angepasst werden, um eine nachhaltige und funktionierende Lösung zu

gewährleisten.

**Eﬃzienz von Windkraftanlagen in Schwachwindregionen wie Bayern**

Die Eﬃzienz von Windkraftanlagen ist maßgeblich von der Windhöﬃgkeit, also

der durchschnittlichen Windgeschwindigkeit an einem Standort, abhängig. In

Schwachwindregionen wie Bayern, die im Vergleich zu den windreichen

Küstenregionen Deutschlands deutlich geringere Windgeschwindigkeiten

aufweisen, ist diese Eﬃzienz deutlich eingeschränkt. Windkraftanlagen können

ihre maximale Leistung nur bei ausreichend starkem Wind erbringen, und in

Gebieten mit schwachen Windverhältnissen laufen sie oft deutlich unterhalb

ihrer theoretischen Kapazität.

Bayern ist aufgrund seiner geograﬁschen Lage und topograﬁschen

Gegebenheiten als Schwachwindregion bekannt. Weite Teile des Landes,

insbesondere in Tallagen oder Gebieten mit dichter Besiedlung, weisen

niedrige durchschnittliche Windgeschwindigkeiten auf, die häuﬁg nicht

ausreichen, um eine wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Energieausbeute

der Anlagen zu gewährleisten. In diesen Regionen sind Windkraftanlagen oft

nur eingeschränkt in der Lage, einen nennenswerten Beitrag zur

Stromversorgung zu leisten, da der Ertrag pro Anlage im Vergleich zu

windstärkeren Regionen gering bleibt.

Darüber hinaus erfordert der Betrieb von Windkraftanlagen in

Schwachwindgebieten häuﬁg zusätzliche technische Anpassungen, wie etwa

höhere Türme oder größere Rotorblätter, um auch bei geringen

Windgeschwindigkeiten eine minimale Energieausbeute zu erzielen. Solche

Anpassungen gehen jedoch mit höheren Kosten bei der Errichtung und

Wartung der Anlagen einher, was die Wirtschaftlichkeit weiter einschränkt.

Gleichzeitig steigt auch der Flächenbedarf durch größere Anlagen, was in dicht

besiedelten Regionen wie Bayern zusätzliche Konﬂikte bei der Flächennutzung

erzeugt.

Die Diskrepanz zwischen der Leistung von Windkraftanlagen in

Schwachwindregionen und den hohen Erwartungen an deren Beitrag zur

Energiewende führt zwangsläuﬁg zu Fragen nach der Sinnhaftigkeit dieser

Maßnahmen. Das Konzept des Ausbaus von Windenergie basiert auf der

Annahme, dass die Anlagen ﬂächendeckend und eﬃzient Strom erzeugen

können. In Bayern jedoch ist die tatsächliche Eﬃzienz oft so gering, dass die

Anlagen weder wirtschaftlich betrieben werden noch einen signiﬁkanten

Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs leisten können.

Ein weiterer Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt, ist die Notwendigkeit von

Ausgleichsmaßnahmen. In Schwachwindregionen müssen die Lücken in der

Stromerzeugung durch andere Energiequellen oder den Zukauf von Strom aus

windreicheren Regionen kompensiert werden. Dies führt nicht nur zu einer

Belastung der Stromnetze, sondern auch zu zusätzlichen Kosten, die langfristig

von Verbrauchern oder der öﬀentlichen Hand getragen werden müssen.

Die Planung und der Ausbau von Windkraftanlagen in Schwachwindregionen

wie Bayern sollten daher kritisch hinterfragt werden. Statt ineﬃzient

arbeitende Anlagen in ungeeigneten Regionen zu errichten, könnte der Fokus

auf andere Formen der erneuerbaren Energieerzeugung wie Solarenergie oder

Biomasse gelegt werden, die in Bayern weitaus bessere Voraussetzungen

haben. Nur durch eine sinnvolle und an die regionalen Gegebenheiten

angepasste Planung kann die Energiewende eﬀektiv, wirtschaftlich und im

Einklang mit den Bedürfnissen der Bevölkerung vorangetrieben werden.

**Einwand und Begründung: Erheblicher Abwägungsmangel zu Lärm und**

**Schall / Infraschall – Verletzung des Schutzguts Mensch und**

**Verfahrensfehler**

Die Auswirkungen von Lärm und Schall durch die geplanten Windkraftanlagen

wurden in den Unterlagen des Planungsverbands nicht ausreichend behandelt,

obwohl dies ein zentraler Faktor für die Bewertung der Vorrangﬂächen ist.

Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von fast 300 Metern erzeugen durch

ihre größeren Rotorblätter und die erhöhte Leistung deutlich stärkere

aerodynamische Geräusche als kleinere Anlagen wie die bisher bekannte, 150

Meter hohe Anlage in Paindlkofen. Der Unterschied im Schallleistungspegel

kann je nach Modell und Betriebsbedingungen etwa 3 bis 5 dB(A) betragen. Für

die vom Planungsverband wohl angenommenen Anlagen ist von einem Anstieg

um 5 dB(A) auszugehen, was auf einer logarithmischen Skala als deutlich lauter

wahrgenommen wird.

Besonders problematisch ist die geplante Nähe der Anlagen zur

Wohnbebauung. Anlagen, die in einer Entfernung von 550 Metern zu

Wohngebieten stehen, sind erheblich lauter wahrnehmbar als solche in einem

Abstand von 900 Metern. Auch hier beträgt der Unterschied etwa 3 bis 5 dB(A),

was für die betroﬀenen Anwohner eine merkliche bis deutliche

Beeinträchtigung darstellt. Trotz dieser erheblichen Auswirkungen bleibt das

Thema Lärm und Schall in den Unterlagen und im Umweltbericht nahezu

unbehandelt. Es gibt lediglich indirekte Hinweise auf bestimmte

Siedlungsbereiche, ohne jedoch konkrete und nachvollziehbare Informationen

für die Öﬀentlichkeit bereitzustellen.

Die breite Bevölkerung hat keine Möglichkeit, die Auswirkungen von fast 300

Meter hohen Windkraftanlagen oder von Anlagen, die nur 550 Meter von

Wohngebieten entfernt stehen, selbst einzuschätzen. Die

Auslegungsunterlagen versäumen es, diese Informationen transparent

darzustellen, wodurch eine fundierte Bewertung durch die Öﬀentlichkeit

unmöglich gemacht wird. Besonders gravierend ist, dass auch im

Umweltbericht das Schutzgut Mensch in Bezug auf Schall und Lärm nicht

berücksichtigt wurde. Gerade bei einer so geringen Entfernung wie 550 Metern

wäre eine detaillierte und diﬀerenzierte Untersuchung zwingend erforderlich

gewesen.

Wissenschaftliche Studien haben eindeutige Hinweise darauf geliefert, dass

niederfrequente Schallwellen mit Schalldruckpegeln von 80 dB(A) vom

menschlichen Innenohr aufgenommen werden können. Bereits kurze

Expositionen von nur 90 Sekunden können otoakustische Signale im Innenohr

auslösen, die bis zu zwei Minuten nachklingen. Diese Erkenntnisse deuten

darauf hin, dass der menschliche Körper auf diese Art von Schall empﬁndlich

reagieren kann, auch wenn dies nicht bewusst wahrgenommen wird. Solche

physiologische Reaktionen sind von großer Bedeutung, da sie langfristige

Auswirkungen auf die Gesundheit haben könnten.

Der Arbeitskreis „Ärzte für Immissionsschutz“ sowie weitere Wissenschaftler

warnen vor möglichen Folgen für die Gesundheit, darunter Schlafstörungen,

Kopfschmerzen und Konzentrationsprobleme. Solche Symptome wurden

insbesondere bei Menschen dokumentiert, die in unmittelbarer Nähe von

Windkraftanlagen leben. Laut Prof. Christian Vahl von der Universität Mainz

kann die Belastung durch Infraschall in extremen Fällen sogar

Herzinsuﬃzienzen begünstigen. Dies verdeutlicht die Dringlichkeit, mit der

diese Problematik untersucht und in den Planungen berücksichtigt werden

muss. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat bereits reagiert und

mehrere Forschungsprojekte initiiert, um die Auswirkungen von Infraschall

besser zu verstehen. Dennoch bleibt die Frage oﬀen, ob diese Risiken in der

Planungsphase von Windkraftprojekten ausreichend berücksichtigt werden.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die unzureichende Berücksichtigung der

gesundheitlichen Risiken von Infraschall im vorliegenden Planentwurf.

Internationale Standards wie die DIN 45680, die die Messung tieﬀrequenter

Geräusche regeln, beﬁnden sich derzeit noch in der Überarbeitung. Dies

bedeutet, dass bestehende Regularien möglicherweise nicht ausreichen, um

die Bevölkerung vor den potenziellen Gefahren zu schützen. Eine

unzureichende Regulierung könnte zu einer unbewussten Gefährdung der

Anwohner führen, die langfristige gesundheitliche Folgen nach sich ziehen

könnte.

Diese Fakten verdeutlichen, dass der aktuelle Planentwurf gravierende Lücken

aufweist und einer umfassenden Überarbeitung bedarf. Der Schutz der

Gesundheit der betroﬀenen Bevölkerung muss dabei oberste Priorität haben.

Es ist dabei wichtig zu betonen, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik

Deutschland in Artikel 2 Absatz 2 ausdrücklich festlegt: „Jeder hat das Recht

auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Dieser Grundsatz darf nicht unter

dem Aspekt des Fortschritts oder wirtschaftlicher Interessen vernachlässigt

werden.

Das oﬀenkundige Ignorieren dieser zentralen Aspekte stellt einen erheblichen

Verfahrensfehler dar. Die Planung weist gravierende Mängel in der Abwägung

der Belange der Anwohner auf, die durch die unzureichende Berücksichtigung

von Lärm und Schall besonders betroﬀen sind. Aufgrund dieses erheblichen

Abwägungsmangels und der Verletzung des Schutzguts Mensch ist die gesamte

Planung in ihrer bisherigen Form zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Entsorgungsproblematik von**

**Windkraftanlagen – Widerspruch zur Umweltfreundlichkeit und**

**erheblicher Abwägungsmangel**

Die Entsorgungsproblematik von Windkraftanlagen stellt einen grundlegenden

Widerspruch zum erklärten Ziel der Windkraft dar: dem Schutz der Umwelt und

der Schonung natürlicher Ressourcen. Während die Nutzung erneuerbarer

Energien als umweltfreundliche Alternative zu fossilen Brennstoﬀen beworben

wird, oﬀenbart sich bei den Themen Rückbau und Entsorgung der Anlagen ein

massives Problem, das die Umweltfreundlichkeit der Technologie infrage stellt.

Besonders problematisch ist die Entsorgung der Rotorblätter, die aus

Verbundwerkstoﬀen bestehen und derzeit kaum recycelbar sind. Diese

Materialien müssen aufwendig zerkleinert und anschließend deponiert werden,

was nicht nur mit einem erheblichen Energie- und Ressourcenaufwand

verbunden ist, sondern auch wertvolle Deponiekapazitäten beansprucht.

Der CO₂-Fußabdruck der Entsorgungsmaßnahmen widerspricht ebenfalls dem

Ziel der Klimaneutralität. Der Rückbau der Anlagen erfordert den Einsatz

schwerer Maschinen, der Transport der riesigen Bauteile über weite Strecken

erhöht die CO₂-Emissionen zusätzlich, und auch die langfristige Lagerung der

nicht recycelbaren Bestandteile belastet die Umwelt. Dieser Aspekt wird oft

vernachlässigt, obwohl er einen wesentlichen Teil des Lebenszyklus einer

Windkraftanlage ausmacht. Eine ehrliche Betrachtung der Umweltbilanz muss

diese Faktoren berücksichtigen, um die tatsächlichen Auswirkungen auf das

Klima zu bewerten.

Ein weiteres Problem ist die fehlende rechtliche und ﬁnanzielle Absicherung

des Rückbaus. Oftmals bleiben Betreiber oder Gemeinden auf den Kosten und

der Verantwortung für den Rückbau sitzen, wenn keine ausreichenden

Rückbauverpﬂichtungen und ﬁnanziellen Sicherheiten in den Pachtverträgen

oder Genehmigungsbescheiden enthalten sind. Angesichts der langen Laufzeit

der Anlagen und der möglichen Insolvenz von Betreibern ist dies ein

erhebliches Risiko, das nicht ignoriert werden darf. Es besteht die Gefahr, dass

Rückbau und Entsorgung unzureichend durchgeführt oder vollständig auf

nachfolgende Generationen abgewälzt werden.

Die Planung versäumt es, diese zentralen Aspekte der Entsorgung und des

Rückbaus ausreichend zu regeln. Dies stellt einen erheblichen

Abwägungsmangel dar, da die langfristigen Auswirkungen auf Umwelt und

Gesellschaft nicht berücksichtigt wurden. Es ist zwingend erforderlich, dass

Rückbauverpﬂichtungen, ﬁnanzielle Sicherheiten und klare Regelungen zur

Entsorgung in den Pachtverträgen und Genehmigungsbescheiden verankert

werden. Ohne diese Maßnahmen wird das Ziel der Umweltfreundlichkeit

konterkariert, und die Energiewende verliert an Glaubwürdigkeit.

Die unzureichende Berücksichtigung der Entsorgungsproblematik und der

damit verbundenen Folgen für Umwelt und Gesellschaft macht die Planung

fehlerhaft. Sie ist daher in ihrer jetzigen Form zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Risiken von Havarien - Erheblicher Mangel**

**an Sicherheitskonzepten und Abwägungsfehler**

Die potenziellen Gefahren durch Havarien in Waldgebieten und deren

schwerwiegende ökologische Folgen werden oft nicht ausreichend

berücksichtigt. Der Betrieb von Windkraftanlagen in bewaldeten Regionen birgt

erhebliche Risiken für die Umwelt, insbesondere wenn es zu Bränden, zum

Austritt von Betriebsstoﬀen oder zu mechanischen Defekten kommt. Diese

können das Ökosystem langfristig schädigen und die Natur empﬁndlich

beeinträchtigen.

Ein zentrales Risiko ist die erhöhte Brandgefahr, die durch technische Defekte

oder Blitzschläge ausgelöst werden kann. In waldreichen Gebieten haben

Brände eine besonders verheerende Wirkung, da sie sich aufgrund der dichten

Vegetation schnell ausbreiten können. Löscharbeiten sind durch die oftmals

schwer zugängliche Lage der Anlagen und die Höhe der Türme stark erschwert.

Ein Feuer, das außer Kontrolle gerät, kann große Waldﬂächen zerstören, was

gravierende Folgen für das Klima, die Biodiversität und die Luftqualität hätte.

Wälder spielen eine Schlüsselrolle im globalen Klimasystem, und ihr Verlust

durch Brände wäre nicht nur regional, sondern auch global spürbar.

Neben der Brandgefahr ist auch der mögliche Austritt von Schadstoﬀen ein

erhebliches Problem. Schmieröle, Hydraulikﬂüssigkeiten und andere

Betriebsstoﬀe können bei einer Havarie in den Waldboden und das

Grundwasser gelangen. Besonders kritisch ist dies in Wasserschutzgebieten, da

die Trinkwasserversorgung durch solche Verunreinigungen ernsthaft gefährdet

werden kann. Gemäß § 47 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) sind Grund-

und Oberﬂächengewässer vor schädlichen Einﬂüssen zu schützen. Der Bericht

„Havarie-Risiken und Gefährdungsbeurteilungen im Wasserschutzgebiet“ von

Timmo Seebo unterstreicht diese Gefahr und weist auf die erheblichen Risiken

hin, die durch den Betrieb von Windkraftanlagen für das Grundwasser

entstehen können.

Darüber hinaus stellen mechanische Defekte wie Rotorblattabbrüche oder

Turmhavarien eine weitere Gefahr dar. Abgestürzte Teile können große Flächen

kontaminieren und die Lebensräume vieler Tierarten zerstören. Besonders

betroﬀen sind Fledermäuse, Greifvögel und andere Waldtiere, die auf die

intakte Waldumgebung angewiesen sind. Die Zerstörung ihrer Habitate durch

herumﬂiegende Trümmerteile oder durch die langfristigen Folgen einer Havarie

bedeutet eine erhebliche Beeinträchtigung der ohnehin schon gefährdeten

Tierwelt.

Ein weiteres Problem ist das Fehlen geeigneter Notfallkonzepte und

Sicherheitsmaßnahmen. Der Betrieb von Windkraftanlagen in Wäldern erfordert

spezielle Vorkehrungen, um auf Havarien schnell und eﬀektiv reagieren zu

können. Derzeit fehlen jedoch detaillierte Pläne, wie Feuerwehren und

Umweltbehörden im Ernstfall handeln sollen. Diese mangelnde Vorbereitung

erhöht das Risiko von Langzeitschäden für die Umwelt und erschwert die

Eindämmung der Folgen erheblich.

Ohne diese Vorkehrungen ist die Planung unvollständig und muss

zurückgewiesen werden.

**Einwand und Begründung: Brandschutzmaßnahmen bei**

**Windkraftanlagen**

Der Brand einer Windkraftanlage kann in einem Waldgebiet wie dem unseren

katastrophale Folgen haben. Die Gefahr eines sich schnell ausbreitenden

Waldbrandes ist besonders in trockenen Sommermonaten erheblich. Um im

Ernstfall einen Brand schnell und eﬀektiv löschen zu können, sind Löschwasser-

Zisternen in direkter Nähe der Windkraftanlagen zwingend erforderlich. Die

örtliche Feuerwehr ist nicht in der Lage, ausreichend Wasser mit sich zu führen,

um einen großﬂächigen Waldbrand zu bekämpfen. Ohne vor Ort verfügbare

Wasserressourcen wird die Brandbekämpfung erheblich verzögert, was die

Risiken für Mensch und Natur unverhältnismäßig erhöht.

Die Planung der Windkraftanlagen versäumt es, diese essenziellen

Brandschutzmaßnahmen vorzusehen. Die Einrichtung von Löschwasser-

Zisternen muss verpﬂichtender Bestandteil der Genehmigung sein, und die

dafür benötigte Fläche sollte gegebenenfalls auf die Pachtverträge

aufgeschlagen werden. Darüber hinaus sollten CO₂-Löschanlagen obligatorisch

in den Windkraftanlagen installiert werden, um Brände möglichst frühzeitig

eindämmen zu können und eine weitere Ausbreitung zu verhindern.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die fehlende Schulung der lokalen

Feuerwehren. Die kommunalen Feuerwehren müssen auf Kosten der Betreiber

der Windkraftanlagen umfassend auf den Umgang mit Bränden an

Windkraftanlagen und die speziﬁschen Gefahren vorbereitet werden. Dazu

gehört auch die Anschaﬀung notwendiger Spezialfahrzeuge oder Ausrüstungen,

die von den Betreibern ﬁnanziert werden müssen. Ohne diese Maßnahmen

wäre die Feuerwehr im Ernstfall nicht ausreichend gerüstet, um die Gefahren

eﬀektiv zu bekämpfen.

Zudem muss der Betreiber der Windkraftanlagen verpﬂichtet werden, eine

umfassende Brandschutzversicherung abzuschließen. Diese Versicherung soll

nicht nur Schäden an der Anlage selbst, sondern auch Folgeschäden, wie etwa

Waldbrände, abdecken. Ohne eine solche Absicherung könnten bei einem

Brand enorme Kosten auf die Gemeinden oder den Staat abgewälzt werden,

was angesichts der ohnehin hohen Risiken völlig inakzeptabel ist.

Die vorgelegte Planung lässt all diese wichtigen Sicherheitsmaßnahmen

unberücksichtigt. Dieser Mangel an einem durchdachten Brandschutzkonzept

stellt einen gravierenden Fehler dar und gefährdet sowohl Menschenleben als

auch die Umwelt. Es ist zwingend erforderlich, dass die genannten Maßnahmen

–

von Löschwasser-Zisternen über CO₂-Löschanlagen bis hin zur Schulung der

Feuerwehren und der Versicherungspﬂicht – in die Genehmigung integriert

werden.

Ohne diese Vorkehrungen ist die Planung unvollständig und muss

zurückgewiesen werden.

**Eﬃzienz von Windkraftanlagen in Schwachwindregionen wie Bayern**

Die Eﬃzienz von Windkraftanlagen ist maßgeblich von der Windhöﬃgkeit, also

der durchschnittlichen Windgeschwindigkeit an einem Standort, abhängig. In

Schwachwindregionen wie Bayern, die im Vergleich zu den windreichen

Küstenregionen Deutschlands deutlich geringere Windgeschwindigkeiten

aufweisen, ist diese Eﬃzienz deutlich eingeschränkt. Windkraftanlagen können

ihre maximale Leistung nur bei ausreichend starkem Wind erbringen, und in

Gebieten mit schwachen Windverhältnissen laufen sie oft deutlich unterhalb

ihrer theoretischen Kapazität.

Bayern ist aufgrund seiner geograﬁschen Lage und topograﬁschen

Gegebenheiten als Schwachwindregion bekannt. Weite Teile des Landes,

insbesondere in Tallagen oder Gebieten mit dichter Besiedlung, weisen

niedrige durchschnittliche Windgeschwindigkeiten auf, die häuﬁg nicht

ausreichen, um eine wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Energieausbeute

der Anlagen zu gewährleisten. In diesen Regionen sind Windkraftanlagen oft

nur eingeschränkt in der Lage, einen nennenswerten Beitrag zur

Stromversorgung zu leisten, da der Ertrag pro Anlage im Vergleich zu

windstärkeren Regionen gering bleibt.

Darüber hinaus erfordert der Betrieb von Windkraftanlagen in

Schwachwindgebieten häuﬁg zusätzliche technische Anpassungen, wie etwa

höhere Türme oder größere Rotorblätter, um auch bei geringen

Windgeschwindigkeiten eine minimale Energieausbeute zu erzielen. Solche

Anpassungen gehen jedoch mit höheren Kosten bei der Errichtung und

Wartung der Anlagen einher, was die Wirtschaftlichkeit weiter einschränkt.

Gleichzeitig steigt auch der Flächenbedarf durch größere Anlagen, was in dicht

besiedelten Regionen wie Bayern zusätzliche Konﬂikte bei der Flächennutzung

erzeugt.

Die Diskrepanz zwischen der Leistung von Windkraftanlagen in

Schwachwindregionen und den hohen Erwartungen an deren Beitrag zur

Energiewende führt zwangsläuﬁg zu Fragen nach der Sinnhaftigkeit dieser

Maßnahmen. Das Konzept des Ausbaus von Windenergie basiert auf der

Annahme, dass die Anlagen ﬂächendeckend und eﬃzient Strom erzeugen

können. In Bayern jedoch ist die tatsächliche Eﬃzienz oft so gering, dass die

Anlagen weder wirtschaftlich betrieben werden noch einen signiﬁkanten

Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs leisten können.

Ein weiterer Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt, ist die Notwendigkeit von

Ausgleichsmaßnahmen. In Schwachwindregionen müssen die Lücken in der

Stromerzeugung durch andere Energiequellen oder den Zukauf von Strom aus

windreicheren Regionen kompensiert werden. Dies führt nicht nur zu einer

Belastung der Stromnetze, sondern auch zu zusätzlichen Kosten, die langfristig

von Verbrauchern oder der öﬀentlichen Hand getragen werden müssen.

Die Planung und der Ausbau von Windkraftanlagen in Schwachwindregionen

wie Bayern sollten daher kritisch hinterfragt werden. Statt ineﬃzient

arbeitende Anlagen in ungeeigneten Regionen zu errichten, könnte der Fokus

auf andere Formen der erneuerbaren Energieerzeugung wie Solarenergie oder

Biomasse gelegt werden, die in Bayern weitaus bessere Voraussetzungen

haben. Nur durch eine sinnvolle und an die regionalen Gegebenheiten

angepasste Planung kann die Energiewende eﬀektiv, wirtschaftlich und im

Einklang mit den Bedürfnissen der Bevölkerung vorangetrieben werden.

**Einwand und Begründung: Subventionierung**

Zunächst möchte ich auf die Erhöhung der Strompreise durch die EEG-Umlage

eingehen. Die Subventionierung von Windkraftanlagen erfolgt über das

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), welches die ﬁnanziellen Mittel für die

Förderung erneuerbarer Energien durch eine Umlage auf die Stromkunden

aufbringt. Jede neue Windkraftanlage führt zu einem Anstieg der Gesamtkosten

dieser Umlage und belastet dadurch insbesondere Privathaushalte sowie kleine

und mittelständische Unternehmen. Gemäß § 1 EEG soll die Förderung

erneuerbarer Energien jedoch wirtschaftlich vertretbar sein. Die stetig

steigenden Stromkosten stellen diese wirtschaftliche Vertretbarkeit jedoch

zunehmend infrage und gefährden die Akzeptanz der Energiewende bei den

Verbrauchern.

Ein weiteres Problem stellen die hohen Netzausbaukosten dar, die durch die

volatile Einspeisung von Windenergie entstehen. Windkraftanlagen erzeugen

Strom nicht kontinuierlich, sondern abhängig von den Wetterbedingungen, was

zu erheblichen Schwankungen im Stromnetz führt. Um diese Schwankungen

auszugleichen, sind umfangreiche Maßnahmen zum Ausbau und zur

Stabilisierung der Netze notwendig. Diese Maßnahmen verursachen erhebliche

Kosten, die wiederum auf die Verbraucher umgelegt werden. Laut Angaben der

Bundesnetzagentur steigen die Netzentgelte insbesondere in Regionen mit

hohem Windkraftausbau überproportional an, was die ﬁnanzielle Belastung für

Endverbraucher weiter erhöht.

Zusätzlich verursachen die geplanten Windkraftprojekte durch ihren

unregelmäßigen Einspeisecharakter erhebliche Kosten für sogenannte

Redispatch-Maßnahmen. Diese Maßnahmen sind notwendig, um Netzengpässe

auszugleichen, die durch die ungleichmäßige Einspeisung von Windstrom

entstehen. Laut dem Bundeswirtschaftsministerium beliefen sich die Kosten für

derartige Netzstabilisierungsmaßnahmen zuletzt auf mehrere Milliarden Euro

pro Jahr. Diese Ausgaben werden ebenfalls auf die Stromkunden umgelegt, was

die ohnehin steigenden Strompreise weiter antreibt.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde Wirtschaftlichkeit vieler

Windkraftprojekte ohne staatliche Subventionen. Es zeigt sich häuﬁg, dass

Windkraftanlagen nach dem Auslaufen der EEG-Förderung nicht mehr rentabel

betrieben werden können und stillgelegt werden müssen. Dies verdeutlicht,

dass viele Projekte langfristig nicht wirtschaftlich tragfähig sind. Eine

nachhaltige Energiepolitik sollte sich jedoch auf Technologien stützen, die auch

ohne dauerhafte Subventionen wirtschaftlich erfolgreich betrieben werden

können. Nur so können langfristig stabile und bezahlbare Strompreise

gewährleistet werden.

Abschließend möchte ich eine umfassende Prüfung der wirtschaftlichen

Auswirkungen der geplanten Windkraftprojekte anregen. Angesichts der

steigenden Strompreise fordere ich eine detaillierte Analyse, insbesondere in

Bezug auf die langfristigen Auswirkungen auf die Verbraucherpreise. Zudem

sollte geprüft werden, ob alternative Strategien zur Förderung erneuerbarer

Energien – insbesondere kosteneﬃzientere und verbraucherfreundlichere

Lösungen – in Betracht gezogen werden können.

Daher ist die Planung in ihrer derzeitigen Form fehlerhaft und zurückzuweisen.

**Mangelnde Infrastruktur und fehlende Umspannwerke für**

**Windkraftanlagen**

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen erfordern eine

leistungsfähige und moderne Infrastruktur, um den erzeugten Strom eﬃzient in

das Stromnetz einzuspeisen und zu verteilen. Für die geplante Windkraftanlage

DGF01 in Pramersbuch/Mengkofen sowie weitere Anlagen im Regionalplan fehlt

es jedoch an den notwendigen Umspannwerken, die für die Einspeisung des

erzeugten Stroms unerlässlich sind. Das nächste Umspannwerk beﬁndet sich in

einer Entfernung von rund 30 Kilometern, was für den eﬃzienten Betrieb der

Anlage eine erhebliche Herausforderung darstellt.

Die fehlenden Umspannwerke und die veralteten Stromleitungen in der Region

führen dazu, dass der Transport des erzeugten Stroms in das nächstgelegene

Umspannwerk technisch und wirtschaftlich ineﬃzient ist. Über so große

Distanzen entstehen hohe Übertragungsverluste, die die ohnehin begrenzte

Eﬃzienz der Windkraftanlagen zusätzlich schmälern. Zudem sind die

bestehenden Leitungen vielerorts nicht für die Aufnahme zusätzlicher

Energiemengen ausgelegt, was zu einer Überlastung des Netzes und potenziell

zu Versorgungsproblemen führen könnte.

Die Modernisierung der Leitungsinfrastruktur und der Bau zusätzlicher

Umspannwerke wären notwendig, um die Einspeisung des erzeugten Stroms zu

ermöglichen. Solche Maßnahmen sind jedoch mit erheblichen Kosten und

langen Zeiträumen für Planung und Umsetzung verbunden. Angesichts dieser

Herausforderungen stellt sich die Frage, ob die Errichtung der

Windkraftanlagen in der geplanten Form wirtschaftlich und technisch sinnvoll

ist. Ohne eine entsprechende Infrastruktur können die Anlagen nicht wie

vorgesehen betrieben werden, was die gesamte Planung infrage stellt.

Darüber hinaus führt der Ausbau von Windkraftanlagen ohne begleitende

Infrastrukturmaßnahmen zu einer ungleichen Belastung der regionalen

Stromnetze, was nicht nur die Netzstabilität gefährdet, sondern auch die

Kosten für die Endverbraucher erhöht. Diese zusätzlichen Kosten, die durch

Netzausbau und Modernisierungsmaßnahmen entstehen, werden letztlich auf

die Allgemeinheit umgelegt und schmälern die Akzeptanz für den Ausbau

erneuerbarer Energien in der Bevölkerung.

Die mangelnde Berücksichtigung der infrastrukturellen Anforderungen zeigt,

dass die Planung der Windkraftanlage DGF01 und weiterer Anlagen in der

Region in ihrer derzeitigen Form unzureichend ist. Ohne eine umfassende und

vorausschauende Planung, die die notwendige Infrastruktur einschließt, ist die

Umsetzung dieser Projekte weder eﬃzient noch wirtschaftlich tragfähig. Die

Planungen sollten daher überarbeitet und an die tatsächlichen Gegebenheiten

angepasst werden, um eine nachhaltige und funktionierende Lösung zu

gewährleisten.

**Einwand und Begründung: Stabilität des Stromnetzes,**

**Unzuverlässigkeit**

Diese Vorhaben bergen aus meiner Sicht erhebliche Risiken für die Stabilität

des Stromnetzes. Insbesondere die unregelmäßige Einspeisung von

Windenergie könnte zu kritischen Problemen führen, die nicht nur technische,

sondern auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen nach sich

ziehen. Um meine Bedenken zu verdeutlichen, möchte ich die zentralen Punkte

meiner Argumentation wie folgt zusammenfassen und näher erläutern:

Zunächst stellt die Instabilität des Stromnetzes durch die volatile Einspeisung

von Windenergie ein wesentliches Problem dar. Windkraftanlagen produzieren

Strom abhängig von den Wetterbedingungen, was zu erheblichen

Schwankungen in der Netzfrequenz führen kann. Ein Überangebot an Strom

oder ein plötzlicher Einbruch der Einspeisung hat laut der Bundesnetzagentur

das Potenzial, kritische Zustände im Stromnetz hervorzurufen. Um diese

Schwankungen auszugleichen, sind aufwendige und kostspielige

Stabilisierungsmaßnahmen erforderlich. Diese Maßnahmen belasten nicht nur

die Netzbetreiber, sondern führen letztlich auch zu höheren Kosten für die

Verbraucherinnen und Verbraucher, da die Ausgaben über die Strompreise

weitergegeben werden.

Ein weiteres Problem ist die erhöhte Notwendigkeit von Redispatch-

Maßnahmen, die durch den unzuverlässigen Einspeisecharakter von

Windenergie erforderlich werden. Redispatch-Maßnahmen dienen dazu,

Netzengpässe auszugleichen und die Stromversorgung trotz unregelmäßiger

Einspeisung sicherzustellen. Diese Eingriﬀe sind jedoch mit erheblichen

logistischen und ﬁnanziellen Aufwendungen verbunden, was sowohl die

Netzbetreiber als auch letztlich die Verbraucher belastet. Laut Angaben des

Bundeswirtschaftsministeriums sind die Kosten für solche Eingriﬀe in den

letzten Jahren stark gestiegen, was die Wirtschaftlichkeit und Eﬃzienz der

Energiewende in Frage stellt.

Darüber hinaus birgt die ungleichmäßige Stromproduktion aus Windkraft das

Risiko, dass die Netzstabilität nur noch durch Notfallmaßnahmen

aufrechterhalten werden kann. In extremen Fällen von Über- oder

Unterproduktion kann dies sogar zu Lastabwürfen oder regionalen

Netzausfällen führen. Solche Szenarien stellen nicht nur eine Gefahr für die

Industrie dar, sondern auch für kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser,

öﬀentliche Verkehrsmittel und private Haushalte. Die Risiken für die

Versorgungssicherheit dürfen hier nicht unterschätzt werden.

Ebenso problematisch sind die enormen Kosten, die durch den erforderlichen

Ausbau des Stromnetzes sowie durch Investitionen in Speichertechnologien

entstehen. Um die Schwankungen bei der Stromproduktion auszugleichen,

müssen neue Speicherkapazitäten geschaﬀen und bestehende Netzstrukturen

erweitert werden. Diese Maßnahmen sind unabdingbar, um die

Versorgungssicherheit zu gewährleisten, gehen jedoch mit erheblichen

ﬁnanziellen Belastungen einher, die wiederum auf die Verbraucher umgelegt

werden. Gleichzeitig fehlt es der Windkraft an einer verlässlichen

Grundlastfähigkeit, die für eine nachhaltige und stabile Energieversorgung

unverzichtbar ist.

Angesichts dieser Risiken fordere ich eine umfassende und transparente

Prüfung der Auswirkungen der geplanten Windkraftanlagen auf die Stabilität

des Stromnetzes. Es ist notwendig, Alternativen mit gesicherter

Grundlastfähigkeit vorrangig zu prüfen und in die Planungen einzubeziehen.

Nur so kann eine sichere und kosteneﬃziente Energieversorgung langfristig

gewährleistet werden.

Daher ist die Planung in ihrer derzeitigen Form fehlerhaft und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Zerstörung unserer Wälder – Verletzung**

**von Schutzgütern Natur und Landschaft**

Ein zentrales Problem stellt die Notwendigkeit umfangreicher Rodungsarbeiten

dar. Um die Errichtung von Windenergieanlagen einschließlich der

dazugehörigen Infrastruktur und Zufahrtswege zu ermöglichen, müssten

großﬂächig Bäume gefällt werden. Dies hätte zur Folge, dass

zusammenhängende Waldﬂächen fragmentiert werden, was nicht nur den

Lebensraum zahlreicher Tier- und Pﬂanzenarten beeinträchtigt, sondern auch

die Stabilität des Waldes als Ökosystem schwächt. Wissenschaftliche

Untersuchungen zeigen, dass eine solche Zerstückelung die

Regenerationsfähigkeit von Wäldern erheblich einschränkt und sie anfälliger

gegenüber Umwelteinﬂüssen wie Stürmen oder Schädlingsbefall macht.

Darüber hinaus birgt die Schaﬀung von Freiﬂächen und Zufahrtswegen ein

erhöhtes Risiko für Waldbrände. Durch die verstärkte Sonneneinstrahlung auf

die freigelegten Böden kann die Vegetation austrocknen, was angesichts der

fortschreitenden Klimaerwärmung eine ernstzunehmende Gefahr darstellt. Die

ohnehin zunehmende Trockenheit in vielen Regionen wird durch solche

Eingriﬀe weiter verschärft, was die Sicherheit und Beständigkeit der lokalen

Wälder gefährdet.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Beeinträchtigung der Funktion von

Wäldern als Kohlenstoﬀspeicher und Lebensraum für zahlreiche Tier- und

Pﬂanzenarten. Wälder sind von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz, da sie

große Mengen an CO₂ binden. Ihre Zerstörung für Windenergieprojekte steht im

direkten Widerspruch zu den übergeordneten Zielen des Klima- und

Naturschutzes. Zusätzlich wird durch den Verlust von Lebensräumen die

Biodiversität gefährdet, was langfristig auch negative Auswirkungen auf das

ökologische Gleichgewicht in der Region haben kann.

Wälder spielen eine zentrale Rolle in der Regulation des Wasserhaushalts. Sie

speichern Niederschläge, erneuern das Grundwasser und tragen maßgeblich

dazu bei, Hochwasserereignisse abzumildern. Diese essenziellen Funktionen

geraten jedoch zunehmend unter Druck, insbesondere durch großﬂächige

Rodungen und die Versiegelung von Böden, wie sie oft im Zusammenhang mit

dem Bau und Betrieb von Windkraftanlagen auftreten. Die damit verbundenen

Eingriﬀe in das natürliche Ökosystem gefährden nicht nur die Stabilität des

Wasserhaushalts, sondern auch die langfristige Verfügbarkeit von

Trinkwasserressourcen. Meine Einwände gegen den Bau von Windkraftanlagen

in waldreichen Gebieten möchte ich daher im Folgenden näher erläutern.

Zunächst ist zu betonen, dass Waldﬂächen eine entscheidende Funktion bei

der Grundwasserneubildung erfüllen. Der Waldboden wirkt wie ein natürlicher

Schwamm: Er speichert Regenwasser, ﬁltert es und leitet es langsam in das

Grundwasser weiter. Wird jedoch eine große Fläche Wald gerodet, um Platz für

Windkraftanlagen zu schaﬀen, wird dieser natürliche Prozess massiv gestört.

Die Folge ist eine Absenkung des Grundwasserspiegels, was langfristig die

Menge an verfügbarem Trinkwasser reduziert. Dies stellt insbesondere in

Zeiten wachsender Wasserknappheit eine ernsthafte Bedrohung dar.

Ein weiterer kritischer Punkt betriﬀt das Risiko von Bodenerosion und

Hochwasser. Der Bau von Windkraftanlagen erfordert die Errichtung von

Fundamenten, Zuwegungen und Betriebsﬂächen, die zwangsläuﬁg zu einer

Versiegelung der Böden führen. Versiegelte Böden können deutlich weniger

Wasser aufnehmen, wodurch der Oberﬂächenabﬂuss zunimmt. Dies erhöht

nicht nur die Gefahr von Bodenerosion, sondern kann auch in tiefer gelegenen

Gebieten Überschwemmungen begünstigen. Die natürliche Bodenstruktur wird

dabei unwiderruﬂich zerstört, was weitreichende Folgen für den lokalen

Wasserhaushalt und den Hochwasserschutz hat.

Darüber hinaus birgt der Bau und Betrieb von Windkraftanlagen das Risiko

einer Verschlechterung der Wasserqualität. Baustoﬀe, Schmiermittel und

andere chemische Substanzen, die während der Bau- und Betriebsphase

eingesetzt werden, können durch Niederschläge in das Erdreich gelangen und

schließlich ins Grundwasser sickern. Dieser Schadstoﬀeintrag stellt

insbesondere in Waldgebieten mit einer wichtigen Wasserschutzfunktion ein

nicht akzeptables Risiko dar, da er die Trinkwasserversorgung gefährden kann.

Besonders besorgniserregend ist zudem, dass nach meinem Kenntnisstand

bislang keine unabhängigen und detaillierten hydrologischen Untersuchungen

zu den Auswirkungen der geplanten Windkraftprojekte auf den Wasserhaushalt

durchgeführt wurden. Laut Wasserhaushaltsgesetz (§ 47 WHG) sind

Grundwasser und andere Gewässer jedoch vor schädlichen Einﬂüssen zu

schützen. Ohne eine umfassende Prüfung der potenziellen Risiken ist es

unverantwortlich, Projekte dieser Größenordnung in ökologisch sensiblen

Gebieten umzusetzen.

Besonders kritisch ist zudem die unzureichende Prüfung von

Alternativstandorten zu bewerten. Der aktuelle Planentwurf scheint potenziell

geeignete Flächen außerhalb von Waldgebieten nicht ausreichend in Betracht

zu ziehen. Dies widerspricht den gesetzlichen Anforderungen an eine

nachhaltige und umweltverträgliche Planung. Eine umfassende Analyse und

Berücksichtigung von Alternativen ist jedoch unabdingbar, um den Schutz

sensibler Ökosysteme zu gewährleisten.

Aus diesen Gründen fordere ich:

1

2

3

. **Neubewertung der geplanten Vorranggebiete:** Es ist notwendig, die

vorgesehenen Flächen unter Berücksichtigung der ökologischen

Funktionen der betroﬀenen Waldgebiete umfassend zu überprüfen. Nur

so kann verhindert werden, dass wertvolle Ökosysteme irreversiblen

Schaden nehmen.

. **Priorisierung alternativer Standorte:** Vorrangig sollten Flächen

außerhalb sensibler Ökosysteme für Windenergieprojekte genutzt

werden. Dies ist entscheidend, um die Wälder und die darin lebenden

Arten zu schützen und gleichzeitig die Ziele des Klimaschutzes zu

verfolgen.

. **Detaillierte Umweltverträglichkeitsprüfung:** Eine gründliche Analyse

der potenziellen Auswirkungen auf Biodiversität, Landschaftsbild sowie

Wasserressourcen muss durchgeführt und transparent dargestellt

werden. Nur eine solche Prüfung kann sicherstellen, dass die Planung mit

den Prinzipien der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes vereinbar ist.

Eine nachhaltige Planung und die Berücksichtigung alternativer Standorte sind

unabdingbar, um die Ziele des Klimaschutzes mit dem Erhalt unserer

natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen.

Die unzureichende Berücksichtigung der Waldes und der damit verbundenen

Folgen für Umwelt und Natur macht die Planung fehlerhaft. Sie ist daher in

ihrer jetzigen Form zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Fehlerhafte Abstandsregelung, Verletzung**

**des Schutzgutes Mensch**

Der vorgesehene Mindestabstand von lediglich 550 Metern zu Wohnhäusern in

Misch- und Dorfgebieten, Gehöften und Weilern birgt erhebliche Gefahren für

die Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität der Anwohner. Nach

eingehender Prüfung der Sachlage möchte ich meine Bedenken im Folgenden

ausführlich darlegen.

Die 10H-Regel wurde ursprünglich eingeführt, um einen angemessenen

Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und Wohngebieten sicherzustellen.

Ziel dieser Regelung war es, die Anwohner vor möglichen negativen

Auswirkungen wie Lärm, Infraschall und optischer Beeinträchtigung zu

schützen. Indem ein Mindestabstand in der zehnfachen Höhe der jeweiligen

Windkraftanlage festgelegt wurde, konnte gewährleistet werden, dass

gesundheitliche und psychische Belastungen für die Bevölkerung weitgehend

minimiert werden. Diese Regelung trug entscheidend dazu bei, die

Lebensqualität in den betroﬀenen Wohngebieten zu erhalten und die

Akzeptanz für den Ausbau der Windkraft zu fördern.

Die Aufhebung oder Reduzierung dieser Abstandsregel führt jedoch zu

erheblichen Problemen. Durch die Verringerung des Mindestabstands zu

Wohngebieten wird die Wohnqualität vieler Menschen deutlich beeinträchtigt.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Anwohner in der Nähe von

Windkraftanlagen vermehrt unter störenden Geräuschbelastungen leiden, die

auch gesundheitliche Beschwerden wie Schlafstörungen, Kopfschmerzen und

Stresssymptome hervorrufen können. Darüber hinaus kommt es häuﬁg zu einer

Abwertung der Immobilien in den betroﬀenen Gebieten, was für die Anwohner

nicht nur einen ﬁnanziellen Nachteil, sondern auch eine emotionale Belastung

darstellt. Auch das Risiko von Eiswurf im Winter sowie mechanischen Defekten

steigt, wenn Windkraftanlagen ohne ausreichenden Abstand zu Wohnhäusern

errichtet werden. Besonders im Winter kann sich Eis an den Rotorblättern

bilden, das sich unkontrolliert löst und sowohl Personen als auch Gebäude

gefährden kann.

Die Sicherheitsrisiken, die von Windkraftanlagen ausgehen, werden durch die

Nähe zu Wohngebieten zusätzlich verstärkt. Ein zentrales Problem stellt der

Eiswurf dar, der nicht nur eine Gefahr für die unmittelbare Umgebung darstellt,

sondern auch öﬀentliche Straßen, Wege und Infrastruktur beeinträchtigen

kann. Ebenso gefährlich ist die erhöhte Brandgefahr: Technische Defekte oder

Blitzeinschläge können Brände in den Gondeln der Windkraftanlagen auslösen,

die aufgrund ihrer Höhe nur schwer gelöscht werden können. Hinzu kommt,

dass die Auswirkungen von Infraschall, der von den Anlagen ausgeht, noch

nicht vollständig erforscht sind. Zahlreiche Berichte von Anwohnern über

Schlafprobleme, Konzentrationsstörungen und allgemeines Unwohlsein deuten

jedoch darauf hin, dass diese niederfrequenten Schallwellen eine erhebliche

Belastung darstellen können.

Gesundheitliche Belastung durch Lärm und Infraschall: Wissenschaftliche

Studien haben nachgewiesen, dass Windkraftanlagen schon aus mehreren

Kilometern Entfernung gesundheitliche Auswirkungen auf Anwohner haben

können. Besonders problematisch ist der niederfrequente Infraschall, der von

den Rotoren ausgeht und vom menschlichen Körper wahrgenommen wird,

auch wenn er oft nicht bewusst hörbar ist. Dieser Infraschall kann zu

schwerwiegenden gesundheitlichen Beschwerden wie Schlafstörungen,

Kopfschmerzen, Konzentrationsproblemen und weiteren gesundheitlichen

Beeinträchtigungen führen. Der geplante Mindestabstand von 550 Metern ist

aus meiner Sicht nicht ausreichend, um diese Belastungen zu vermeiden. Ein

deutlich größerer Abstand ist notwendig, um die Gesundheit der Anwohner zu

schützen und eine Gefährdung auszuschließen.

Erhöhte Sicherheitsrisiken durch Eiswurf und mechanische Defekte:

Ein weiteres Problem stellt die Gefahr durch Eiswurf und mögliche mechanische

Defekte der Anlagen dar. Im Winter können sich an den Rotorblättern

Eisansammlungen bilden, die bei Betrieb der Anlagen unkontrolliert in die

Umgebung geschleudert werden. Gerade in einer Entfernung von nur 550

Metern kann dies zu ernsthaften Gefährdungen für Menschen, Gebäude und

Straßen führen. Zusätzlich besteht das Risiko mechanischer Defekte, die

schwerwiegende Unfälle nach sich ziehen können. Brände an

Windkraftanlagen, die aufgrund der Höhe der Anlagen nur schwer zu löschen

sind, stellen ebenfalls ein nicht zu unterschätzendes Risiko dar. Diese Gefahren

müssen bei der Planung und Umsetzung der Projekte unbedingt berücksichtigt

werden.

Beeinträchtigung der Wohnqualität und Wertverlust von Immobilien:

Die unmittelbare Nähe von Windkraftanlagen zu Wohngebieten hat

gravierende Auswirkungen auf die Wohnqualität der Anwohner. Das

Landschaftsbild wird durch die massiven Anlagen nachhaltig gestört, was die

Lebensqualität der betroﬀenen Bevölkerung erheblich beeinträchtigt. Studien

und Gutachten belegen zudem, dass Immobilien in der Nähe von

Windkraftanlagen an Wert verlieren. Dies führt zu teils erheblichen ﬁnanziellen

Einbußen für die Eigentümer von Grundstücken und Häusern in der betroﬀenen

Region. Dieser Wertverlust ist nicht nur ökonomisch belastend, sondern auch

eine Ungerechtigkeit gegenüber den Anwohnern, die unter den Folgen der

Windkraftanlagen zu leiden haben.

Missachtung des Rücksichtnahmegebots nach Baugesetzbuch (BauGB):

Gemäß § 35 Baugesetzbuch (BauGB) sind bei der Errichtung von

Windkraftanlagen sowohl öﬀentliche als auch private Belange angemessen zu

berücksichtigen. Das Rücksichtnahmegebot fordert eine sorgfältige Abwägung

der Interessen aller Beteiligten. Ein Mindestabstand von lediglich 550 Metern

verstößt aus meiner Sicht gegen dieses Gebot, da die berechtigten Interessen

der Anwohner und ihre Lebensqualität nicht hinreichend berücksichtigt werden.

Eine Planung, die diesen Mindestabstand vorsieht, missachtet somit die

gesetzliche Verpﬂichtung, auf die Belange der betroﬀenen Bevölkerung

Rücksicht zu nehmen.

Angesichts der erheblichen Risiken und der Bedeutung dieser Regelung fordere

ich die uneingeschränkte Beibehaltung der 10H-Regel im Regionalen

Planungsverband Landshut sowie die generelle Wiedereinführung dieser

Regelung in ganz Bayern. Es ist essenziell, dass die Sicherheit und

Lebensqualität der Bürger nicht den wirtschaftlichen Interessen der

Windkraftbetreiber untergeordnet wird. Die ursprüngliche Zielsetzung der 10H-

Regel, die Bevölkerung vor gesundheitlichen und strukturellen

Beeinträchtigungen zu schützen, bleibt auch heute unverändert relevant. Um

dies sicherzustellen, bedarf es klarer gesetzlicher Regelungen, die eine

ausreichende Distanz zwischen Windkraftanlagen und Wohngebieten

garantieren. Nur so können die Interessen aller Beteiligten in Einklang gebracht

und eine nachhaltige Entwicklung der Energiewende ermöglicht werden.

Aufgrund dieses erheblichen Abwägungsfehlers sowie des oﬀensichtlichen

Verfahrensfehlers ist die gesamte Planung als fehlerhaft anzusehen und muss

in ihrer jetzigen Form zurückgewiesen werden.

**Einwand und Begründung: Waldbrandgefahr und Waldschutz –**

**Verletzung von Schutzgütern wie Pﬂanzen, Boden und Sicherheit**

Durch den Betrieb von Windkraftanlagen in Waldgebieten entsteht eine

erhebliche Waldbrandgefahr. Brennende Windkraftanlagen können durch die

rotierenden Flügel Brandherde großﬂächig verteilen und so die Ausbreitung

eines Feuers massiv beschleunigen. Zudem fehlen in der Planung wesentliche

sicherheitsrelevante Aspekte wie die Möglichkeit eines kontrollierten

Abbrennens von Windkraftanlagen oder eine ausreichende

Löschwasserversorgung zur Bekämpfung von Waldbränden.

Diese zentralen Sicherheitsfragen wurden bei der Auswahl der Flächen für

Windkraftanlagen oﬀensichtlich nicht berücksichtigt. Eine Berücksichtigung

solcher Punkte darf jedoch nicht erst im Genehmigungsverfahren erfolgen,

sondern muss bereits in der regionalen Planungsphase erfolgen, um die

Sicherheit und den Schutz von Waldﬂächen und angrenzenden Gebieten zu

gewährleisten.

Ein zentrales Problem ist die erhöhte Waldbrandgefahr durch

Windkraftanlagen. Technische Defekte, Überhitzung von Bauteilen oder

Blitzschläge können Brände in den Anlagen verursachen. Da diese in großer

Höhe brennen, ist es mit konventionellen Löschmethoden äußerst schwierig,

die Brände eﬃzient zu bekämpfen. Insbesondere in Trockenperioden steigt das

Risiko, dass sich ein solcher Brand schnell auf die umliegenden Waldﬂächen

ausbreitet und großﬂächige Feuer entstehen, die verheerende Folgen für Flora

und Fauna haben. Die Kombination aus der Höhe der Anlagen und der

Trockenheit macht die Brandbekämpfung zu einer nahezu unlösbaren Aufgabe.

Zusätzlich erschwert die Brandbekämpfung in Waldgebieten die Situation

erheblich. Die Standorte der Windkraftanlagen beﬁnden sich meist in schwer

zugänglichen Waldgebieten, die für Feuerwehrfahrzeuge nur bedingt erreichbar

sind. In vielen Fällen sind spezialisierte Löschhubschrauber oder der Transport

großer Mengen Wasser über weite Strecken erforderlich. Diese logistischen

Herausforderungen führen zu erheblichen Verzögerungen, wodurch sich die

Brände unkontrolliert ausbreiten können. Der Zeitverlust kann katastrophale

Auswirkungen auf die Eindämmung des Feuers haben und erhöht das Risiko für

alle Beteiligten.

Ein weiterer kritischer Punkt sind die hohen Kosten für Feuerwehren und

Gemeinden, die durch die Errichtung von Windkraftanlagen in waldreichen

Gebieten entstehen. Die Gemeinden und Feuerwehren stehen vor der Aufgabe,

umfangreiche Ausrüstungen und spezielle Einsatzstrategien für die

Bekämpfung von Windkraftbränden zu entwickeln. Dazu gehören zusätzliche

Schulungen für Einsatzkräfte, die Anschaﬀung von Spezialausrüstung wie

Löschdrohnen oder Hochleistungswasserwerfer sowie der Ausbau der

Infrastruktur, um die Anlagen besser erreichen zu können. Diese Maßnahmen

verursachen immense Kosten, die letztendlich von den Kommunen und somit

von den Bürgern getragen werden müssen.

Darüber hinaus besteht eine erhebliche Gefährdung angrenzender Siedlungen

und der Infrastruktur. Ein unkontrollierter Waldbrand, der durch eine

brennende Windkraftanlage ausgelöst wird, stellt eine große Gefahr für

naheliegende Ortschaften, Straßen und Versorgungsleitungen dar. Besonders

gefährdet sind Siedlungen in waldnahen Gebieten, die im Ernstfall evakuiert

werden müssten. Dies birgt nicht nur Risiken für die betroﬀenen Anwohner,

sondern auch für die eingesetzten Rettungskräfte, die unter enormem Druck

arbeiten müssen, um Menschenleben zu schützen.

Die Auswirkungen auf die Tierwelt sind ebenfalls gravierend. Waldbrände

zerstören Lebensräume und gefährden Wildtiere massiv. Viele Tiere sterben in

den Flammen oder durch Rauchvergiftungen, während Fluchtwege durch das

Feuer abgeschnitten werden. Besonders bedroht sind standorttreue Arten, die

nicht schnell genug aus dem Gebiet ﬂiehen können. Der ökologische Schaden

durch Brände in windkraftnahen Waldgebieten ist immens und beeinﬂusst die

Biodiversität der betroﬀenen Regionen nachhaltig.

Auch die Landwirtschaft und der Ackerbau in der Umgebung der geplanten

Windkraftanlagen könnten massiv beeinträchtigt werden. Waldbrände oder

Funkenﬂug bergen das Risiko, dass landwirtschaftliche Flächen beschädigt oder

vollständig zerstört werden. Feuer, das sich von umliegenden Wäldern auf

Felder ausbreitet, kann erhebliche Ernteverluste zur Folge haben. Darüber

hinaus könnten durch Löschmaßnahmen eingesetzte Chemikalien oder große

Mengen Löschwasser die Böden belasten und die Fruchtbarkeit langfristig

verringern.

Angesichts dieser umfassenden Risiken fordere ich, dass Windkraftanlagen

nicht in waldreichen Gebieten errichtet werden, in denen die Brandgefahr

besonders hoch ist. Stattdessen sollten alternative Standorte geprüft werden,

die weniger anfällig für Waldbrände sind. Darüber hinaus sind strengere

Sicherheitsmaßnahmen erforderlich, um die Risiken zu minimieren. Dazu

zählen Feuerüberwachungssysteme, Brandschutzwege sowie der Einsatz

feuerfester Materialien bei der Errichtung der Anlagen. Nur so kann

sichergestellt werden, dass die angestrebte Energiewende nicht auf Kosten von

Mensch, Natur und Infrastruktur vorangetrieben wird.

Die Nichtbeachtung dieser sicherheitsrelevanten Themen stellt einen

gravierenden Abwägungsmangel dar. Aufgrund dieser Versäumnisse ist die

gesamte Planung als fehlerhaft anzusehen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Rotoblätter Abrieb – Erheblicher**

**Verfahrensfehler und Verletzung von Schutzgütern Natur, Tiere und**

**Menschen**

Der Abrieb von Rotorblättern moderner Windkraftanlagen führt dazu, dass

Mikrofasern (PFAS) in die Umwelt gelangen, was erhebliche Belastungen für

benachbarte Wälder, landwirtschaftliche Flächen und Wohngebiete mit sich

bringt. Diese Mikroplastikpartikel (PFAS) stellen nicht nur eine ernsthafte

Bedrohung für die Ökosysteme dar, sondern beeinträchtigen auch die

Landwirtschaft und bergen potenzielle Risiken für die menschliche Gesundheit.

Die Problematik lässt sich anhand mehrerer Aspekte verdeutlichen.

Die Rotorblätter von Windkraftanlagen bestehen überwiegend aus glas- und

kohlenstoﬀfaserverstärktem Kunststoﬀ (GFK und CFK). Diese Materialien sind

zwar robust und widerstandsfähig, unterliegen jedoch durch die konstanten

mechanischen Belastungen, Witterungseinﬂüsse und die Erosion insbesondere

an den Blattkanten einem kontinuierlichen Verschleiß. Die dabei entstehenden

Mikrofasern werden weitläuﬁg verteilt und gelangen in die umliegenden

Waldgebiete, auf landwirtschaftliche Nutzﬂächen sowie in Wohngebiete.

Besonders besorgniserregend ist, dass diese Partikel nicht nur lokal verbleiben,

sondern durch Wind und Regen weitergetragen werden, was ihre Verbreitung

in der Umwelt erheblich verstärkt.

Ein zentraler Aspekt der Problematik ist die Umweltverschmutzung durch diese

Mikrofasern(PFAS). Sie werden durch Niederschläge in Böden sowie in

Gewässer eingetragen, wo sie sich anreichern und langfristig schwerwiegende

Folgen haben können. In Böden können die Mikrofasern das Bodenleben stören,

die Fruchtbarkeit landwirtschaftlicher Flächen beeinträchtigen und damit die

Nahrungsmittelproduktion gefährden. In Gewässern werden die Partikel von

Mikroorganismen aufgenommen und gelangen so in die Nahrungskette. Dies

betriﬀt nicht nur die Tierwelt, sondern auch den Menschen direkt, da diese

Verunreinigungen letztlich über Fisch und andere Lebensmittel auf unseren

Tellern landen.

Eine weitere Herausforderung besteht in den Risiken für die menschliche

Gesundheit. Die feinen Mikrofasern (PFAS) , die durch die Luft verbreitet

werden, können eingeatmet werden und sich in den Atemwegen ablagern.

Obwohl die genauen gesundheitlichen Auswirkungen noch nicht umfassend

erforscht sind, gibt es Hinweise darauf, dass sie das Immunsystem schwächen

und langfristig Atemwegserkrankungen begünstigen könnten. Auch Tiere,

sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Wildnis, nehmen diese Partikel

über die Nahrung oder die Luft auf, was zu gesundheitlichen Schäden führen

und eine Anreicherung in der Nahrungskette bewirken kann.

Ein weiterer kritischer Punkt ist das Fehlen nachhaltiger Recycling- und

Entsorgungsmöglichkeiten für die verbauten Materialien. Sowohl der Abrieb als

auch der Rückbau von Windkraftanlagen hinterlassen große Mengen an glas-

und kohlenstoﬀfaserverstärkten Kunststoﬀen. Diese Materialien sind schwer

abbaubar, und ihre Lagerung oder Verbrennung setzt Schadstoﬀe frei, die

sowohl die Umwelt als auch die menschliche Gesundheit belasten. Bisher gibt

es keine umfassenden Konzepte, um diese Problematik nachhaltig zu lösen,

was die Dringlichkeit alternativer Ansätze unterstreicht.

Besonders alarmierend sind die Mengen an Mikrofasern (PFAS), die durch den

Betrieb moderner Windkraftanlagen freigesetzt werden. Ein einzelnes

Rotorblatt kann eine Länge von bis zu 80 Metern aufweisen. Die gesamte

Oberﬂäche eines Rotors umfasst etwa 250 Quadratmeter, die kontinuierlich

den Einﬂüssen von UV-Strahlung, Regen, Schnee, Hagel und Wind ausgesetzt

sind. Diese Einﬂüsse führen zu einer schleichenden Erosion, bei der sowohl die

eingebetteten Fasern als auch das ausgehärtete Epoxidharz in Form von

Mikroplastikpartikeln (PFAS) freigesetzt werden. Laut einem Bericht von

Rechtsanwalt Thomas Mock emittiert eine einzelne Windkraftanlage jährlich

zwischen 50 und 150 Kilogramm Mikrofasern (PFAS). In einem Windpark mit

fünf Windrädern summiert sich dies auf bis zu 750 Kilogramm Mikrofasern

(PFAS) pro Jahr. Über die übliche Lebensdauer von 25 Jahren ergibt sich eine

Gesamtmenge von fast 20 Tonnen Mikrofasern (PFAS), die unkontrolliert in die

Umwelt gelangen und sich über Wälder, Felder und Siedlungen verteilen.

Angesichts dieser massiven Umweltbelastungen ist es unabdingbar, dass

Umweltverträglichkeitsprüfungen für Windkraftanlagen durchgeführt werden.

Detaillierte Untersuchungen zur Mikrofaserverschmutzung sind notwendig, um

das Ausmaß und die Auswirkungen besser zu verstehen. Gleichzeitig sollten

alternative Konstruktionsmaterialien erforscht und entwickelt werden, die

weniger problematische Emissionen verursachen. Bestehende

Windkraftanlagen müssen regelmäßig auf ihren Abrieb überprüft werden, und

es sollten geeignete Schutzmaßnahmen, wie beispielsweise spezielle

Beschichtungen oder Auﬀangsysteme, ergriﬀen werden, um die Freisetzung

von Mikroplastikpartikeln zu minimieren. Nur durch diese Maßnahmen können

die negativen Auswirkungen auf die Umwelt, die Landwirtschaft und die

menschliche Gesundheit langfristig eingedämmt werden.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse und Verstöße ist die gesamte

Planung in ihrer jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Fehlende Demokratische Bürgerbeteiligung**

Ich kritisiere ausdrücklich die fehlende Einbeziehung der Gemeindebewohner in

die Planung sowie die mangelnde Transparenz, mit der diese Vorhaben verfolgt

werden. Die Tatsache, dass Projekte dieser Größenordnung und Tragweite

ohne frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung vorangetrieben werden,

steht im Widerspruch zu grundlegenden demokratischen Prinzipien. Sie verletzt

die Rechte der betroﬀenen Bevölkerung, die ein legitimes Interesse daran hat,

informiert und in Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden. Die

Missstände, die ich bemängele, lassen sich in mehreren zentralen Punkten

zusammenfassen:

Zunächst wird die Pﬂicht zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung gemäß

Baugesetzbuch (BauGB) und Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG)

missachtet. Beide rechtlichen Grundlagen fordern eine aktive und transparente

Einbindung der Öﬀentlichkeit bei Planungsverfahren, die wesentliche

Auswirkungen auf Umwelt und Lebensqualität der Bürger haben. Insbesondere

§

3 des BauGB verpﬂichtet dazu, die Öﬀentlichkeit frühzeitig zu informieren und

in die Planungen einzubeziehen. Ebenso schreibt das UVPG vor, dass bei

umweltrelevanten Vorhaben eine umfassende Öﬀentlichkeitsbeteiligung

erfolgen muss. Doch die Planung des Regionalverbands Landshut wurde ohne

ausreichende Einbindung der betroﬀenen Gemeinden und ihrer Bewohner

vorangetrieben. Statt die Menschen vor Ort aktiv in den Entscheidungsprozess

einzubinden, wurden sie weitgehend außen vor gelassen. Dies stellt eine

erhebliche Einschränkung ihres Rechts auf Mitbestimmung dar und wirft die

berechtigte Frage auf, inwieweit demokratische Prozesse hier eingehalten

wurden.

Darüber hinaus oﬀenbart sich eine gravierende mangelnde Transparenz und

eine unzureichende Informationspolitik. Viele Bürger erfuhren erst sehr spät

oder gar nicht von den Planungen, die ihre Lebensumstände nachhaltig

beeinﬂussen könnten. Informationen über die genauen Standorte, mögliche

Umweltauswirkungen und die Entscheidungsprozesse wurden entweder nicht

rechtzeitig oder nur in unzureichendem Umfang veröﬀentlicht. Diese

intransparente Vorgehensweise widerspricht den Grundsätzen einer oﬀenen

und nachvollziehbaren kommunalen Planung. Sie verhindert nicht nur eine

sachgerechte Meinungsbildung, sondern auch eine aktive Mitwirkung der

Bevölkerung. Statt Vertrauen in politische Prozesse zu schaﬀen, schürt ein

solches Vorgehen Unsicherheit, Unmut und Widerstand innerhalb der

betroﬀenen Gemeinden.

Ein weiterer Punkt, der die Missachtung demokratischer Prinzipien deutlich

macht, ist das Fehlen öﬀentlicher Diskussions- und Anhörungsveranstaltungen.

In vielen der betroﬀenen Gemeinden gab es keine oder nur unzureichende

Gelegenheiten, bei denen Bürger ihre Bedenken äußern und Fragen stellen

konnten. Gerade bei einem so weitreichenden Infrastrukturprojekt wie der

Planung von Windkraftanlagen wäre es unerlässlich gewesen, frühzeitig

öﬀentliche Debatten zu ermöglichen. Solche Veranstaltungen sind essenziell,

um den Menschen vor Ort das Gefühl zu geben, dass ihre Meinungen und

Sorgen ernst genommen werden. Die bewusste Umgehung solcher Dialogforen

zeigt jedoch eine klare Missachtung der Interessen der Bevölkerung und steht

im Gegensatz zu den Prinzipien einer demokratischen Entscheidungsﬁndung.

Hinzu kommt, dass die kommunale Selbstverwaltung durch diese Planungen

erheblich beeinträchtigt wird. Die Gemeinden und ihre Bewohner sind die

direkt Betroﬀenen dieser Vorhaben. Dennoch wurde ihnen nicht die Möglichkeit

gegeben, aktiv über Standorte und Auswirkungen der Windkraftanlagen

mitzubestimmen. Dies widerspricht dem verfassungsrechtlich verankerten

Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nach Artikel 28 des Grundgesetzes.

Dieses Recht garantiert den Kommunen, über ihre Angelegenheiten

eigenständig zu entscheiden. Eine übergeordnete Planung, die ohne

Rücksprache mit den Bürgern und Gemeinden getroﬀen wird, untergräbt dieses

fundamentale Prinzip und nimmt den Betroﬀenen das Recht, ihre Anliegen und

Perspektiven in die Entscheidungsﬁndung einzubringen.

Angesichts dieser schwerwiegenden Mängel fordere ich eine vollständige

Oﬀenlegung aller Planungsunterlagen und Entscheidungsprozesse, um

Transparenz für die betroﬀene Bevölkerung zu gewährleisten. Darüber hinaus

ist eine erneute und umfassende Bürgerbeteiligung unumgänglich. Diese sollte

öﬀentliche Anhörungen und Diskussionsveranstaltungen in den betroﬀenen

Gemeinden umfassen, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich aktiv in

die Planungen einzubringen. Es ist zudem notwendig, die Standortauswahl und

weitere Planungsverfahren gemeinsam mit Bürgern und kommunalen

Entscheidungsträgern zu überarbeiten. Abschließend fordere ich eine

Verlängerung der Einwendungsfristen, damit die Bevölkerung genügend Zeit

hat, sich sachlich mit den Plänen auseinanderzusetzen und fundierte Einwände

vorzubringen.

Die genannten Maßnahmen sind essenziell, um das Vertrauen in die politischen

Prozesse wiederherzustellen und sicherzustellen, dass die Rechte und

Interessen der Bürger gewahrt bleiben. Ein transparentes, faires und

partizipatives Verfahren ist nicht nur ein Gebot demokratischer Werte, sondern

auch der Schlüssel, um nachhaltige und akzeptierte Lösungen für die

Herausforderungen der Zukunft zu ﬁnden.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse und Verstöße ist die gesamte

Planung in ihrer jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Fehlender Netzausbau und unzureichende**

**Planung von Umspannwerken, Transformatoren,**

**Verteilungseinrichtungen, Steueranlagen**

Hiermit möchte ich meine deutlichen Einwendungen gegen die geplanten

Windkraftprojekte in der Region zum Ausdruck bringen. Der Grund meiner

Bedenken liegt in der unzureichenden Berücksichtigung des notwendigen

Netzausbaus sowie der Planung und Errichtung von Umspannwerken. Ohne den

Aufbau einer stabilen Netzstruktur ist die Integration von Windkraftanlagen

weder sinnvoll umsetzbar noch gewährleistet sie die Versorgungssicherheit.

Die nachfolgenden Punkte verdeutlichen meine Argumente und zeigen die

Dringlichkeit einer überlegten Herangehensweise:

Zunächst einmal ist der aktuelle Netzausbau in der Region nicht darauf

ausgelegt, die zusätzliche Einspeisung durch neue Windkraftanlagen zu

bewältigen. Die bestehenden Stromnetze sind bereits häuﬁg an ihrer

Kapazitätsgrenze, was zu Überlastungen führt. Ohne erhebliche Investitionen in

den Ausbau der Netzinfrastruktur drohen Netzinstabilitäten und im

schlimmsten Fall die Abschaltung von Anlagen. Die Bundesnetzagentur hat

bereits auf bestehende Engpässe hingewiesen, die dringend behoben werden

müssen, bevor weitere Einspeisungen erfolgen können. Das Ignorieren dieser

Problematik gefährdet die Versorgungssicherheit und untergräbt die Eﬀektivität

künftiger Energieprojekte.

Darüber hinaus ist die fehlende Infrastruktur, insbesondere Umspannwerke, ein

zentraler Kritikpunkt. Um den erzeugten Windstrom eﬃzient ins überregionale

Stromnetz einzuspeisen, sind leistungsstarke Umspannwerke unverzichtbar. In

der Region fehlen jedoch sowohl konkrete Planungen als auch genehmigte

Projekte für diese notwendigen Anlagen. Ohne diese Infrastruktur bleibt die

Einspeisung des Windstroms ineﬃzient, was nicht nur zu wirtschaftlichen

Verlusten, sondern auch zu einer Belastung des gesamten Stromnetzes führt.

Dies macht deutlich, dass eine erfolgreiche Energiewende nur mit einer gut

ausgebauten und durchdachten Infrastruktur realisiert werden kann.

Ein weiteres Problem ist das erhöhte Risiko für die Netzstabilität. Eine

unausgewogene Einspeisung von Windstrom ohne parallele Maßnahmen zum

Netzausbau führt zwangsläuﬁg zu Instabilitäten im Stromnetz. Besonders

ländliche Gebiete mit veralteten oder unzureichend dimensionierten Netzen

sind hiervon betroﬀen. Die Wahrscheinlichkeit von Stromausfällen steigt, was

nicht nur die Versorgungssicherheit gefährdet, sondern auch das Vertrauen der

Bevölkerung in die Energiewende erschüttert.

Darüber hinaus entstehen durch die fehlende strategische Planung erhebliche

Kosten, die letztlich von den Verbrauchern getragen werden müssen. Die

steigenden Netzentgelte, die Kosten für Redispatch-Maßnahmen und der

verspätete Ausbau von Leitungen und Umspannwerken belasten die Haushalte

zusätzlich. Es ist nicht hinnehmbar, dass Verbraucher die ﬁnanziellen Folgen

unzureichender Planungen tragen müssen, während die Verantwortlichen

versäumen, vorausschauend zu handeln.

Angesichts dieser erheblichen Mängel fordere ich, dass der Netzausbau sowie

die Errichtung notwendiger Umspannwerke, Transformatoren,

Verteilungseinrichtungen, Steueranlagen verbindlich und prioritär in die

Planungen aufgenommen werden, bevor Windkraftanlagen genehmigt werden.

Eine zuverlässige Energieversorgung kann nur dann gewährleistet werden,

wenn die erforderliche Infrastruktur vorab geschaﬀen wird.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse ist die gesamte Planung in ihrer

jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Auswirkungen auf die zukünftige Dorf- und**

**Gemeindeerweiterung – Verletzung des Schutzguts Mensch**

Die Errichtung von Windparks kann erhebliche negative Auswirkungen auf die

zukünftige Entwicklung und Erweiterung von Dörfern und Gemeinden haben.

Insbesondere der Bau von Windkraftanlagen in unmittelbarer Nähe zu

Wohngebieten birgt das Risiko, das Wachstum von Kommunen zu behindern,

den Zuzug neuer Einwohner zu verringern und langfristig die Attraktivität der

Region als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu gefährden. Diese Problematik

zeigt sich in verschiedenen Bereichen der kommunalen Entwicklung, die

nachfolgend näher erläutert werden.

Zunächst stellt die Beeinträchtigung der kommunalen Entwicklung und

Bauplanung ein zentrales Problem dar. Gemeinden sind auf eine kontinuierliche

Weiterentwicklung angewiesen, um jungen Familien, Gewerbetreibenden und

Unternehmen attraktive Optionen für Wohnen und Wirtschaften zu bieten. Die

Nähe von Windkraftanlagen zu bestehenden Wohngebieten kann jedoch dazu

führen, dass neue Wohnbauﬂächen oder Gewerbegebiete nicht mehr geplant

oder erschlossen werden können. Diese Einschränkungen wirken sich direkt auf

die Entwicklungsperspektiven der Kommunen aus und begrenzen ihre

Handlungsfähigkeit, langfristig eine lebendige und vielfältige Gemeinde zu

gestalten.

Darüber hinaus haben Windkraftanlagen eine abschreckende Wirkung auf

potenzielle Neubürger und Investoren. Familien mit Kindern suchen gezielt

nach einer ruhigen und naturnahen Umgebung, die durch die Lärmbelastung,

den Schattenwurf und die optische Beeinträchtigung von Windkraftanlagen

deutlich an Attraktivität verliert. Auch für Unternehmen und Investoren ist die

Standortqualität ein entscheidender Faktor. Wenn diese durch die Nähe von

Windkraftanlagen gemindert wird, könnten wichtige Investitionen ausbleiben,

was die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden zusätzlich hemmt.

Ein weiterer Aspekt ist die Wertminderung von Grundstücken und Immobilien,

welche durch die Präsenz von Windkraftanlagen nachweislich hervorgerufen

wird. Dies betriﬀt nicht nur bestehende Wohnhäuser, sondern auch potenzielle

Baugebiete, deren Attraktivität für Käufer und Bauherren erheblich sinkt. Für

die Gemeinden bedeutet dies, dass sie mit Einnahmeverlusten durch

ausbleibende Grundstücksverkäufe oder geringere Gewerbesteuereinnahmen

rechnen müssen, was wiederum die ﬁnanziellen Spielräume für kommunale

Projekte einschränkt.

Langfristig können Windkraftanlagen auch Einﬂuss auf die

Bevölkerungsstruktur nehmen. Wenn der Zuzug neuer Einwohner erschwert

wird, droht in betroﬀenen Gemeinden eine Abwanderung sowie eine

zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Eine stagnierende oder

rückläuﬁge Bevölkerungsentwicklung hat weitreichende Folgen: Die

Infrastruktur wird weniger genutzt und verkümmert, der Einzelhandel verliert

Kunden und das soziale Leben in den Gemeinden wird geschwächt. Diese

Entwicklungen können eine Abwärtsspirale in Gang setzen, die nur schwer

aufzuhalten ist.

Um eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Gemeinden zu

gewährleisten, ist es daher unerlässlich, bei der Planung von Windkraftanlagen

die langfristigen kommunalen Entwicklungsziele zu berücksichtigen.

Vorrangﬂächen für Windkraft sollten nicht in unmittelbarer Nähe zu

potenziellen Bau- und Entwicklungsgebieten ausgewiesen werden, um die

Attraktivität und Planungssicherheit für Gemeinden zu erhalten. Zudem ist ein

Mindestabstand zu beachten, der sicherstellt, dass zukünftige Wohn- und

Gewerbegebiete in ihrer Entstehung und Entwicklung nicht beeinträchtigt

werden.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse ist die gesamte Planung in ihrer

jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Umweltbelastung durch Seltene Erden und**

**Abhängigkeit von China – Schutzgut Mensch**

Der Einsatz von seltenen Erden, insbesondere Neodym, birgt erhebliche

Herausforderungen und negative Auswirkungen auf die Umwelt und die globale

Wirtschaft. Besonders problematisch ist die Gewinnung und Nutzung dieses

Rohstoﬀs in Windkraftanlagen mit Permanentmagnet-Generatoren, die große

Mengen an Neodym enthalten. Der Abbau und die Verarbeitung von Neodym

gehen mit massiven ökologischen Schäden einher, während die Abhängigkeit

Europas von China, dem Hauptlieferanten dieser seltenen Erden, eine

gefährliche geopolitische Abhängigkeit schaﬀt.

Die Umweltbelastungen, die mit dem Abbau und der Verarbeitung von Neodym

verbunden sind, sind beachtlich. Die Gewinnung erfolgt häuﬁg in großen

Tagebauen, die nicht nur ganze Landschaften zerstören, sondern auch enorme

Mengen an Wasser verbrauchen. Dabei entstehen toxische Abfälle, die sowohl

die Umwelt als auch die lokale Bevölkerung gefährden. Besonders

problematisch ist die Freisetzung radioaktiver Stoﬀe wie Thorium und Uran, die

das Grundwasser kontaminieren und langfristige ökologische Schäden

verursachen. In China, dem Hauptproduktionsland für seltene Erden, haben

diese Praktiken bereits zu alarmierenden Umweltkatastrophen geführt. Neben

Neodym werden auch andere seltene Metalle wie Dysprosium und Terbium

benötigt, die für die Herstellung der leistungsstarken Permanentmagnete

unverzichtbar sind. Der Abbau dieser Materialien ist jedoch ebenfalls mit

gravierenden ökologischen und sozialen Problemen wie giftigen Abwässern,

hohen Energieverbräuchen und großﬂächiger Umweltzerstörung verbunden.

Besonders betroﬀen sind Länder mit geringen Umweltstandards, die oft die

Hauptlast dieser Ausbeutung tragen.

Ein weiteres Problem ist die starke Abhängigkeit von China, das rund 90 % der

weltweiten Produktion von Neodym kontrolliert. Diese monopolartige Stellung

ermöglicht es China, geopolitische und wirtschaftliche Interessen

durchzusetzen, wie frühere Exportrestriktionen gezeigt haben. Europa begibt

sich durch den verstärkten Einsatz von Neodym in Windkraftanlagen in eine

gefährliche wirtschaftliche Abhängigkeit, die die Versorgungssicherheit

erheblich gefährdet. Diese Abhängigkeit wird durch die zunehmende Nachfrage

nach seltenen Erden in erneuerbaren Energien weiter verschärft und könnte

Europa in eine prekäre Lage bringen, sollte China seine Exportpolitik erneut als

Druckmittel einsetzen.

Hinzu kommt das Problem der mangelhaften Recyclingmöglichkeiten für

Neodymhaltige Magnete aus ausgedienten Windkraftanlagen. Aktuell existieren

kaum eﬃziente Verfahren, um diese Rohstoﬀe zurückzugewinnen. Dies führt

nicht nur zu einer langfristigen Zunahme gefährlicher Abfälle, sondern belastet

auch weiterhin die Umwelt. Die Entsorgung von Windkraftanlagen mit seltenen

Erden stellt daher eine wachsende Herausforderung dar, für die bislang keine

nachhaltige Lösung gefunden wurde.

Es gibt jedoch Alternativen zu Windkraftanlagen mit Neodym-Magneten, die

weniger umweltschädlich und geopolitisch riskant sind. Beispielsweise können

getriebelose Anlagen mit Elektromagneten oder konventionelle Generatoren

mit Ferritmagneten eingesetzt werden. Obwohl diese technologisch

aufwendiger sind, vermeiden sie viele der schwerwiegenden Probleme, die mit

dem Einsatz von Neodym verbunden sind. Dennoch werden Neodym-basierte

Generatoren aufgrund ihrer Eﬃzienz und Leistungsstärke weiterhin bevorzugt,

ohne dass eine langfristige Strategie für eine nachhaltigere Lösung verfolgt

wird.

Angesichts der massiven Umweltbelastungen und geopolitischen Risiken ist es

dringend erforderlich, die Nutzung von seltenen Erden in Windkraftanlagen

kritisch zu hinterfragen. Eine detaillierte Umweltverträglichkeitsprüfung sollte

sicherstellen, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht auf Kosten von

Umwelt und Menschen geschieht. Zudem sollte eine strategische

Neubewertung der Rohstoﬀabhängigkeit Europas erfolgen.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse ist die gesamte Planung in ihrer

jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Umweltbelastung durch das Treibhausgas**

**Schwefelhexaﬂuorid (SF₆) – Schutzgut Natur, Klima, Mensch, Tiere**

Der Einsatz von Schwefelhexaﬂuorid (SF₆) als Isoliergas in elektrischen

Schaltanlagen wirft erhebliche ökologische und klimapolitische Fragen auf, die

in der aktuellen Diskussion um die Energiewende und den Ausbau erneuerbarer

Energien oft vernachlässigt werden. SF₆ gehört zu den stärksten bekannten

Treibhausgasen und trägt in unverhältnismäßigem Maße zur Erderwärmung

bei. Trotz seiner technischen Vorteile und weit verbreiteten Anwendung ist es

notwendig, den Einsatz dieses Gases kritisch zu hinterfragen und Alternativen

zu fördern.

Schwefelhexaﬂuorid weist ein Treibhauspotenzial auf, das 23.500-mal höher ist

als das von CO₂. Zudem verbleibt es bis zu 3.200 Jahre in der Atmosphäre, was

seine klimaschädlichen Auswirkungen langfristig verstärkt. Der Einsatz von SF₆

in der Energietechnik – insbesondere in Schaltanlagen von Stromnetzen – führt

dazu, dass selbst kleine Mengen, die durch Lecks oder fehlerhafte Entsorgung

in die Atmosphäre gelangen, gravierende Folgen für das Klima haben. Die

wachsende Nachfrage nach solchen Anlagen im Zuge des globalen Ausbaus

erneuerbarer Energien verschärft dieses Problem zusätzlich. Während die

Energiewende auf eine Reduktion von Treibhausgasen abzielt, konterkariert

der Einsatz von SF₆ diese Bemühungen und wirft die Frage auf, ob das Ziel der

Klimaneutralität mit solchen Technologien überhaupt erreichbar ist.

Ein weiteres kritisches Problem ist die Entsorgung von SF₆. Trotz technischer

Fortschritte gibt es keine ﬂächendeckend etablierten und vollständig sicheren

Verfahren zur Rückgewinnung oder Wiederverwendung des Gases. Leckagen

können sowohl während der Nutzung als auch bei der Entsorgung auftreten,

was die Freisetzung in die Atmosphäre begünstigt. In vielen Ländern fehlt es

zudem an wirksamen Regularien und Kontrollen, um den Umgang mit SF₆ zu

überwachen. Dies erhöht das Risiko, dass das Gas unkontrolliert freigesetzt

wird, und untergräbt internationale Bemühungen zur Reduktion von

Treibhausgasen.

Darüber hinaus führt die Abhängigkeit von SF₆ zu einer technologischen und

wirtschaftlichen Fixierung auf eine klimaschädliche Lösung, obwohl alternative

Technologien bereits existieren. Es gibt inzwischen vielversprechende Ansätze,

die auf klimafreundlichere Gase oder komplett gasfreie Schaltanlagen setzen.

Diese Alternativen stehen jedoch vor dem Problem, dass sie aufgrund von

Kostendruck und mangelnder Förderung nicht ausreichend in die industrielle

Praxis integriert werden. Der bisherige Fokus auf SF₆ hemmt somit

Innovationen und die Entwicklung nachhaltiger Technologien.

Angesichts der extremen Klimaschädlichkeit von SF₆ ist es unerlässlich, den

Einsatz dieses Gases kritisch zu hinterfragen und strenge Regularien

einzuführen. Es sollte eine klare Strategie verabschiedet werden, die den

schrittweisen Ausstieg aus der Nutzung von SF₆ vorantreibt. Dazu gehören

Investitionen in die Erforschung alternativer Technologien, die Förderung

gasfreier Lösungen und strengere Kontrollen zur Vermeidung von Leckagen.

Die Energiewende darf nicht auf Kosten des Klimaschutzes vorangetrieben

werden, und der Einsatz von SF₆ steht in direktem Widerspruch zu den Zielen

einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Energieversorgung.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse ist die gesamte Planung in ihrer

jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Umweltbelastung durch Bodenerosion**

Zunächst erfordert die Errichtung von Windkraftanlagen umfangreiche Eingriﬀe

in die Natur. Dazu gehören großﬂächige Rodungen, der Bau von Zufahrtswegen

und die Anlage von Fundamentﬂächen. Dabei wird die natürliche Schutzschicht

des Waldbodens zerstört. Diese Schutzschicht, bestehend aus Vegetation und

den stabilisierenden Wurzeln der Bäume, spielt eine entscheidende Rolle für

die Bodenstabilität. Ohne sie wird der Boden anfälliger für die Auswirkungen

von Wind und Wasser. Die Folge ist ein Verlust wertvoller Humusschichten, die

nicht nur die Bodenfruchtbarkeit sichern, sondern auch eine wichtige

Grundlage für die Regeneration der Vegetation darstellen. Langfristig kann dies

zu einer erheblichen Schädigung des Bodens führen, die kaum rückgängig zu

machen ist.

Zudem verschärfen sich die Probleme der Bodenerosion durch die zunehmende

Häuﬁgkeit extremer Wetterereignisse, insbesondere durch Starkregenfälle. Der

entwaldete Boden ist nicht mehr in der Lage, das Wasser aufzunehmen und zu

halten, wodurch es zu einer deutlich beschleunigten Abtragung kommt. Der

abgetragene Boden wird in Bäche und Flüsse gespült, was zur Verschlammung

der Gewässer führt. Diese Verschlammung beeinträchtigt nicht nur die

Wasserqualität, sondern erhöht auch die Hochwassergefahr in tiefer gelegenen

Gebieten. Die Auswirkungen sind weitreichend: von der Beeinträchtigung der

Lebensräume aquatischer Organismen bis hin zu Gefahren für Siedlungen und

landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Zerstörung der stabilisierenden

Wurzelschicht, insbesondere in Hanglagen. Ohne die natürlichen

Verankerungen der Baumwurzeln erhöht sich das Risiko von Erdrutschen und

Bodenverlagerungen erheblich. Dies kann nicht nur angrenzende Ökosysteme

und landwirtschaftliche Flächen schwer beeinträchtigen, sondern auch

bestehende Infrastrukturen wie Straßen oder Gebäude gefährden. Die Folgen

solcher Bodenbewegungen sind nicht selten mit hohen wirtschaftlichen Kosten

und einem irreversiblen Verlust an Lebensräumen verbunden.

Darüber hinaus hat die Abtragung von nährstoﬀreichen Humusschichten

langfristige Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit des Bodens. Ohne diese

Schichten wird das Wachstum neuer Vegetation erheblich erschwert. Dies

bedeutet nicht nur eine Beeinträchtigung der Biodiversität, sondern auch eine

dauerhafte Schädigung des Waldes als Lebensraum und als natürlicher

Klimaregulator. Wälder spielen eine entscheidende Rolle im

Kohlenstoﬀkreislauf und in der Regulierung des lokalen Klimas – ein Verlust

dieser Funktionen hätte weitreichende negative Konsequenzen.

Angesichts dieser schwerwiegenden Folgen ist es unverzichtbar, vor der

Genehmigung neuer Windkraftanlagen in waldreichen Gebieten umfassende

geologische Untersuchungen durchzuführen. Diese sollten die speziﬁschen

Risiken für Bodenerosion, Erdrutsche und andere Umweltprobleme sorgfältig

bewerten. Darüber hinaus ist es dringend geboten, alternative Standorte für

Windkraftanlagen zu prüfen. Besonders Flächen, die bereits versiegelt oder

anderweitig genutzt werden, sollten priorisiert werden. Dies würde nicht nur

die negativen Auswirkungen auf die Umwelt minimieren, sondern auch die

Akzeptanz der Windkraftprojekte in der Bevölkerung erhöhen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Bau von Windkraftanlagen in

waldreichen Gebieten mit erheblichen Risiken verbunden ist, die sowohl die

Umwelt als auch die betroﬀenen Gemeinden und wirtschaftlichen Strukturen

nachhaltig beeinträchtigen können. Es ist daher unerlässlich, die Planung

solcher Projekte mit größter Sorgfalt und unter Berücksichtigung der

ökologischen Auswirkungen voranzutreiben.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse ist die gesamte Planung in ihrer

jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Lieferkettensorgfaltspﬂichtengesetz (LkSG)**

**Verletzung des Schutzguts Mensch und Verfahrensfehler sowie**

**Versäumnisse**

Ich habe erhebliche Bedenken, ob bei der Planung und Umsetzung der

vorgesehenen Windkraftanlagen die Vorgaben des deutschen

Lieferkettensorgfaltspﬂichtengesetzes (LkSG) sowie die entsprechenden

europäischen Richtlinien eingehalten werden. Diese Zweifel beruhen auf

mehreren Aspekten, die sowohl menschenrechtliche als auch umweltbezogene

Sorgfaltspﬂichten betreﬀen und im Folgenden näher erläutert werden.

Ein wesentlicher Punkt betriﬀt die Einhaltung menschenrechtlicher

Sorgfaltspﬂichten. Das LkSG verpﬂichtet Unternehmen dazu, sicherzustellen,

dass in ihren Lieferketten keine Menschenrechtsverletzungen stattﬁnden.

Besonders problematisch ist dies bei der Beschaﬀung von Materialien, die für

den Bau von Windkraftanlagen erforderlich sind. Hierzu zählen seltene Erden

und Metalle, die häuﬁg unter Bedingungen abgebaut werden, die mit

schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen einhergehen können. Beispiele

hierfür sind Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder gefährliche Arbeitsbedingungen in

den Minen. Es ist unklar, ob die an den Projekten beteiligten Unternehmen

ausreichend Maßnahmen ergriﬀen haben, um diese Risiken zu identiﬁzieren, zu

bewerten und zu minimieren. Ein Mangel an Transparenz lässt Zweifel daran

aufkommen, ob die menschenrechtlichen Standards in der gesamten

Lieferkette der Windkraftanlagen eingehalten werden.

Darüber hinaus spielt auch die Einhaltung umweltbezogener Sorgfaltspﬂichten

eine entscheidende Rolle. Das LkSG fordert, dass Unternehmen in ihren

Lieferketten nicht nur menschenrechtliche, sondern auch umweltbezogene

Aspekte berücksichtigen. Die Produktion von Komponenten für

Windkraftanlagen kann jedoch erhebliche Umweltauswirkungen haben.

Beispielsweise sind umweltschädliche Abbaupraktiken für Rohstoﬀe oder hohe

CO₂-Emissionen bei der Herstellung der Anlagen potenzielle Probleme, die in

diesem Kontext relevant sind. Es fehlen jedoch transparente Informationen

darüber, ob die Unternehmen Maßnahmen ergriﬀen haben, um diese negativen

Auswirkungen zu minimieren. Auch bleibt unklar, ob in der Planung und

Umsetzung der Projekte umweltbezogene Risiken systematisch berücksichtigt

wurden.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Transparenz und Berichterstattung der an

den Windkraftprojekten beteiligten Unternehmen. Das LkSG verpﬂichtet

Unternehmen dazu, regelmäßig über ihre Sorgfaltsprozesse und die ergriﬀenen

Maßnahmen zu berichten. Diese Berichte sollen der Öﬀentlichkeit zugänglich

gemacht werden, um die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben

nachvollziehbar zu gestalten. Bisher ist jedoch nicht ersichtlich, ob die

beteiligten Unternehmen dieser Berichtspﬂicht nachkommen. Es bleibt oﬀen,

ob sie die erforderlichen Berichte erstellen und ob diese ausreichend detailliert

und für die Öﬀentlichkeit zugänglich sind. Dieser Mangel an Transparenz

erschwert es, die Einhaltung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen

Sorgfaltspﬂichten zu überprüfen.

Angesichts dieser Bedenken halte ich es für dringend erforderlich, dass die

Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben überprüft und transparent dokumentiert

wird. Daher fordere ich eine umfassende Prüfung der Lieferketten aller an den

Windkraftprojekten beteiligten Unternehmen. Diese Prüfung sollte

sicherstellen, dass sowohl die menschenrechtlichen als auch die

umweltbezogenen Vorgaben des LkSG und der entsprechenden europäischen

Richtlinien eingehalten werden. Zudem ist es notwendig, dass die Berichte zur

menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspﬂicht der beteiligten

Unternehmen oﬀengelegt werden. Diese Transparenz ist entscheidend, um

sicherzustellen, dass die gesetzlichen Anforderungen tatsächlich umgesetzt

werden und die Öﬀentlichkeit darüber informiert ist.

Darüber hinaus fordere ich, dass geeignete Maßnahmen getroﬀen werden, um

sicherzustellen, dass bei der Beschaﬀung der Materialien für die

Windkraftanlagen weder Menschenrechtsverletzungen noch erhebliche

Umweltschäden in den Lieferketten auftreten. Dies erfordert nicht nur die

sorgfältige Auswahl von Lieferanten, sondern auch die Einführung und

Umsetzung wirksamer Kontrollmechanismen entlang der gesamten Lieferkette.

Nur durch klare Transparenz, umfassende Prüfungen und eine konsequente

Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben kann sichergestellt werden, dass die

Umsetzung von Windkraftprojekten nicht auf Kosten von Menschenrechten

oder der Umwelt erfolgt.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse ist die gesamte Planung in ihrer

jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

**Einwand und Begründung: Lieferkettensorgfaltspﬂichtengesetz (LkSG)**

**Entsorgung der Rotorblätter**

Ich habe erhebliche Bedenken, ob bei der Planung, Umsetzung und

insbesondere der Entsorgung der vorgesehenen Windkraftanlagen die

Vorgaben des deutschen Lieferkettensorgfaltspﬂichtengesetzes (LkSG) sowie

die entsprechenden europäischen Richtlinien eingehalten werden. Die

Problematik wird besonders im Hinblick auf die Entsorgung der

Anlagenkomponenten deutlich, da sich hier gravierende ökologische und

rechtliche Fragen ergeben, die im Folgenden näher erläutert werden.

Ein zentrales Umweltproblem ist die problematische Entsorgung der

Rotorblätter von Windkraftanlagen. Diese bestehen aus Verbundwerkstoﬀen,

die derzeit kaum wirtschaftlich oder umweltfreundlich recycelt werden können.

Nach Stilllegung der Anlagen entstehen immense Mengen an Material, das nur

schwer zu entsorgen ist. Häuﬁg bleibt lediglich die Option, die Rotorblätter

entweder zu deponieren oder zu verbrennen, was erhebliche ökologische

Nachteile mit sich bringt. Gemäß § 6 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG)

sind jedoch Abfallvermeidung und eine umweltgerechte Entsorgung vorrangige

Ziele. Die Genehmigung der geplanten Windkraftanlagen sollte daher zwingend

eine klare, nachhaltige Strategie für die Entsorgung der Bauteile beinhalten.

Ohne eine solche Strategie wird der Lebenszyklus der Anlagen nicht im Sinne

der Kreislaufwirtschaft geschlossen, sondern hinterlässt eine problematische

Umweltbilanz.

Besonders besorgniserregend sind Berichte über die illegale Entsorgung von

Rotorblättern aus deutschen Windkraftanlagen in Tschechien. So wurden in der

tschechischen Gemeinde Jiříkov Glasfaserabfälle, die vermutlich aus

Windturbinenﬂügeln stammen, illegal deponiert. Diese Vorfälle werfen ernste

Fragen zur Verantwortung der beteiligten Unternehmen auf. Sie deuten darauf

hin, dass geltende Umwelt- und Entsorgungsvorschriften missachtet wurden.

Solche Praktiken sind nicht nur rechtlich unzulässig, sondern auch in höchstem

Maße umweltgefährdend. Sie untergraben das Vertrauen in die Nachhaltigkeit

von Windkraftprojekten und führen zu einer erheblichen Belastung der

betroﬀenen Regionen.

Darüber hinaus stehen die illegalen Entsorgungspraktiken im klaren

Widerspruch zu den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspﬂichtengesetzes. Das

LkSG verpﬂichtet Unternehmen dazu, sowohl menschenrechtliche als auch

umweltbezogene Sorgfaltspﬂichten entlang ihrer gesamten Lieferkette zu

wahren. Die illegale Deponierung von Rotorblättern zeigt jedoch deutlich, dass

weder eine ordnungsgemäße Entsorgung noch eine ausreichende Kontrolle der

Entsorgungswege sichergestellt wurden. Solche Verstöße untergraben nicht

nur die gesetzlichen Anforderungen, sondern stellen auch eine Verletzung der

unternehmerischen Verantwortung dar.

Ein weiteres Problem ist die mangelnde Transparenz und Kontrolle im

Zusammenhang mit der Entsorgung der Anlagenkomponenten. Es ist unklar, ob

die an den Windkraftprojekten beteiligten Unternehmen ausreichende

Maßnahmen ergriﬀen haben, um die ordnungsgemäße Entsorgung

sicherzustellen. Es fehlen transparente Informationen über die

Entsorgungsprozesse und die Partner, die an diesen beteiligt sind. Diese

Intransparenz erschwert die Nachverfolgung und Kontrolle, was wiederum

illegalen Praktiken Vorschub leisten kann. Ohne klare und transparente

Entsorgungskonzepte besteht die Gefahr, dass Umweltgesetze verletzt werden

und die Nachhaltigkeitsziele der Windkraftprojekte in Frage gestellt werden.

Angesichts dieser schwerwiegenden Bedenken ist eine umfassende Prüfung der

Entsorgungspraktiken aller an den Windkraftprojekten beteiligten Unternehmen

notwendig. Diese Prüfungen sollten sich darauf konzentrieren, ob die Vorgaben

des LkSG und der entsprechenden europäischen Richtlinien tatsächlich

eingehalten werden. Besonders wichtig ist es, sicherzustellen, dass keine

illegalen Praktiken in den Entsorgungsprozessen stattﬁnden und dass alle

gesetzlichen Anforderungen erfüllt werden.

Zudem fordere ich die Oﬀenlegung der Entsorgungskonzepte und der Partner,

die mit der Entsorgung der Windkraftanlagen betraut sind. Nur durch

Transparenz und Nachverfolgbarkeit kann gewährleistet werden, dass die

Entsorgungsprozesse rechtmäßig und umweltgerecht ablaufen. Darüber hinaus

ist es unerlässlich, sicherzustellen, dass bei der Entsorgung der Materialien aus

den Windkraftanlagen weder Umweltgesetze verletzt noch illegale Praktiken

angewendet werden. Dies erfordert nicht nur strengere Kontrollmechanismen,

sondern auch die konsequente Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben durch

alle beteiligten Akteure.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Entsorgung der Windkraftanlagen

eine zentrale Schwachstelle in der Planung und Umsetzung der Projekte

darstellt. Ohne klare Strategien, transparente Prozesse und eine konsequente

Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben besteht die Gefahr, dass die

ökologischen und rechtlichen Probleme die positiven Aspekte der Windenergie

überlagern. Es ist daher von größter Bedeutung, dass die Verantwortlichen

ihrer Sorgfaltspﬂicht nachkommen, um sicherzustellen, dass die

Windkraftprojekte nicht zu einer zusätzlichen Belastung für die Umwelt werden.

Aufgrund dieser erheblichen Versäumnisse ist die gesamte Planung in ihrer

jetzigen Form als unhaltbar einzustufen und zurückzuweisen.

Abschließend möchte ich Sie bitten, meine Einwendungen sorgfältig zu prüfen

und mir eine schriftliche Stellungnahme zu diesen zukommen zu lassen. Ich

bitte um eine transparente Darstellung der weiteren Schritte und Ergebnisse.

Rückantwort an:

**Vorname Familienname**

**Straße Hausnummer**

**PLZ Ort**

**QUELLEN – BELEGE – NACHWEISE:**

**Zerstörung Wälder**

Quelle

Titel

Link

naturschutz-initiative.de

Wissenschaftler fordern:

Keine Windenergie im Wald

und in Schutzgebieten!

[https://naturschutz-](https://naturschutz-initiative.de/aktuell/neuigkeiten/wissenschaftler-fordern-keine-windenergie-im-wald-und-in-schutzgebieten/)

initiative.de/aktuell/

neuigkeiten/wissenschaftler-

fordern-keine-windenergie-

im-wald-und-in-

[schutzgebieten/](https://naturschutz-initiative.de/aktuell/neuigkeiten/wissenschaftler-fordern-keine-windenergie-im-wald-und-in-schutzgebieten/)

wind-watch.org

Studie weist nach: Massive

Waldschäden durch

Windparks

[https://www.wind-](https://www.wind-watch.org/news/2024/11/12/studie-weist-nach-massive-waldschaden-durch-windparks/)

watch.org/news/

[2024/11/12/studie-weist-](https://www.wind-watch.org/news/2024/11/12/studie-weist-nach-massive-waldschaden-durch-windparks/)

nach-massive-waldschaden-

[durch-windparks/](https://www.wind-watch.org/news/2024/11/12/studie-weist-nach-massive-waldschaden-durch-windparks/)

blackout-news.de

Langzeitstudie belegt:

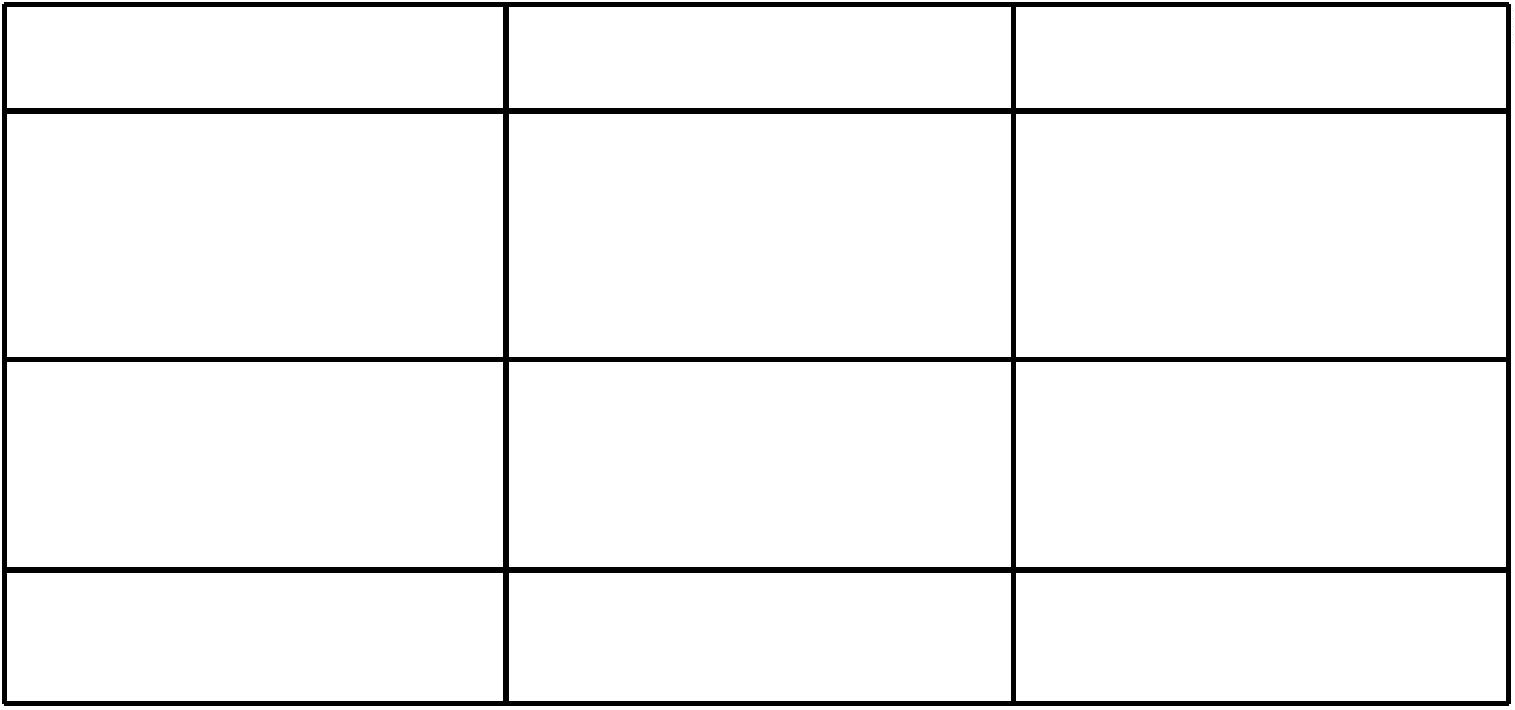
Windkraftanlagen

verursachen erhebliche

[https://blackout-news.de/](https://blackout-news.de/aktuelles/langzeitstudie-belegt-windkraftanlagen-verursachen-erhebliche-schaeden-an-waeldern/)

aktuelles/langzeitstudie-

belegt-windkraftanlagen-



Schäden an Wäldern

[verursachen-erhebliche-](https://blackout-news.de/aktuelles/langzeitstudie-belegt-windkraftanlagen-verursachen-erhebliche-schaeden-an-waeldern/)

[schaeden-an-waeldern/](https://blackout-news.de/aktuelles/langzeitstudie-belegt-windkraftanlagen-verursachen-erhebliche-schaeden-an-waeldern/)

Umweltbundesamt

deutschewildtierstiftung.de

hoher-odenwald.de

greenpeace.de

Windenergie im Wald –

Umweltbundesamt

[https://](https://stories.umweltbundesamt.de/system/files/document/20210527_Themenkompass_Windenergie_im_Wald.pdf)

stories.umweltbundesamt.d

[e/system/ﬁles/document/](https://stories.umweltbundesamt.de/system/files/document/20210527_Themenkompass_Windenergie_im_Wald.pdf)

2

0210527\_Themenkompass

[\_Windenergie\_im\_Wald.pdf](https://stories.umweltbundesamt.de/system/files/document/20210527_Themenkompass_Windenergie_im_Wald.pdf)

Windenergie im Lebensraum [https://](https://publikationen.deutschewildtierstiftung.de/publikationen/windenergie-im-lebensraum-wald-pdf/)

Wald – Deutsche Wildtier

Stiftung

publikationen.deutschewildti

[erstiftung.de/](https://publikationen.deutschewildtierstiftung.de/publikationen/windenergie-im-lebensraum-wald-pdf/)

publikationen/windenergie-

[im-lebensraum-wald-pdf/](https://publikationen.deutschewildtierstiftung.de/publikationen/windenergie-im-lebensraum-wald-pdf/)

Windkraftwerke im Wald:

Bewertung und Alternativen odenwald.de/wp-content/

[https://www.hoher-](https://www.hoher-odenwald.de/wp-content/uploads/2023/05/UPI_HD_Windkraft-im-Wald-Studie-2023.pdf)

–

Hoher Odenwald

[uploads/2023/05/](https://www.hoher-odenwald.de/wp-content/uploads/2023/05/UPI_HD_Windkraft-im-Wald-Studie-2023.pdf)

UPI\_HD\_Windkraft-im-Wald-

[Studie-2023.pdf](https://www.hoher-odenwald.de/wp-content/uploads/2023/05/UPI_HD_Windkraft-im-Wald-Studie-2023.pdf)

Windkraft im Wald – ein

Dilemma? – Greenpeace

Deutschland

[https://](https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-deutschland/windenergie-waldschutz-zusammenpassen)

www.greenpeace.de/

[biodiversitaet/waelder/](https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-deutschland/windenergie-waldschutz-zusammenpassen)

waelder-deutschland/

windenergie-waldschutz-

[zusammenpassen](https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/waelder/waelder-deutschland/windenergie-waldschutz-zusammenpassen)

naturwald-akademie.org

Windkraft im Wald –

Naturwald Akademie

[https://naturwald-](https://naturwald-akademie.org/viel-wind-um-die-windkraft-im-wald/)

[akademie.org/viel-wind-um-](https://naturwald-akademie.org/viel-wind-um-die-windkraft-im-wald/)

[die-windkraft-im-wald/](https://naturwald-akademie.org/viel-wind-um-die-windkraft-im-wald/)

**Wertverlust von Immobilien**

Quelle

Titel

Link

RWI – Leibniz-Institut für

Wirtschaftsforschung

Eine umfassende Studie des [https://hdl.handle.net/](https://hdl.handle.net/10419/229439)

RWI – Leibniz-Institut für

[10419/229439](https://hdl.handle.net/10419/229439)

Wirtschaftsforschung zeigt,

dass Windkraftanlagen den

Wert von Einfamilienhäusern

um, 7,1% bis 23% senken.

Oberﬁnanzdirektion

Nordrhein-Westfalen

Der Wertverlust von

Immobilien in der Nähe von [Dokument/537607](https://datenbank.nwb.de/Dokument/537607)

[https://datenbank.nwb.de/](https://datenbank.nwb.de/Dokument/537607)

Windkraftanlagen wurde

auch von öﬀentlichen Stellen

anerkannt.

Bundesﬁnanzhof

Der Bundesﬁnanzhof hat in

einem Beschluss von 2006

(Az. II B 171/05 –

[https://datenbank.nwb.de/](https://datenbank.nwb.de/Dokument/206191/)

[Dokument/206191/](https://datenbank.nwb.de/Dokument/206191/)

Eentschieden, dass durch

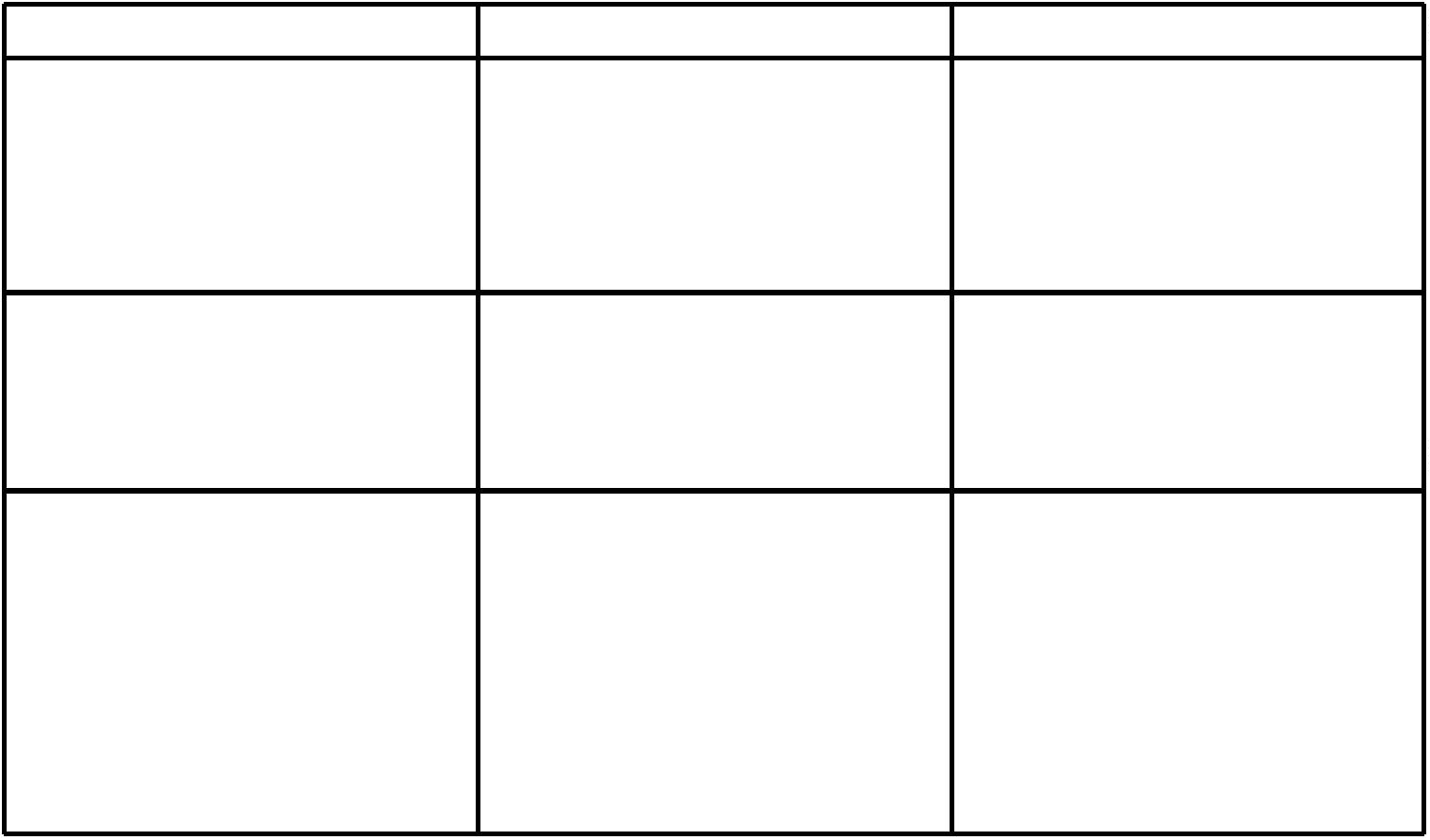
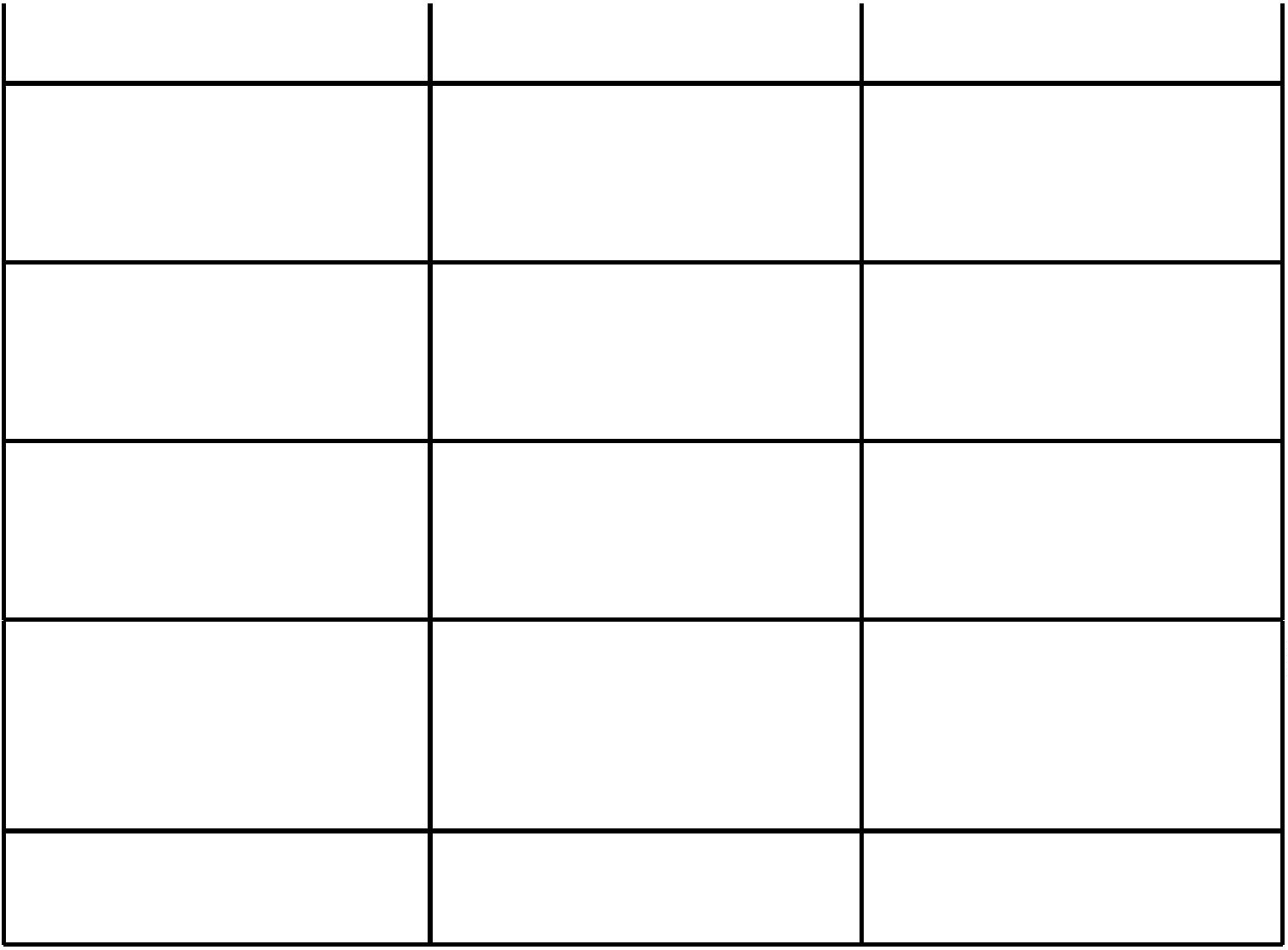
Windkraftanlagen

verursachte Immissionen

eine Reduzierung des

Einheitswerts rechtfertigen

können.



naturwind.de

Immobilienmakler Befragt,

diese geben an das der

[https://www.naturwind.de/](https://www.naturwind.de/wp-content/uploads/EnergieAgentur.NRW_Faktencheck_Windenergie-und-Immobilienpreise.pdf)

wp-content/uploads/

Wertverlust von Immobilien [EnergieAgentur.NRW\_Fakten](https://www.naturwind.de/wp-content/uploads/EnergieAgentur.NRW_Faktencheck_Windenergie-und-Immobilienpreise.pdf)

mit Sichtweite von

Windräder 20-30% Beträgt.

check\_Windenergie-und-

[Immobilienpreise.pdf](https://www.naturwind.de/wp-content/uploads/EnergieAgentur.NRW_Faktencheck_Windenergie-und-Immobilienpreise.pdf)

**Infraschall**

Quelle

Titel

Link

Royal Society

Low-frequency sound aﬀects [https://doi.org/10.1098/](https://doi.org/10.1098/rsos.140166)

active micromechanics in

the human inner ear

[rsos.140166](https://doi.org/10.1098/rsos.140166)

Ärzte für Immissionsschutz

Warnung vor

[https://jimdo-](https://jimdo-storage.global.ssl.fastly.net/file/c0a3ccaf-f9e0-438c-9778-4b0b873ba130/Schmucker-Infraschall.pdf)

gesundheitlichen Folgen des storage.global.ssl.fastly.net/

Infraschalls [ﬁle/c0a3ccaf-f9e0-438c-](https://jimdo-storage.global.ssl.fastly.net/file/c0a3ccaf-f9e0-438c-9778-4b0b873ba130/Schmucker-Infraschall.pdf)

778-4b0b873ba130/

[Schmucker-Infraschall.pdf](https://jimdo-storage.global.ssl.fastly.net/file/c0a3ccaf-f9e0-438c-9778-4b0b873ba130/Schmucker-Infraschall.pdf)

9

welt.de

Windkraft: Gesundheitsrisiko [https://www.welt.de/](https://www.welt.de/wirtschaft/article230800405/Windkraft-Gesundheitsrisiko-steigt-durch-den-Schall.html)

steigt durch den Schall –

Welt Online

wirtschaft/

[article230800405/Windkraft-](https://www.welt.de/wirtschaft/article230800405/Windkraft-Gesundheitsrisiko-steigt-durch-den-Schall.html)

Gesundheitsrisiko-steigt-

[durch-den-Schall.html](https://www.welt.de/wirtschaft/article230800405/Windkraft-Gesundheitsrisiko-steigt-durch-den-Schall.html)

Arbeitsgruppe Infraschall

Laut Prof. Christian Vahl von [https://arbeitsgruppe-](https://arbeitsgruppe-infraschall-uni-mainz.de/)

der Universität Mainz kann

die Belastung durch

Infraschall in extremen

Fällen sogar

[infraschall-uni-mainz.de/](https://arbeitsgruppe-infraschall-uni-mainz.de/)

Herzinsuﬃzienzen

begünstigen.

youtube.com

mdr.de

SWR Aktuell über Infraschall [https://www.youtube.com/](https://www.youtube.com/watch?v=DxLq-SCIs8s)

hervorgerufen durch

Windräder

[watch?v=DxLq-SCIs8s](https://www.youtube.com/watch?v=DxLq-SCIs8s)

Infraschall – der unhörbare

Lärm, der krank macht?

[https://www.mdr.de/](https://www.mdr.de/wissen/windkraftanlagen-infraschall-gesundheit-100.html)

wissen/windkraftanlagen-

infraschall-gesundheit-

[1](https://www.mdr.de/wissen/windkraftanlagen-infraschall-gesundheit-100.html)

[00.html](https://www.mdr.de/wissen/windkraftanlagen-infraschall-gesundheit-100.html)

**Ökosystem**

Quelle

Titel

Link

booklooker.de

Dieses Buch bietet eine

umfassende Analyse der

[https://www.booklooker.de/B](https://www.booklooker.de/B%C3%BCcher/David-Weiss+Windkraft-im-Wald/id/A02uYoLl01ZZX)

[%C3%BCcher/David-](https://www.booklooker.de/B%C3%BCcher/David-Weiss+Windkraft-im-Wald/id/A02uYoLl01ZZX)

ökologischen Auswirkungen Weiss+Windkraft-im-Wald/

von Windkraftanlagen im

Wald.

[id/A02uYoLl01ZZX](https://www.booklooker.de/B%C3%BCcher/David-Weiss+Windkraft-im-Wald/id/A02uYoLl01ZZX)

Frankfurter Rundschau

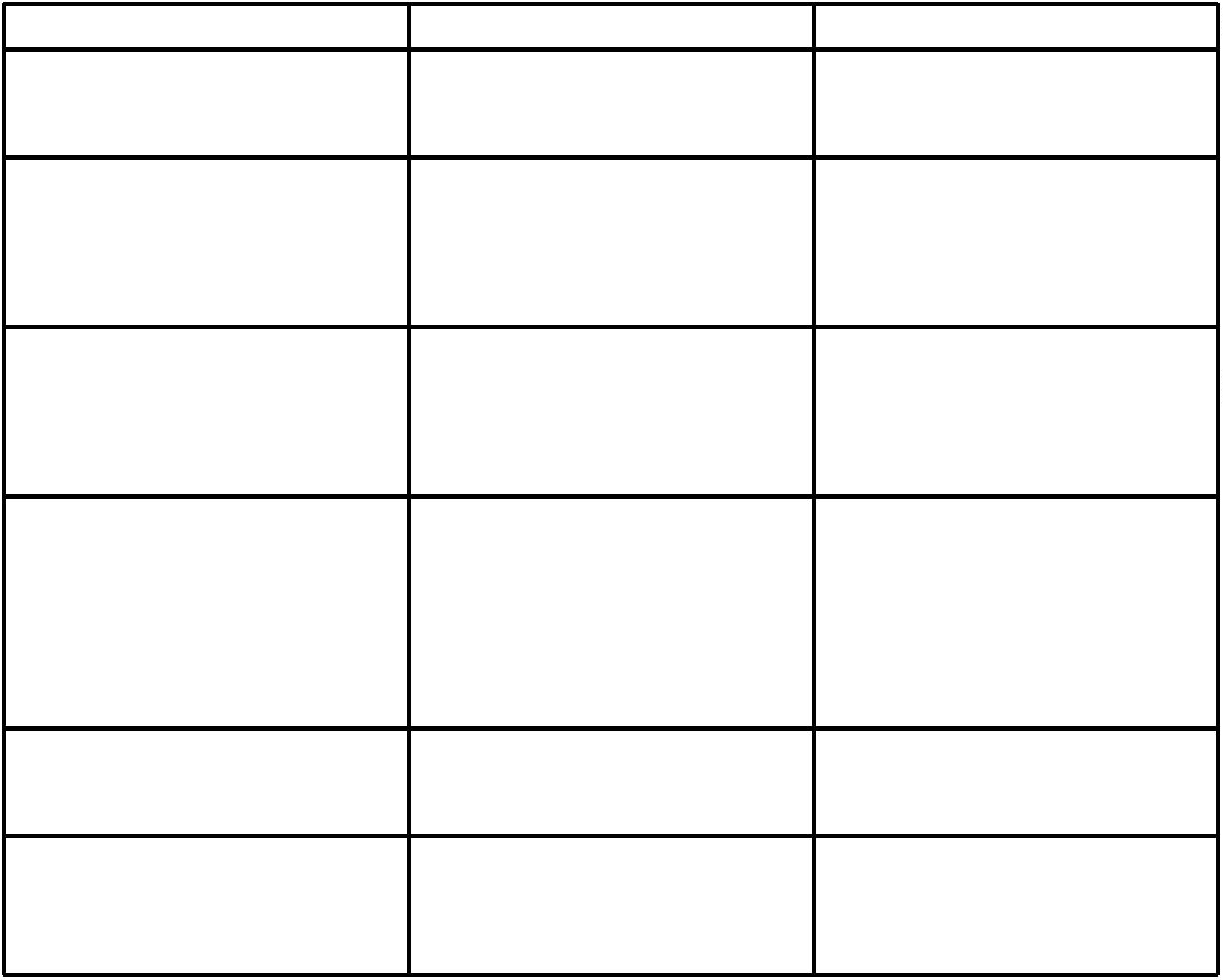
Windkraft im Wald zerstört

Leben – Eine neue Studie

[https://www.fr.de/wissen/](https://www.fr.de/wissen/windkraft-wald-zerstoert-leben-11257162.html)

[windkraft-wald-zerstoert-](https://www.fr.de/wissen/windkraft-wald-zerstoert-leben-11257162.html)

beschreibt die fatalen Folgen [leben-11257162.html](https://www.fr.de/wissen/windkraft-wald-zerstoert-leben-11257162.html)



der Windkraft für

Fledermäuse und gefährdete

Vogelarten.

Studie Waldrodungen

Studie Waldrodungen

Studie Waldrodungen

Hofmeister, J. et al. (2019):

Microclimate edhe eﬀects in www.sciencedirect.com/

small fragments of

temperate forests in the

context of climate change.

FOREST ECOLOGY AND

MANAGEMENT 448: 48-56

[https://](https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0378112719301707)

science/article/abs/pii/

[S0378112719301707](https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0378112719301707)

NW- FVA (2019). Komplexe

[https://zenodo.org/records/](https://zenodo.org/records/8004732)

Schäden an Rotbuche (Fagus [8004732](https://zenodo.org/records/8004732)

sylvatica) und Auswirkungen

des trockenen und heißen

Sommers 2018 auf ältere

Bestände. Waldschutzinfo

Nr. 06/ 2019

Buras. A. et al. (2018). Are

Scots pine forest edges

particularly prone to

[https://iopscience.iop.org/](https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/aaa0b4)

[article/10.1088/1748-9326/](https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/aaa0b4)

[aaa0b4](https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/aaa0b4)

drought-induced mortality?

Environmental Research

Letters, 13(2), Artikel

0

25001.

Bayerisches Waldgesetz

(BayWaldG, Art. 1)

Gesetzliche Grundlage zur

Bedeutung und Funktion des [bayern.de/Content/](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG/true)

Waldes

[https://www.gesetze-](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG/true)

[Document/BayWaldG/true](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG/true)

Bundesnaturschutzgesetz

(BNatSchG, § 1)

Ziel der Erhaltung von

Biodiversität und

Ökosystemen

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/)

[internet.de/bnatschg\_2009/](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/)

Prof. Dr. Pierre Ibisch

Auswirkungen von

Windkraftanlagen auf

Waldökosysteme

[https://www.zdf.de/](https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/windkraft-wald-naturschutz-100.html)

[nachrichten/panorama/](https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/windkraft-wald-naturschutz-100.html)

windkraft-wald-naturschutz-

[1](https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/windkraft-wald-naturschutz-100.html)

[00.html](https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/windkraft-wald-naturschutz-100.html)

Naturschutzinitiative e.V.

Sonderbroschüre zur

Vermeidung von

[https://naturschutz-](https://naturschutz-initiative.de/wissen/publikationen/keine-windenergie-im-wald/)

[initiative.de/wissen/](https://naturschutz-initiative.de/wissen/publikationen/keine-windenergie-im-wald/)

Windkraftanlagen in Wäldern publikationen/keine-

[windenergie-im-wald/](https://naturschutz-initiative.de/wissen/publikationen/keine-windenergie-im-wald/)

Umweltverträglichkeitsprüfu Anforderungen an die

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/uvpg/)

ngsgesetz (UVPG)

Umweltverträglichkeitsprüfu [internet.de/uvpg/](https://www.gesetze-im-internet.de/uvpg/)

ng

**Denkmalschutz**

Quelle

Titel

Link

Denkmalschutzgesetz

(DSchG)

Artikel 1 Schutz von

Denkmälern

[https://www.gesetze-](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

[bayern.de/Content/](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

[Document/BayDSchG/true](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

Denkmalschutzgesetz

(DSchG)

Artikel 4 Erhaltung von

Baudenkmälern

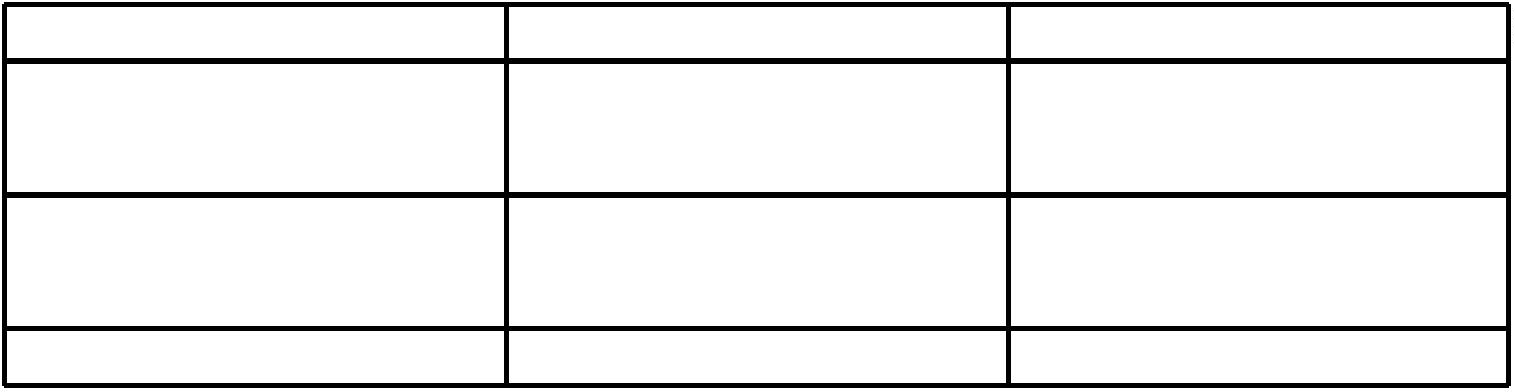
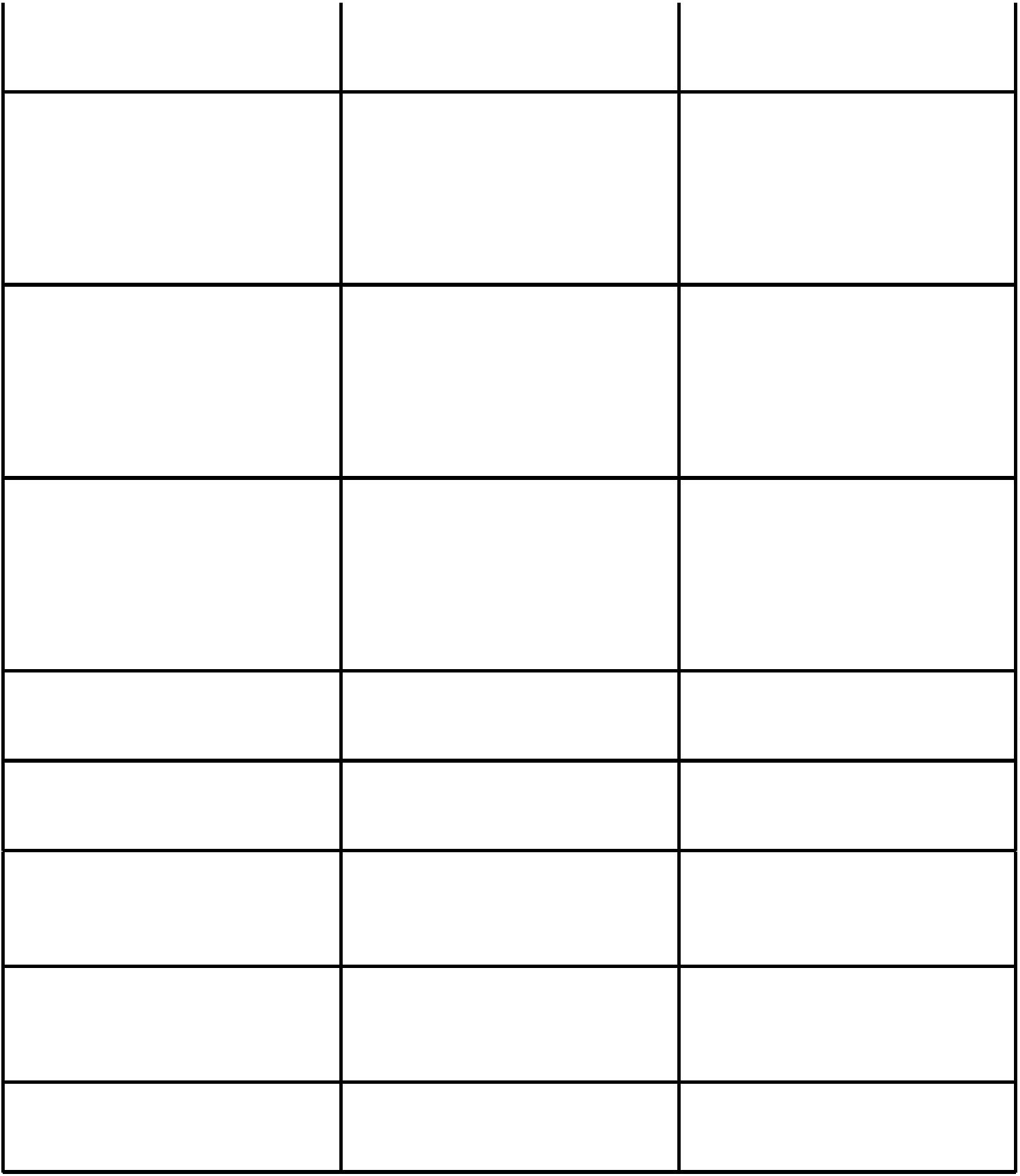
[https://www.gesetze-](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG-4)

[bayern.de/Content/](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG-4)

[Document/BayDSchG-4](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG-4)

Bayerisches Waldgesetz

Artikel 1 Schutz des Waldes [https://www.gesetze-](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG-1)



(BayWaldG)

[bayern.de/Content/](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG-1)

[Document/BayWaldG-1](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG-1)

Grundgesetz (GG)

Artikel 20a Schutz der

natürlichen

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

[internet.de/gg/](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

Lebensgrundlagen

[BJNR000010949.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

**Subventionsabhängigkeit**

Quelle

bild.de

Titel

Link

Prof. Manuel Frondel vom

RWI und Prof. Veronika

Grimm kritisieren, dass die

bisherige Förderpolitik

ineﬃzient ist

[https://www.bild.de/politik/](https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wirtschaft-contra-scholz-und-habeck-das-maerchen-vom-gruenen-wirtschaftswunder-86895618.bild.html)

inland/politik-inland/

wirtschaft-contra-scholz-und-

habeck-das-maerchen-vom-

gruenen-wirtschaftswunder-

[8](https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wirtschaft-contra-scholz-und-habeck-das-maerchen-vom-gruenen-wirtschaftswunder-86895618.bild.html)

[6895618.bild.html](https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/wirtschaft-contra-scholz-und-habeck-das-maerchen-vom-gruenen-wirtschaftswunder-86895618.bild.html)

iwkoeln.de

Der Genehmigungsstau bei

[https://www.iwkoeln.de/](https://www.iwkoeln.de/studien/andreas-fischer-genehmigungsstau-bremst-wettbewerb-446173.html)

Windkraftprojekten führt zu [studien/andreas-ﬁscher-](https://www.iwkoeln.de/studien/andreas-fischer-genehmigungsstau-bremst-wettbewerb-446173.html)

einem Rückgang des

genehmigungsstau-bremst-

Wettbewerbs bei

[wettbewerb-446173.html](https://www.iwkoeln.de/studien/andreas-fischer-genehmigungsstau-bremst-wettbewerb-446173.html)

Ausschreibungen, was

wiederum zu steigenden

Gebotswerten und somit

höheren Förderkosten führt.

welt.de

„Jährlich 30 Milliarden Euro“ [https://www.welt.de/](https://www.welt.de/wirtschaft/plus250969828/Erneuerbare-Energien-Jaehrlich-30-Milliarden-Kosten-fuer-Steuerzahler-durch-EEG-Umlage-explodieren.html)

–

Die enormen Kosten für

wirtschaft/plus250969828/

Erneuerbare-Energien-

[Jaehrlich-30-Milliarden-](https://www.welt.de/wirtschaft/plus250969828/Erneuerbare-Energien-Jaehrlich-30-Milliarden-Kosten-fuer-Steuerzahler-durch-EEG-Umlage-explodieren.html)

Kosten-fuer-Steuerzahler-

durch-EEG-Umlage-

Steuerzahler durch

Erneuerbare Energien

[explodieren.html](https://www.welt.de/wirtschaft/plus250969828/Erneuerbare-Energien-Jaehrlich-30-Milliarden-Kosten-fuer-Steuerzahler-durch-EEG-Umlage-explodieren.html)

blackout-news.de

Im Hofoldinger Forst südlich [https://blackout-news.de/](https://blackout-news.de/aktuelles/windkraftanlage-in-sueddeutschland-belastet-steuerzahler-jaehrlich-mit-bis-zu-600-000-euro/)

von München erhalten

aktuelles/windkraftanlage-in-

Windkraftanlagen aufgrund

[sueddeutschland-belastet-](https://blackout-news.de/aktuelles/windkraftanlage-in-sueddeutschland-belastet-steuerzahler-jaehrlich-mit-bis-zu-600-000-euro/)

schwacher Windverhältnisse steuerzahler-jaehrlich-mit-

einen Aufschlag von 55ꢀ%

auf die Einspeisevergütung,

was zu jährlichen

[bis-zu-600-000-euro/](https://blackout-news.de/aktuelles/windkraftanlage-in-sueddeutschland-belastet-steuerzahler-jaehrlich-mit-bis-zu-600-000-euro/)

Subventionen von bis zu

6

00.000ꢀEuro pro Anlage

führt. Über 20 Jahre

summiert sich dies auf etwa

1

2ꢀMillionenꢀEuro pro

Windrad.

Erneuerbare-Energien-

Gesetz (EEG)

§ 1 Förderung erneuerbarer [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/__1.html)

Energien

[internet.de/eeg\_2014/](https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/__1.html)

[\_\_1.html](https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/__1.html)

Bundesnetzagentur

Netzentgelte und

Netzstabilisierungskosten

[https://](https://data.bundesnetzagentur.de/Bundesnetzagentur/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/MonitoringberichtEnergie2024.pdf)

data.bundesnetzagentur.de/

Bundesnetzagentur/

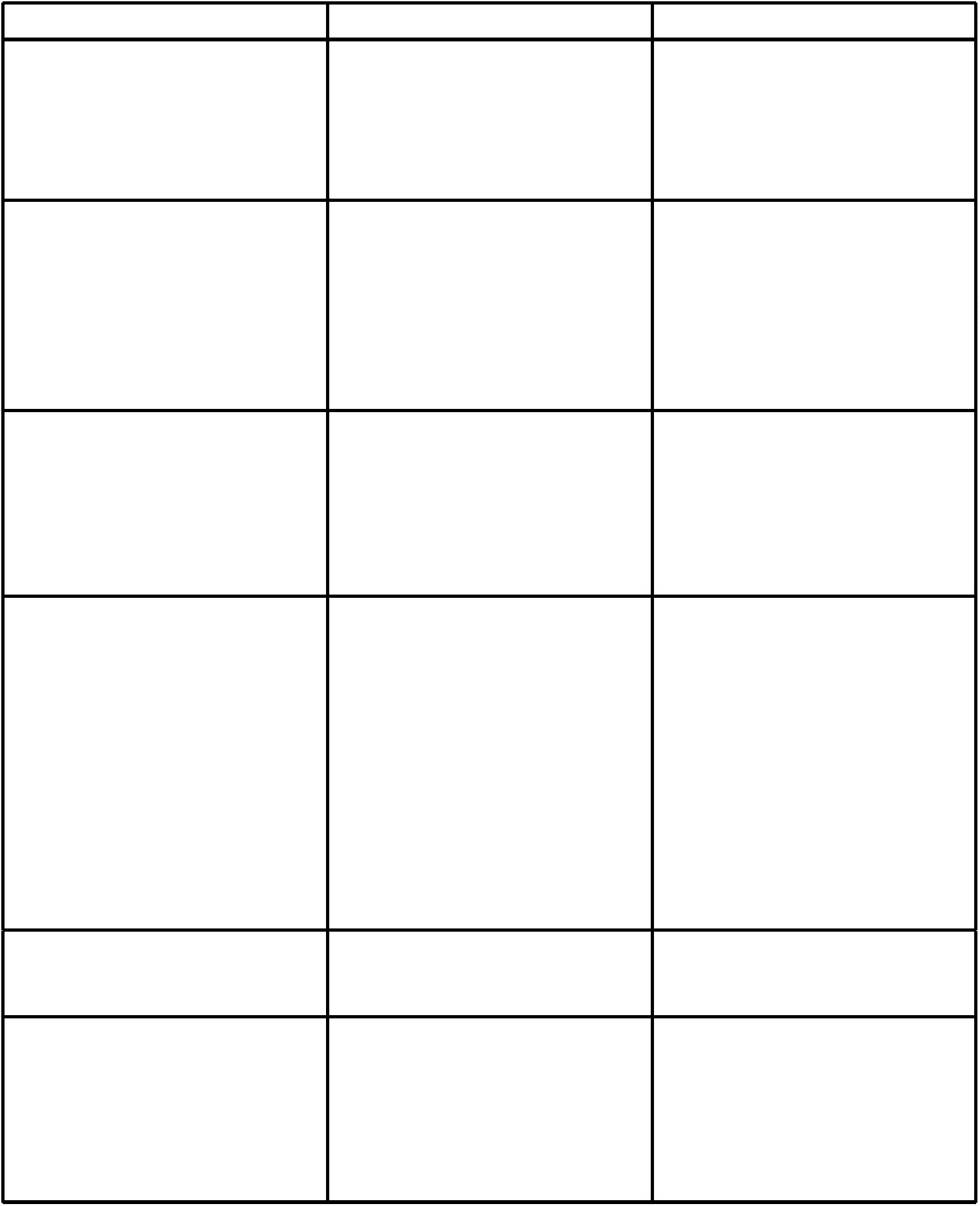
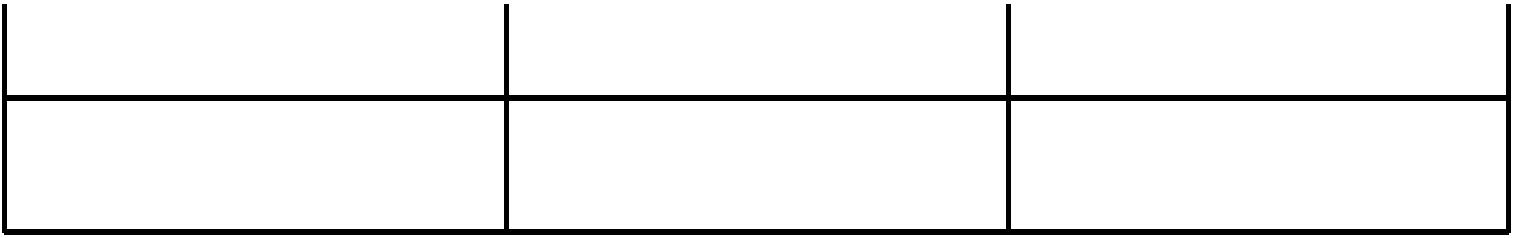
[SharedDocs/Mediathek/](https://data.bundesnetzagentur.de/Bundesnetzagentur/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/MonitoringberichtEnergie2024.pdf)

Monitoringberichte/

MonitoringberichtEnergie202

[4](https://data.bundesnetzagentur.de/Bundesnetzagentur/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/MonitoringberichtEnergie2024.pdf)

[.pdf](https://data.bundesnetzagentur.de/Bundesnetzagentur/SharedDocs/Mediathek/Monitoringberichte/MonitoringberichtEnergie2024.pdf)



Bundeswirtschaftsministeriu Kosten für Redispatch-

[https://www.smard.de/](https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/215774)

[page/home/topic-article/](https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/215774)

m

Maßnahmen

[4](https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/215774)

[44/215774](https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/215774)

**Unzuverlässigkeit**

Quelle

Titel

Link

kreiszeitung.de

E.on-Chef Birnbaum plädiert [https://](https://www.kreiszeitung.de/politik/gegenwind-habeck-netzbetreiber-ausbaubremse-oekostrom-erneuerbare-energien-eon-energiewende-zr-92890759.html)

für eine Anpassung des

Ausbaus erneuerbarer

www.kreiszeitung.de/

politik/gegenwind-habeck-

Energien an die bestehenden [netzbetreiber-](https://www.kreiszeitung.de/politik/gegenwind-habeck-netzbetreiber-ausbaubremse-oekostrom-erneuerbare-energien-eon-energiewende-zr-92890759.html)

Netzkapazitäten, um hohe

Systemkosten und Risiken

für die

ausbaubremse-oekostrom-

erneuerbare-energien-eon-

energiewende-zr-

Versorgungssicherheit zu

vermeiden.

[92890759.html](https://www.kreiszeitung.de/politik/gegenwind-habeck-netzbetreiber-ausbaubremse-oekostrom-erneuerbare-energien-eon-energiewende-zr-92890759.html)

boeckler.de

Energiewende – 650

Milliarden für den

Netzausbau

[https://www.boeckler.de/](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-650-milliarden-fur-den-netzausbau-65357.htm)

de/boeckler-impuls-650-

milliarden-fur-den-

[netzausbau-65357.htm](https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-650-milliarden-fur-den-netzausbau-65357.htm)

wind-lexikon.de

Die Integration von

Windenergie ins Stromnetz

[https://www.wind-](https://www.wind-lexikon.de/cms/lexikon/98-lexikon-n/4280-netzinstabilitaet.html)

lexikon.de/cms/lexikon/98-

kann Herausforderungen

lexikon-n/4280-

hinsichtlich der Netzstabilität [netzinstabilitaet.html](https://www.wind-lexikon.de/cms/lexikon/98-lexikon-n/4280-netzinstabilitaet.html)

mit sich bringen. In Regionen

mit hoher

Windstromproduktion, wie

Norddeutschland, kommt es

aufgrund begrenzter

Netzkapazitäten regelmäßig

zur Abregelung von

Windkraftanlagen.

wikipedia

Redispatch ist im Bereich

des Stromhandels ein

Eingriﬀ zur Anpassung der

Leistungseinspeisung von

Kraftwerken auf Anforderung

des

[https://de.wikipedia.org/](https://de.wikipedia.org/wiki/Redispatch_(Stromnetz))

[wiki/Redispatch\_(Stromnetz)](https://de.wikipedia.org/wiki/Redispatch_(Stromnetz))

Übertragungsnetzbetreibers

mit dem Ziel, auftretende

regionale Überlastungen

einzelner Betriebsmittel im

Übertragungsnetz zu

vermeiden oder zu

beseitigen.

Bundeswirtschaftsministeriu Kosten für Redispatch-

m Maßnahmen

[https://www.smard.de/](https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/215774)

[page/home/topic-article/](https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/215774)

[4](https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/215774)

[44/215774](https://www.smard.de/page/home/topic-article/444/215774)

**Risiken für Vögel und Fledermäuse**

Quelle

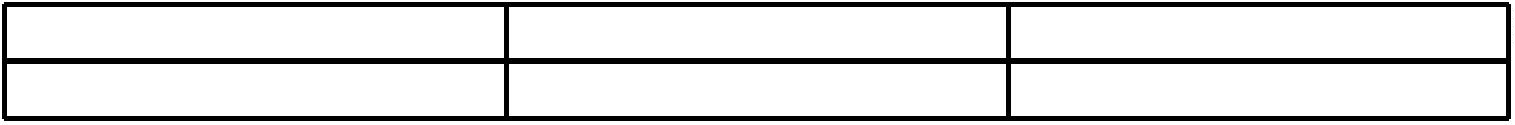
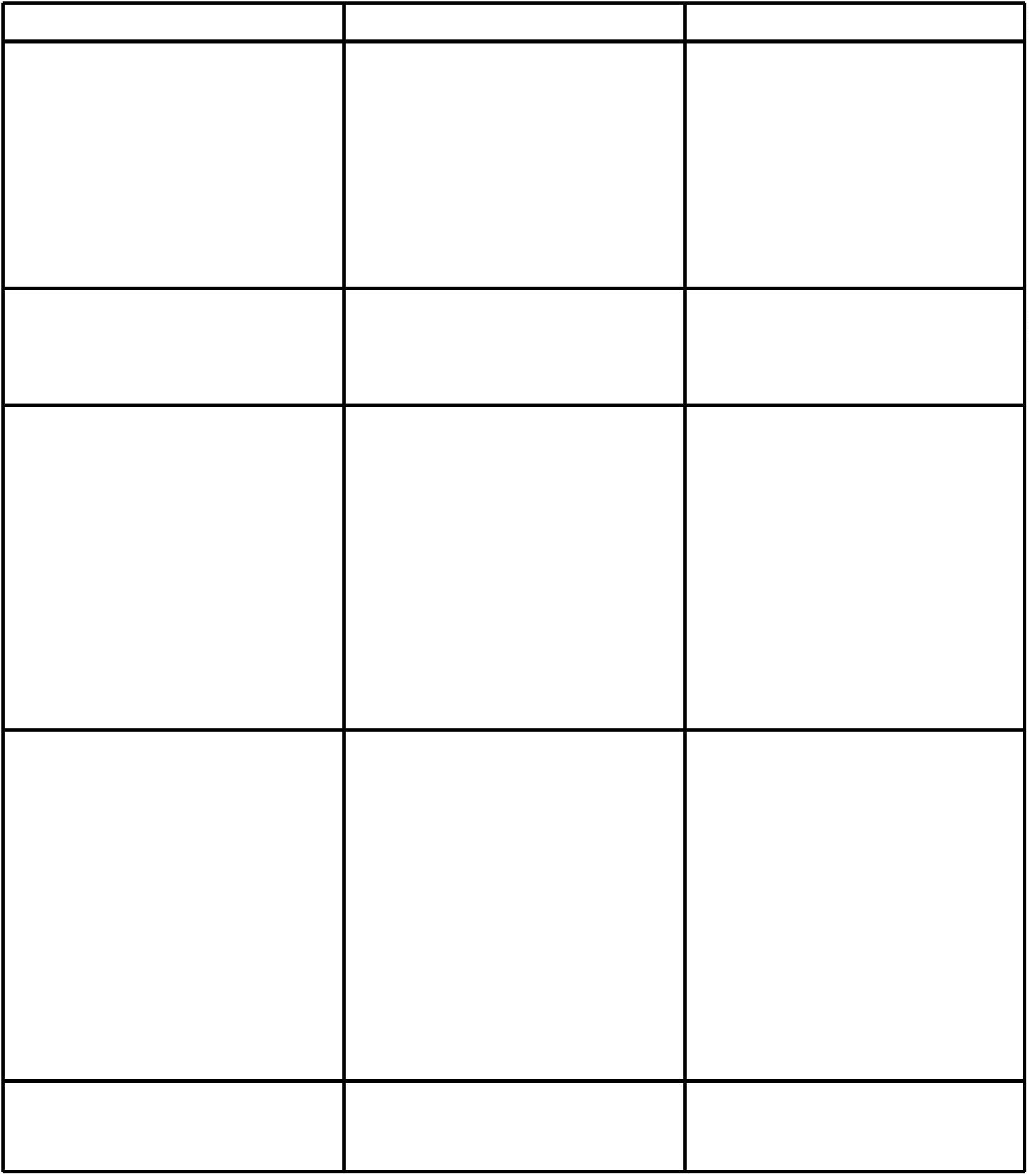
Titel

Link

nabu.de

NABU-Studie des Michael-

[https://www.nabu.de/tiere-](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/windenergie/03410.html)



Otto-Instituts: Diese

umfassende Untersuchung

analysierte 127

und-pﬂanzen/voegel/

gefaehrdungen/

[windenergie/03410.html](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/windenergie/03410.html)

Einzelstudien aus zehn

Ländern und identiﬁzierte

insbesondere Greifvögel wie

Rotmilan und Seeadler als

kollisionsgefährdet.

nabu.de

Studie des Leibniz-Instituts

für Zoo- und

Wildtierforschung (IZW):

Analysen zeigen, dass

jährlich über 200.000

Fledermäuse an deutschen

Windkraftanlagen

[https://www.nabu.de/tiere-](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/fledermaeuse/wissen/15018.html)

[und-pﬂanzen/saeugetiere/](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/fledermaeuse/wissen/15018.html)

ﬂedermaeuse/wissen/

[15018.html](https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/fledermaeuse/wissen/15018.html)

verunglücken, darunter auch

Arten aus dem Baltikum und

Skandinavien.

Bundesnaturschutzgesetz

Nach § 44

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/__44.html)

Bundesnaturschutzgesetz ist [internet.de/bnatschg\_2009/](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/__44.html)

es u.a. verboten, wild

lebende Tiere der besonders

geschützten Arten zu töten.

Für Windkraftanlagen sind

keine

[\_\_44.html](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/__44.html)

Ausnahmegenehmigungen

vom Tötungsverbot mehr zu

erteilen.

Deutsche Wildtier Stiftung

Die Stiftung warnt vor dem

Ausbau von

Windenergieanlagen im

Wald, da diese wichtige

Lebensräume für

[https://](https://www.deutschewildtierstiftung.de/naturschutz/windenergie-und-artenschutz)

www.deutschewildtierstiftun

[g.de/naturschutz/](https://www.deutschewildtierstiftung.de/naturschutz/windenergie-und-artenschutz)

windenergie-und-

[artenschutz](https://www.deutschewildtierstiftung.de/naturschutz/windenergie-und-artenschutz)

Fledermäuse, Vögel und

andere Wildtiere

beeinträchtigen.

Leibniz-Institut für Zoo- und Eine Studie zeigt, dass

[https://www.izw-berlin.de/](https://www.izw-berlin.de/de/pressemitteilung/kollisionsrisiko-und-lebensraumverlust-windraeder-in-waeldern-beeintraechtigen-bedrohte-fledermausarten.html)

Wildtierforschung (Leibniz-

IZW)

Windkraftanlagen in Wäldern de/pressemitteilung/

das Kollisionsrisiko für

kollisionsrisiko-und-

bedrohte Fledermausarten

[lebensraumverlust-](https://www.izw-berlin.de/de/pressemitteilung/kollisionsrisiko-und-lebensraumverlust-windraeder-in-waeldern-beeintraechtigen-bedrohte-fledermausarten.html)

wie den Großen Abendsegler windraeder-in-waeldern-

erhöhen. Die Nähe zu

Quartieren führt zu

beeintraechtigen-bedrohte-

[ﬂedermausarten.html](https://www.izw-berlin.de/de/pressemitteilung/kollisionsrisiko-und-lebensraumverlust-windraeder-in-waeldern-beeintraechtigen-bedrohte-fledermausarten.html)

vermehrten Kollisionen,

während Anlagen fern der

Quartiere gemieden werden,

was zu einem

Lebensraumverlust führt.

Studie von Bellebaum et al

Diese Analyse innerhalb

dieser Studie ergab, dass

allein in Brandenburg

jährlich mehr als 300

[https://lfu.brandenburg.de/](https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/arbeitsschwerpunkt-entwicklung-und-umsetzung-von-schutzstrategien/auswirkungen-von-windenergieanlagen-auf-voegel-und-fledermaeuse/)

lfu/de/aufgaben/natur/

artenschutz/

vogelschutzwarte/

Rotmilane durch Kollisionen [arbeitsschwerpunkt-](https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/arbeitsschwerpunkt-entwicklung-und-umsetzung-von-schutzstrategien/auswirkungen-von-windenergieanlagen-auf-voegel-und-fledermaeuse/)

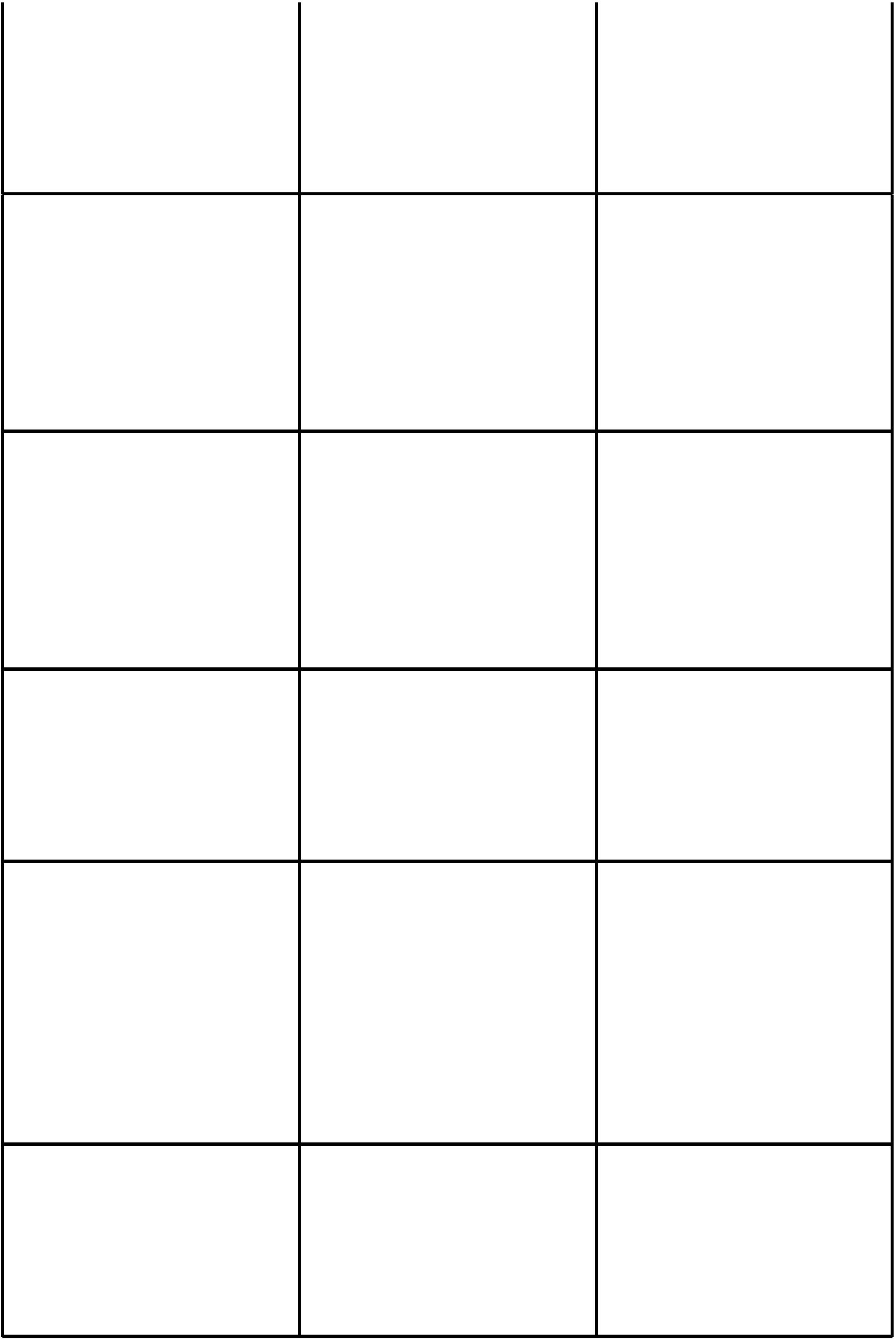
mit Windkraftanlagen

sterben.

entwicklung-und-umsetzung-

von-schutzstrategien/

auswirkungen-von-



[windenergieanlagen-auf-](https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/arbeitsschwerpunkt-entwicklung-und-umsetzung-von-schutzstrategien/auswirkungen-von-windenergieanlagen-auf-voegel-und-fledermaeuse/)

[voegel-und-ﬂedermaeuse/](https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/artenschutz/vogelschutzwarte/arbeitsschwerpunkt-entwicklung-und-umsetzung-von-schutzstrategien/auswirkungen-von-windenergieanlagen-auf-voegel-und-fledermaeuse/)

**Klima Veränderung**

Quelle

Titel

Link

Studie zu Windparks und

Klima

Auswirkungen von

Windkraftanlagen auf

Temperatur und

[https://tkp.at/2025/01/31/](https://tkp.at/2025/01/31/studie-windparks-verursachen-klimaerwaermung/)

studie-windparks-

verursachen-

Niederschlag – Windparks

[klimaerwaermung/](https://tkp.at/2025/01/31/studie-windparks-verursachen-klimaerwaermung/)

verursachen

Klimaerwärmung

Studie zu Windparks und

Klima

Windkraftanlagen führen zu [https://](https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/studie-windraeder-beeinflussen-mikroklima-558040)

einem Anstieg der lokalen

www.agrarheute.com/

Temperaturen und

[management/agribusiness/](https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/studie-windraeder-beeinflussen-mikroklima-558040)

beeinﬂussen das Mikroklima. studie-windraeder-

Zu diesem Schluss kommen beeinﬂussen-mikroklima-

die Ingenieure Lee M. Miller [558040](https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/studie-windraeder-beeinflussen-mikroklima-558040)

und David W. Keith, von der

Harvard Universität, in

einem Fachbeitrag.

Studie zu Windparks und

Klima

Alarmierende Studien:

Windräder könnten

Klimawandel verstärken und alarmierende-studien-

[https://deutsche-wirtschafts-](https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/700177/alarmierende-studien-windraeder-koennten-klimawandel-verstaerken-und-duerren-ausloesen)

nachrichten.de/700177/

Dürren auslösen

windraeder-koennten-

klimawandel-verstaerken-

[und-duerren-ausloesen](https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/700177/alarmierende-studien-windraeder-koennten-klimawandel-verstaerken-und-duerren-ausloesen)

**Rotorblätter Abrieb**

Quelle

Titel

Link

Landesuntersuchungsamt

Rheinland Pﬂaz

„Ewigkeitschemikalien“

PFAS: Wildschweinleber

stark belastet

[https://lua.rlp.de/presse/](https://lua.rlp.de/presse/pressemitteilungen/detail/ewigkeitschemikalien-pfas-wildschweinleber-stark-belastet)

pressemitteilungen/detail/

[ewigkeitschemikalien-pfas-](https://lua.rlp.de/presse/pressemitteilungen/detail/ewigkeitschemikalien-pfas-wildschweinleber-stark-belastet)

wildschweinleber-stark-

[belastet](https://lua.rlp.de/presse/pressemitteilungen/detail/ewigkeitschemikalien-pfas-wildschweinleber-stark-belastet)

tichyseinblick.de

Wenn das Windrad die

Wildschweinleber

ungenießbar macht

[https://](https://www.tichyseinblick.de/meinungen/landesuntersuchungsamt-rheinland-pfalz-wildschweinleber-stark-belastet/)

www.tichyseinblick.de/

meinungen/

[landesuntersuchungsamt-](https://www.tichyseinblick.de/meinungen/landesuntersuchungsamt-rheinland-pfalz-wildschweinleber-stark-belastet/)

rheinland-pfalz-

wildschweinleber-stark-

[belastet/](https://www.tichyseinblick.de/meinungen/landesuntersuchungsamt-rheinland-pfalz-wildschweinleber-stark-belastet/)

Eine Studie von Zhang et al. Diese Studie beschreibt die [https://pubs.acs.org/doi/](https://pubs.acs.org/doi/10.1021/acs.langmuir.4c01935)

(2024)

Entwicklung einer

langlebigen,

superhydrophoben

[1](https://pubs.acs.org/doi/10.1021/acs.langmuir.4c01935)

[0.1021/](https://pubs.acs.org/doi/10.1021/acs.langmuir.4c01935)

[acs.langmuir.4c01935](https://pubs.acs.org/doi/10.1021/acs.langmuir.4c01935)

Beschichtung aus

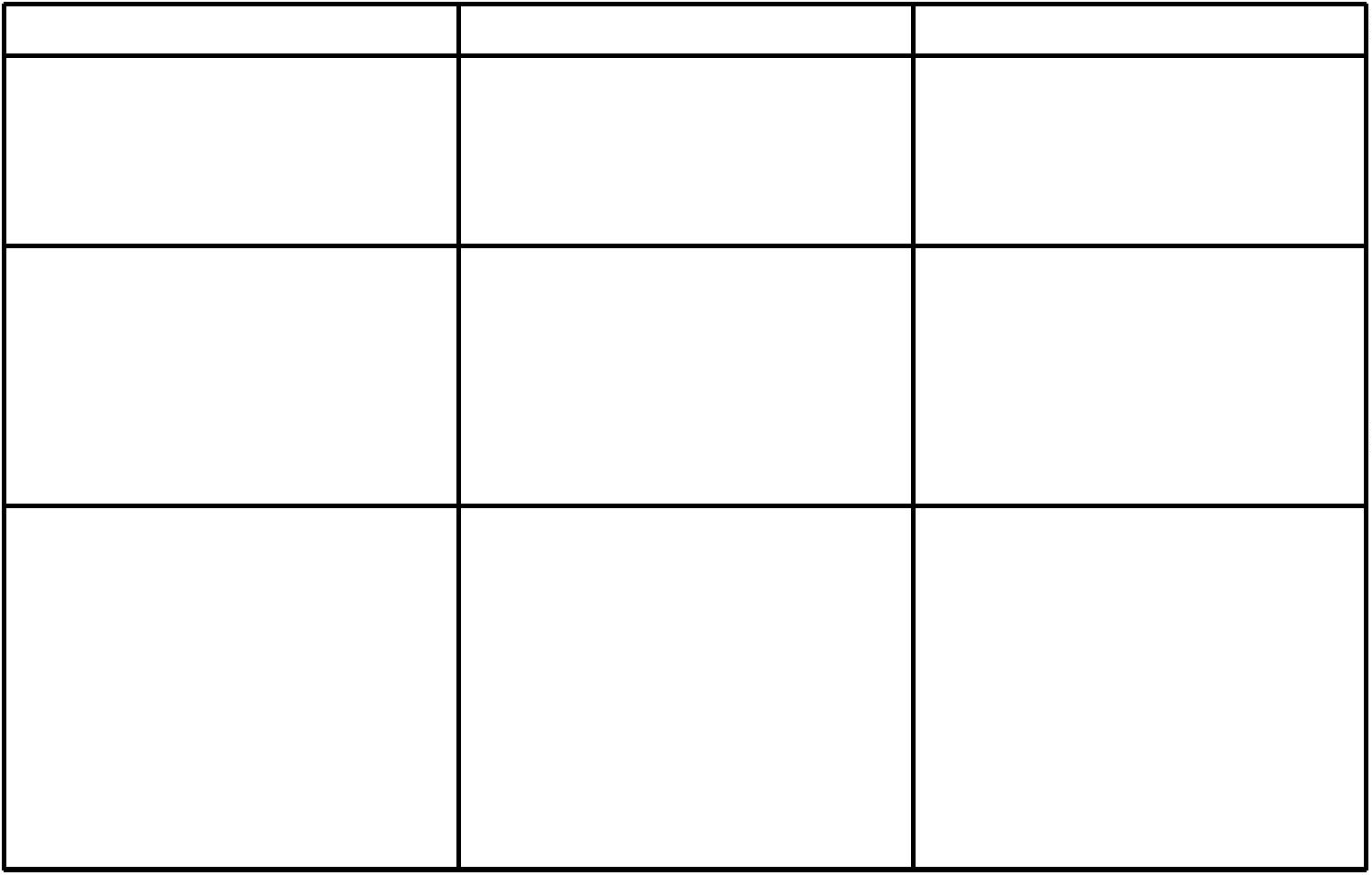
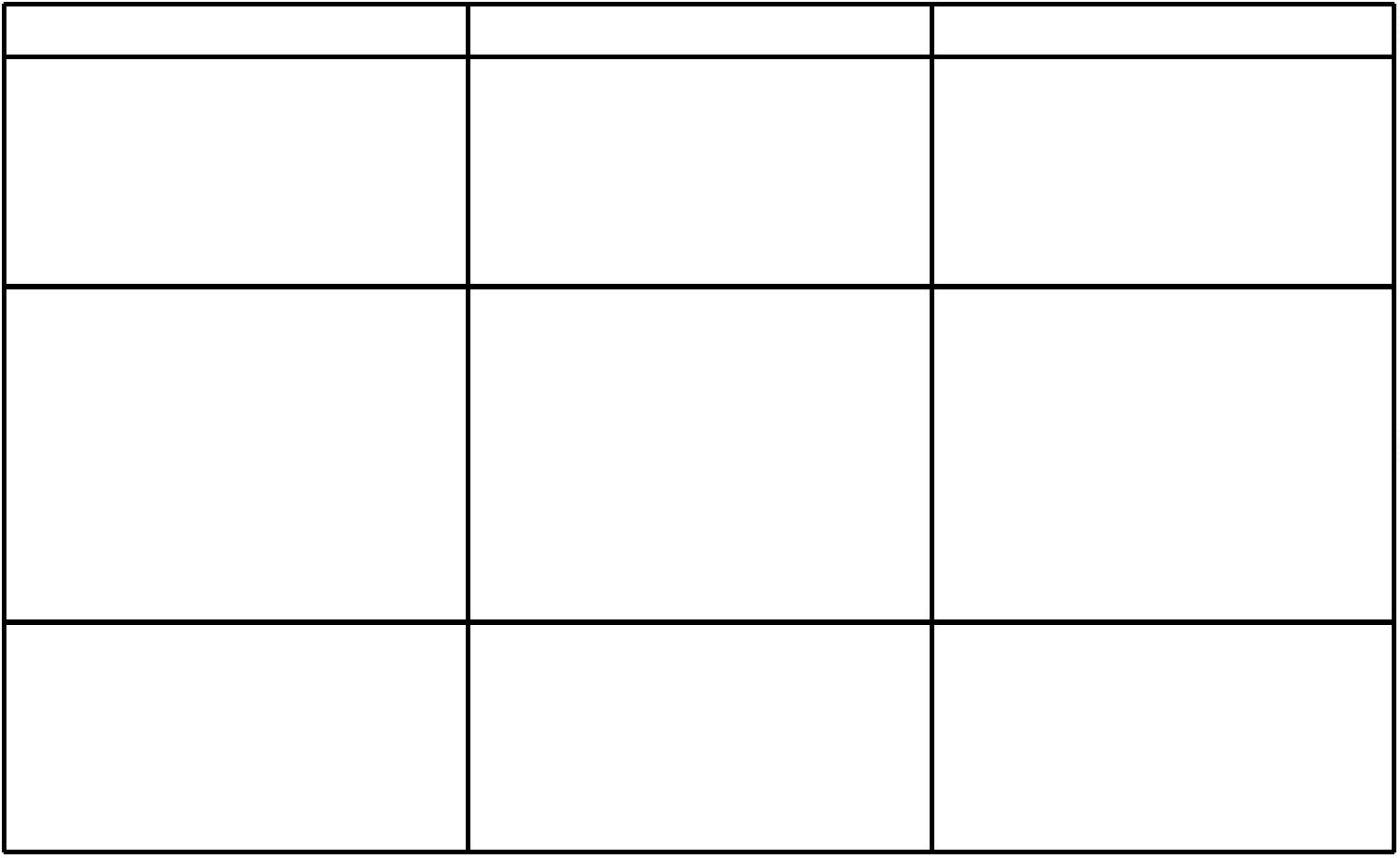
Perﬂuoralkoxyalkanen (PFA)

für Windturbinenblätter.

Diese Beschichtung

verbessert die Eisabweisung

erheblich und verlängert die



Betriebsdauer der Turbinen.

InfoPFAS.com

Laut einem Artikel auf

[https://infopfas.com/en/](https://infopfas.com/en/2024/07/pfas-in-wind-turbines-an-environmental-concern/)

InfoPFAS.com werden PFAS

in verschiedenen Teilen von

Windturbinen verwendet,

darunter Schmierstoﬀe,

Antikorrosionsbeschichtunge

n, Kabel und elektronische

Komponenten. Während des

Betriebs und insbesondere

bei der Installation und dem

Recycling können PFAS in

die Umwelt gelangen.

[2024/07/pfas-in-wind-](https://infopfas.com/en/2024/07/pfas-in-wind-turbines-an-environmental-concern/)

turbines-an-

[environmental-concern/](https://infopfas.com/en/2024/07/pfas-in-wind-turbines-an-environmental-concern/)

World Council for Health

Ein Bericht des World

Council for Health weist

darauf hin, dass der Abrieb

von Windturbinenblättern

Mikroplastik und PFAS

freisetzen kann, was

[https://](https://www.worldcouncilforhealth.org/wind-turbines/)

[www.worldcouncilforheal](https://www.worldcouncilforhealth.org/wind-turbines/)

[th.org/wind-turbines/](https://www.worldcouncilforhealth.org/wind-turbines/)

potenzielle Risiken für Böden

und Gewässer darstellt.

Besonders

besorgniserregend ist dies in

sensiblen Ökosystemen wie

Moorlandschaften.

**Schattenschlag**

Quelle

Titel

Link

LfU Bayern

Simulation Schattenwurf

Windkraftanlage – EAB

[https://www.youtube.com/](https://www.youtube.com/watch?v=6k1F8gdFwTY)

[watch?v=6k1F8gdFwTY](https://www.youtube.com/watch?v=6k1F8gdFwTY)

Bayerisches Landesamt für

Umwelt

Schattenwurf von

Windkraftanlagen:

Erläuterung zur Simulation

[https://](https://www.energieatlas.bayern.de/sites/default/files/Erl%C3%A4uterungen%20zur%20Schattensimulation%20von%20Windkraftanlagen.pdf)

www.energieatlas.bayern.de

/sites/default/ﬁles/Erl

[%](https://www.energieatlas.bayern.de/sites/default/files/Erl%C3%A4uterungen%20zur%20Schattensimulation%20von%20Windkraftanlagen.pdf)

%

%

[%](https://www.energieatlas.bayern.de/sites/default/files/Erl%C3%A4uterungen%20zur%20Schattensimulation%20von%20Windkraftanlagen.pdf)

[C3%A4uterungen%20zur](https://www.energieatlas.bayern.de/sites/default/files/Erl%C3%A4uterungen%20zur%20Schattensimulation%20von%20Windkraftanlagen.pdf)

20Schattensimulation

20von

[20Windkraftanlagen.pdf](https://www.energieatlas.bayern.de/sites/default/files/Erl%C3%A4uterungen%20zur%20Schattensimulation%20von%20Windkraftanlagen.pdf)

Umweltbundesamt (UBA)

Windenergie und Gesundheit [https://](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1968/publikationen/161128_uba_position_windenergiegesundheit.pdf)

–

Faktenblatt“, 2020

www.umweltbundesamt.de/

[sites/default/ﬁles/medien/](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1968/publikationen/161128_uba_position_windenergiegesundheit.pdf)

1

1

968/publikationen/

61128\_uba\_position\_winde

[nergiegesundheit.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1968/publikationen/161128_uba_position_windenergiegesundheit.pdf)

Friedrich-Schiller-Universität Abstandsregelungen bei

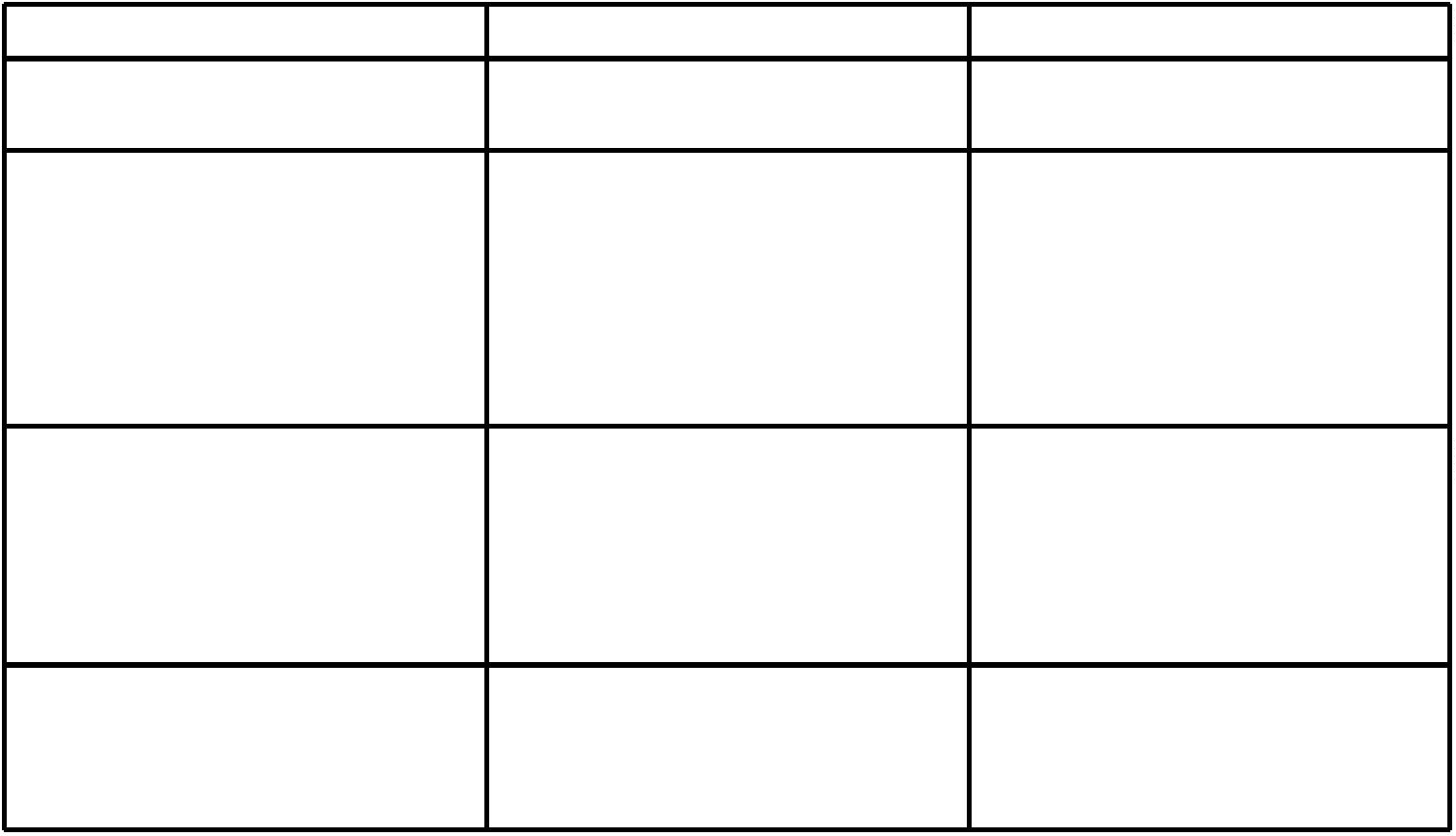
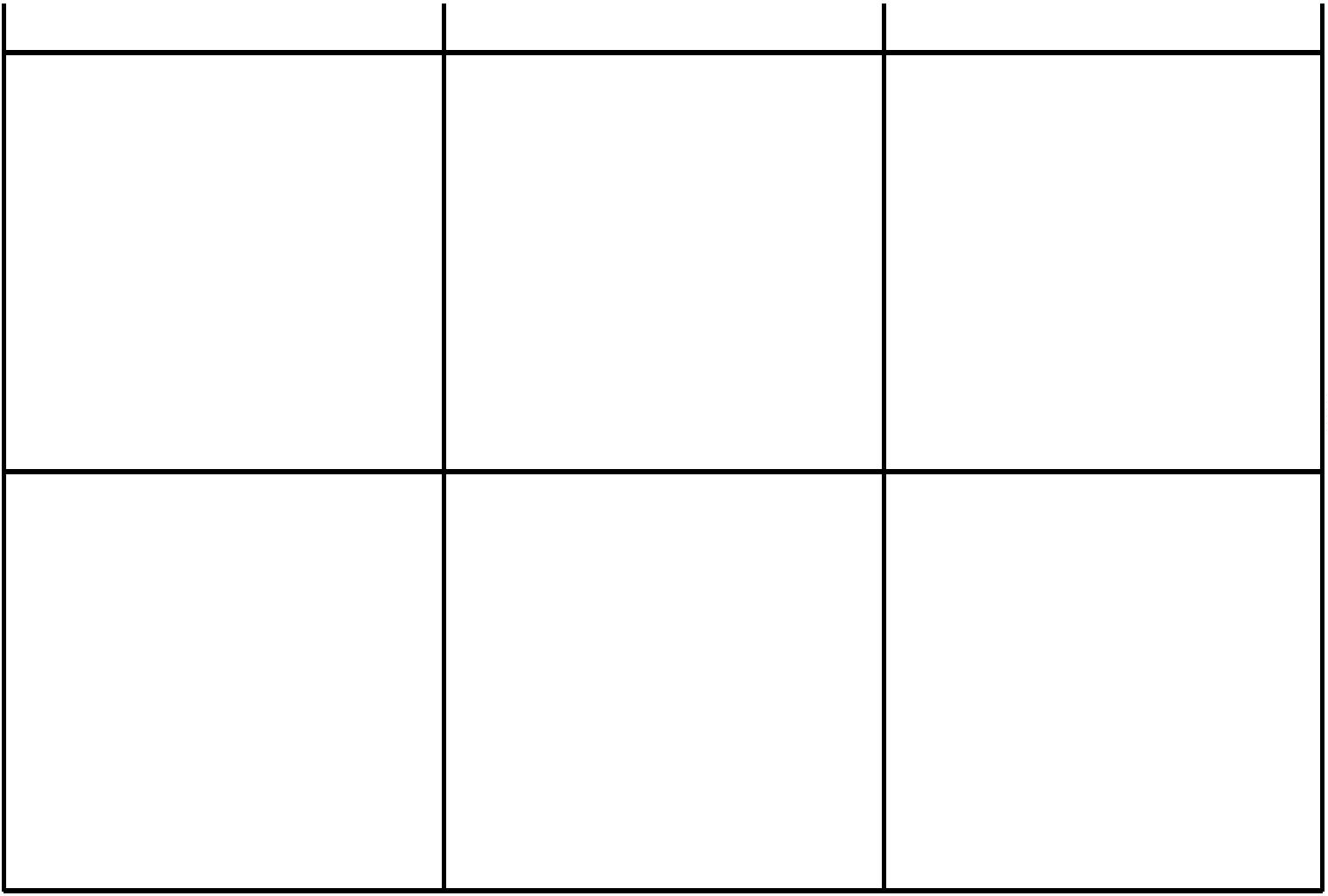
Jena Windkraftanlagen 2015

[https://www.rewi.uni-](https://www.rewi.uni-jena.de/rewimedia/13005/jahresbericht-2015.pdf?nonactive=1&suffix=pdf)

jena.de/rewimedia/13005/

jahresbericht-2015.pdf?

[nonactive=1&suﬃx=pdf](https://www.rewi.uni-jena.de/rewimedia/13005/jahresbericht-2015.pdf?nonactive=1&suffix=pdf)



**Relevante Gesetze**

Quelle

Titel

Link

Lieferkettensorgfaltspﬂichte Lieferkettensorgfaltspﬂichte [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/lksg/)

ngesetz (LkSG)

ngesetz (LkSG): Gesetz über [internet.de/lksg/](https://www.gesetze-im-internet.de/lksg/)

die unternehmerischen

Sorgfaltspﬂichten in

Lieferketten

Bundesministerium für

Maßnahmenpapier für

[https://www.bmwk.de/](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/10/20241017-massnahmenpapier-heimische-windindustrie.html)

Wirtschaft und Klimaschutz

heimische Windindustrie

Redaktion/DE/

Pressemitteilungen/

[2](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/10/20241017-massnahmenpapier-heimische-windindustrie.html)

[024/10/20241017-](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/10/20241017-massnahmenpapier-heimische-windindustrie.html)

massnahmenpapier-

heimische-

[windindustrie.html](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/10/20241017-massnahmenpapier-heimische-windindustrie.html)

Bundeswaldgesetz (BWaldG) Bundeswaldgesetz (BWaldG) [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/bwaldg/)

§1: Erhaltung des Waldes

[internet.de/bwaldg/](https://www.gesetze-im-internet.de/bwaldg/)

Kreislaufwirtschaftsgesetz

Kreislaufwirtschaftsgesetz

(KrWG) §6: Grundsätze der

Kreislaufwirtschaft

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/krwg/)

[internet.de/krwg/](https://www.gesetze-im-internet.de/krwg/)

Bayerisches Waldgesetz

(BayWaldG, Art. 1)

Gesetzliche Grundlage zur

Bedeutung und Funktion des [bayern.de/Content/](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG/true)

Waldes

[https://www.gesetze-](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG/true)

[Document/BayWaldG/true](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayWaldG/true)

Bundesnaturschutzgesetz

(BNatSchG)

§1 Ziel der Erhaltung von

Biodiversität und

Ökosystemen

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/)

[internet.de/bnatschg\_2009/](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/)

Bundesnaturschutzgesetz

(BNatSchG)

§44 Schutz geschützter

Arten

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/)

[internet.de/bnatschg\_2009/](https://www.gesetze-im-internet.de/bnatschg_2009/)

Umweltverträglichkeitsprüfu Anforderungen an die

ngsgesetz (UVPG)

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/uvpg/)

Umweltverträglichkeitsprüfu [internet.de/uvpg/](https://www.gesetze-im-internet.de/uvpg/)

ng

Umweltverträglichkeitsprüfu Öﬀentlichkeitsbeteiligung bei [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/uvpg/)

ngsgesetz (UVPG)

umweltrelevanten Vorhaben [internet.de/uvpg/](https://www.gesetze-im-internet.de/uvpg/)

Baugesetzbuch (BauGB)

§ 3 Öﬀentlichkeitsbeteiligung [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/)

bei Bauleitplanung

[internet.de/bbaug/](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/)

Baugesetzbuch (BauGB)

Grundgesetz (GG)

Grundgesetz (GG)

Grundgesetz (GG)

§ 35 BauGB – Öﬀentliche und [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/)

private Belange

§ 35 Rücksichtnahmegebot

[internet.de/bbaug/](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/)

Artikel 28 – Recht auf

kommunale

Selbstverwaltung

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

[internet.de/gg/](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

[BJNR000010949.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

Artikel 20a Schutz der

natürlichen

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

[internet.de/gg/](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

Lebensgrundlagen

[BJNR000010949.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

Artikel 2 – Recht auf

körperliche Unversehrtheit

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

[internet.de/gg/](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

[BJNR000010949.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html)

Kommunalverfassung

Bayern

Rechte der

Bürgerbeteiligung in

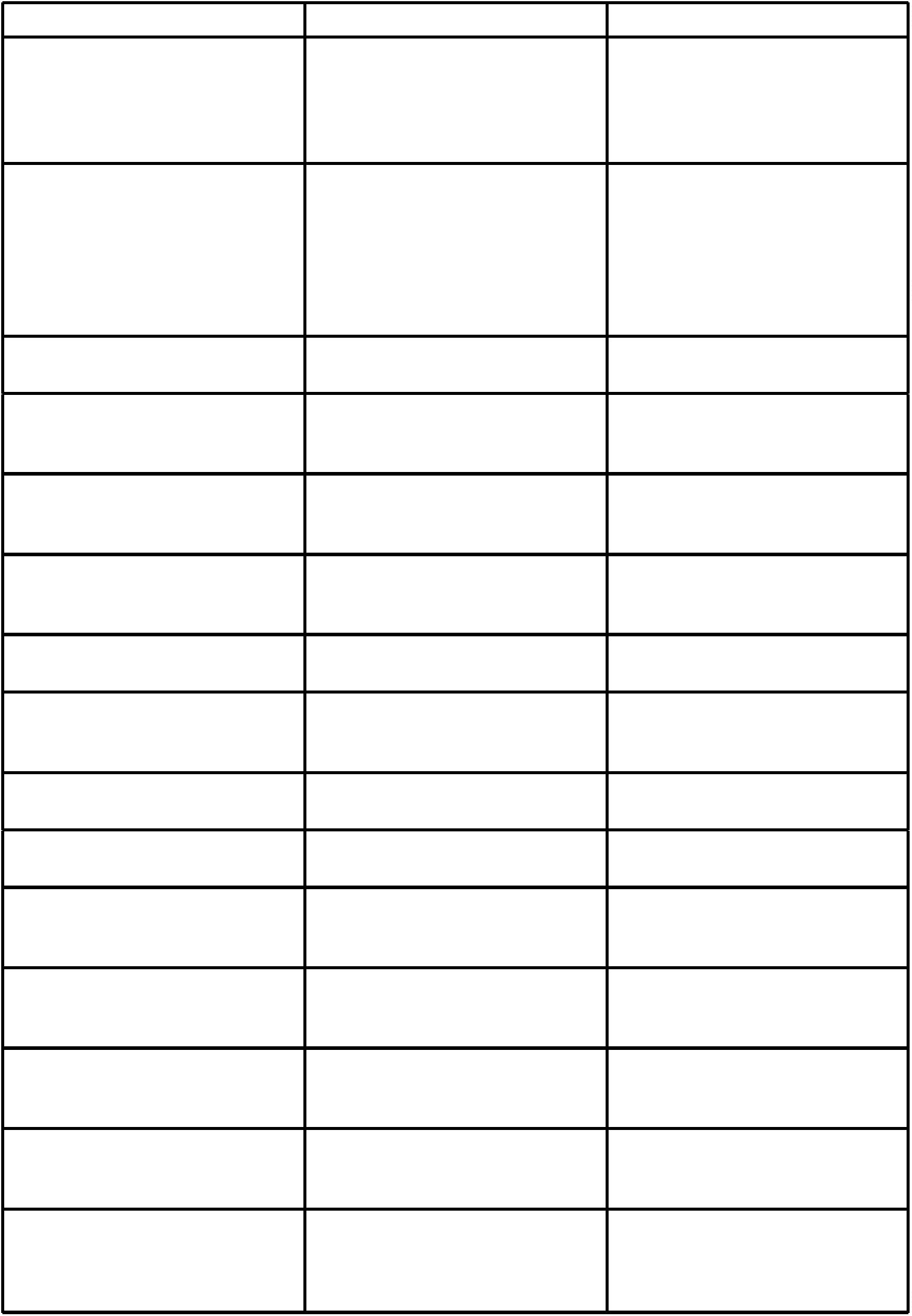
kommunalen Planungen

[https://](https://www.stmi.bayern.de/kub/komselbstverwaltung/verfassung/index.php)

www.stmi.bayern.de/kub/

komselbstverwaltung/

[verfassung/index.php](https://www.stmi.bayern.de/kub/komselbstverwaltung/verfassung/index.php)



Denkmalschutzgesetz

(BayDSchG)

Artikel 1 Schutz von

Denkmälern

[https://www.gesetze-](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

[bayern.de/Content/](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

[Document/BayDSchG/true](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

Denkmalschutzgesetz

(BayDSchG)

Artikel 7 Archäologische

Untersuchungen

[https://www.gesetze-](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

[bayern.de/Content/](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

[Document/BayDSchG/true](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG/true)

Wasserhaushaltsgesetz

(WHG)

§ 47 Schutz des

Grundwassers

[https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/whg_2009/)

[internet.de/whg\_2009/](https://www.gesetze-im-internet.de/whg_2009/)

Wasserhaushaltsgesetz

(WHG)

Artikel 1 Schutz des Wassers [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/whg_2009/)

[internet.de/whg\_2009/](https://www.gesetze-im-internet.de/whg_2009/)

EU-Wasserrahmenrichtlinie

(WRRL)

Artikel 11

Maßnahmenprogramme

[https://eur-lex.europa.eu/](https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2000/60/oj/deu?locale=de)

[eli/dir/2000/60/oj/deu?](https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2000/60/oj/deu?locale=de)

[locale=de](https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2000/60/oj/deu?locale=de)

Erneuerbare-Energien-

Gesetz (EEG)

§ 1 Förderung erneuerbarer [https://www.gesetze-im-](https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/)

Energien

[internet.de/eeg\_2014/](https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/)

Bayerische Bauordnung

(BayBO)

10H-Regelung zum

Mindestabstand

[https://www.gesetze-](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayBO)

[bayern.de/Content/](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayBO)

[Document/BayBO](https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayBO)

